

Antragsbuch

der
1. ordentlichen
Landesdelegiertenkonferenz 2013
der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten
in der SPD
Landesverband Berlin

12./13. April 2013 • DGB Bezirk Berlin-Brandenburg
• Keithstr. 1-3 • 10787 Berlin

Inhalt

Vorschlag zur Tagesordnung.....	5
Vorschlag zur Geschäftsordnung.....	6
Liedtext: Baggerführer Willibald.....	8
Antragsbereich A: Leitanträge	7
A1_1/13 Nach links. Nach vorn. Nach unserer Pfeife.....	7
Antragsbereich B: Gute Arbeit und Beschäftigungspolitik.....	13
B1_1/13 Wer nicht arbeitet, soll trotzdem essen!	13
B2_1/13 Ausbeutung stoppen - AbsolventInnenpraktika verbieten und Pflicht-Praktika stärker regulieren!	15
Antragsbereich C: Chancengleichheit, Bildung und Ausbildung.....	18
C1_1/13 Die Freiheit der Wissenschaft und Forschung verteidigen!	18
C2_1/13 Berufsorientierung muss auch Berufsbefähigung enthalten!	22
Antragsbereich D: Demokratie, Partizipation, Kampf gegen menschenfeindliche Einstellungen.....	24
D1_1/13 Echte Partizipation für SchülerInnen ermöglichen.....	24
D2_1/13 U18-Wahl unterstützen!.....	26
D3_1/13 Positionspapier: KanzlerInsein muss sich wieder lohnen!	28
D4_1/13 Antisemitismus in den Schulen bekämpfen – Fortbildung der Berliner Lehrer_innen fördern!.....	32
Antragsbereich E: Europa, Frieden, Internationales	36
E1_1/13 Diskussionspapier zur „Responsibility to Protect“ (R2P) – Revolution des Völkerrechts oder U2P?	36
E2_1/13 Den europäischen Schüler_innenaustausch stärken!.....	39
Antragsbereich I: Inneres, Datenschutz, Netzpolitik	41
I1_1/13 Rassismus zerstört Vertrauen - Vier Schritte, die die Berliner Polizei jetzt gehen muss	41
I2_1/13 „You better put the pipe down, if you got the right sound“	43
I3_1/13 Solidarität mit den Flüchtlingen am Oranienplatz!.....	50
I4_1/13 Stoppt die Aushöhlung des Gewaltmonopols!	52
I5_1/13 Keine Elektronischen Tickets in Berlin – Privatsphäre durch Bewegungsprofile gefährdet.....	55
I6_1/13 Privatanschriften von Engagierten schützen	57
I7_1/13 Internetpolitik ist sozialdemokratische Grundsatzpolitik.....	58

Antragsbereich K: Kapitalismuskritik, Wirtschaft und Finanzen	69
K1_1/13 Augen auf, sonst kommt der nächste Pakt (für Wettbewerbsfähigkeit)!	69
Antragsbereich N: Nachhaltigkeit, Umwelt, Energie.....	72
N1_1/13 Verschwendung verhindern, Nachhaltigkeit fördern - Antrag zur Unterstützung der Plastiktütensteuer.....	72
Antragsbereich O: Organisation und Parteireform.....	73
O1_1/13 Anonymisierte Bewerbungsverfahren: Eigene Forderungen konsequent umsetzen!.....	73
O2_1/13 Barrieren abschaffen! Menschen mit Behinderung muss die aktive Parteiarbeit ermöglicht werden!	74
Antragsbereich R: Resolutionen	76
R1_1/13 Resolution: Gute Ausbildung jetzt!.....	76
Antragsbereich V: Verkehr und Infrastruktur	77
V1_1/13 Für mehr Lebensqualität im Berliner ÖPNV – Kein Verbot von Speisen, Getränken und Alkohol!	77
V2_1/13 Berlin vor dem Verkehrskollaps retten - ÖPNV nach rationalen und ökologischen Gesichtspunkten ausbauen	80
V3_1/13 Gründung eines landeseigenen Unternehmens für Fahrzeugbeschaffung und Betrieb des S Bahn-Netzes über Stadtbahn und Nord-Süd-Tunnel sowie über den S Bahn- Ring.....	87
V4_1/13 Besserer Zugang für PendlerInnen zum Berliner ÖPNV ermöglichen	96
Liedtext: Die Internationale.....	97

Vorschlag zur Tagesordnung

Beginn des 1. Konferenztages: Freitag, 12.04.2013, um 17:30 Uhr

1. Gemeinsames Singen: Baggerführer Willibald
2. Begrüßung durch den Landesvorsitzenden Kevin Kühnert
3. Wahl des Präsidiums
4. Beschluss über die Tages- und Geschäftsordnung
5. Wahl der Mandatsprüfungskommission
6. Wahl der Wahl- und Zählkommission
7. Grußworte
 - a. Erik Gührs, Bundestagskandidat im Wahlkreis Berlin-Lichtenberg
8. Antragsberatung

Ende des 1. Konferenztages um ca. 22:30 Uhr. Im Anschluss: Verbandsparty

Beginn: Samstag, 13.04.2013, um 09:30 Uhr

9. Antragsberatung
10. Bericht der Mandatsprüfung
11. Wahlen
 - a. Nachwahl zum erweiterten Landesvorstand
12. Grußworte
 - Dr. Eva Högl, MdB
 - Christian Traeger, Bezirksjugendsekretär DGB Bezirk Berlin-Brandenburg
13. Ggfs. Nominierungen
14. Antragsberatung
15. Schlusswort des Landesvorsitzenden Kevin Kühnert
16. Gemeinsames Singen: Die Internationale

Ende des 2. Konferenztages um ca. 18:00 Uhr

Vorschlag zur Geschäftsordnung

- 1 1. Stimmberechtigt sind alle von den jeweiligen Kreisvollversammlungen gewählten
2 Delegierten.
3
- 4 2. Rederecht haben die ordentlichen Delegierten, die Mitglieder des Landesvorstandes, alle
5 Gäste, die vom Landesvorstand oder dem erweiterten Landesvorstand offiziell eingeladen
6 sind, sowie alle anwesenden JungsozialistInnen.
7
- 8 3. Die Landesdelegiertenkonferenz ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der
9 Stimmberechtigten anwesend sind.
10
- 11 4. Die Landesdelegiertenkonferenz wählt ein mindestens zweiköpfiges Präsidium, eine
12 Mandatsprüfungs- sowie eine Wahl- und Zählkommission.
13
- 14 5. Die Beschlüsse der Landesdelegiertenkonferenz werden mit einfacher Stimmenmehrheit
15 gefasst.
16
- 17 6. Die Redezeit für die DiskussionsrednerInnen darf 5 Minuten nicht überschreiten.
18
- 19 7. Die Redeliste wird nach folgendem Verfahren erstellt: Getrennt nach Genossinnen und
20 Genossen werden die Wortmeldungen in der Reihenfolge ihrer Abgabe notiert. Das Wort
21 erhält dann jeweils im Wechsel ein Genosse und eine Genossin bzw. umgekehrt
22 (Reißverschlussprinzip).
23
- 24 8. Wenn keine Frauen mehr auf der Redeliste stehen, ist die Debatte beendet. Auf Antrag kann
25 die Liste für drei Männer geöffnet werden. Danach wird die Liste wieder geschlossen. Auf
26 Antrag kann die Liste wiederum für drei weitere Männer geöffnet werden, worüber nur noch
27 die weiblichen Delegierten abstimmen. Sobald sich Frauen melden, wird wieder
28 nachquotiert.
29
- 30 9. Das Recht Geschäftsordnungs-, Initiativ- und Änderungsanträge zu stellen haben alle
31 Delegierten, die Juso-Kreise, der Landesvorstand, die Landesarbeitskreise sowie die Juso-
32 Hochschulgruppen.
33
- 34 10. Anträge und Änderungsanträge haben in einer geschlechtergerechten Schreibweise
35 eingereicht zu werden. Ist dies nicht oder nur unzureichend der Fall, ermöglicht das
36 Präsidium der, dem oder den AntragstellerInnen, die Schreibweise unverzüglich zu

37 korrigieren. Geschieht diese Korrektur nicht, ist das Nichteinhalten der geschlechtergerechten
38 Schreibweise auf der LDK zu begründen.

39

40 11. Initiativanträge können nur behandelt werden, wenn sie von mindestens 15 Delegierten aus
41 drei Kreisen unterstützt werden und wenn der Anlass für den Antrag nach Ablauf der Frist für
42 Anträge(22.03.2013) entstanden ist. Frist für die Abgabe der Initiativ- und Änderungsanträge
43 mit den erforderlichen Unterschriften ist Freitag, 12.04.2013, eine Stunde nach
44 Konferenzbeginn. Personalvorschläge und Nominierungen sind dem Präsidium bis Samstag,
45 13.04.2013, eine halbe Stunde nach Konferenzbeginn zuzuleiten.

46

47 12. Änderungsanträge zu einem späteren Zeitpunkt werden nur zugelassen, wenn die
48 Antragstellerin oder der Antragsteller Neuformulierungen auf der Basis der eingereichten
49 Änderungsanträge vorlegt oder wenn zwei Drittel des Präsidiums einen nach Ablauf der
50 Antragsfrist eingereichten Änderungsantrag als wesentlich für den Fortgang der Beratung
51 erachten.

52

53 13. Änderungsanträge, die nach dem im Antragsbuch veröffentlichten Kopierschluss (09.04.2013)
54 eingereicht werden, können nicht von der Antragstellerin oder dem Antragsteller des
55 Ursprungsantrags übernommen werden. Sie müssen – sofern sie aufrechterhalten werden –
56 der Landesdelegiertenkonferenz zur Abstimmung vorgelegt werden. Änderungsanträge sind
57 in schriftlicher oder elektronischer Form einzureichen. Die Formatvorgaben sind dabei zu
58 beachten.

59

60 14. Nach dem Bericht der Mandatprüfungskommission begründen Vertreter der unquotierten
61 Delegationen die Ursachen für die mangelnde Repräsentation aller Geschlechter. Diese
62 Rechenschaft ist Pflicht.

Liedtext: Baggerführer Willibald

Es ist am Morgen kalt
Da kommt der Willibald
Und klettert in den Bagger
Und baggert auf dem Acker
Ein großes Tiefes Loch –
Was noch?

Na ja, so fängt das an!
Dann kommen alle Mann
Sie bauen erst den Keller
Dann bau'n sie immer schneller
Was kommt dabei heraus?
Ein Haus!

Und in das Haus hinein
Zieh'n feine Leute ein!
Die Miete ist sehr teuer –
Kost' siebenhundert Eier!
Wer kriegt die Miete bloß?
Der Boss!

Der Boss kommt groß heraus
Dem Boss gehört das Haus
Dem Boss gehört der Acker
Der Kran und auch der Bagger
Und alles was da ist –
So'n Mist!

Der Boss steht meistens rum
Und redet laut und dumm
Sein Haus das soll sich lohnen!
Wer Geld hat, kann drin wohnen –
Wer arm ist darf nicht rein!
Gemein!

Der Willibald kriegt Wut
Er sagt: „Das ist nicht gut!“
Er steigt auf eine Leiter:
„Hört her, ihr Bauarbeiter
Der Boss ist wie ihr seht
Zu blöd!

Sein Haus das bauen wir!
Was kriegen wir dafür?
Der Boss zahlt uns den Lohn aus –
Die Miete für sein Wohnhaus
Die ist in unsrem Lohn
Nicht drinn!

Das hat doch keinen Zweck –
Der Boss geht besser Weg!
Dann bau'n wir für uns selber
Ein schönes Haus mit Keller!
Da zieh'n wir alle ein –
Au fein!“

Wie Willibald das sagt
So wird es auch gemacht!
Die Bauarbeiter legen los
Und bauen Häuser, schön und groß
Wo jeder gut drinn wohnen kann
Weil jeder sie bezahlen kann!
Der Baggerführer Willibald
Baut eine neue Schwimmanstalt
Da spritzen sich die Leute nass –
Das macht sogar dem Bagger Spaß!

Antragsbereich A: Leitanträge

Antrag A1_1/13

1 **AntragsstellerIn:** Juso-Landesvorstand

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

4

5 **A1_1/13 Nach links. Nach vorn. Nach unserer** 6 **Pfeife.**

7

8 Als Berliner Jusos werden wir im Bundestagswahlkampf 2013 eine entscheidende Rolle spielen und uns
9 kampagnenfähig und zielgruppenorientiert einbringen. Unser Wahlkampf wird eigenständig und dabei
10 an den Bedürfnissen unserer 12 Kreisverbände orientiert sein. Unser Anspruch ist, den Jugendwahlkampf
11 der Berliner SPD eigenverantwortlich mit klaren linken Botschaften gestalten zu können. Gleichzeitig
12 begleiten wir unsere Mutterpartei in gewohnt kritischer Solidarität. Eine plakatklebende Parteijugend
13 waren und sind wir nicht.

14

15 Der Wahlkampf in Berlin stellt uns vor spezielle Herausforderungen. Die Berliner Parteienlandschaft stellt
16 sich differenzierter dar als auf Bundesebene. Erfahrungen der letzten Bundestags- und
17 Abgeordnetenhauswahl zeigen, dass wir es vor Ort im Kern mit vier konkurrierenden Parteien zu tun
18 haben, die in unterschiedlichen Stadtteilen verschiedentlich stark auftreten.

19

20 Die unterschiedliche Konkurrenz erfordert unterschiedliche Strategien, die wir gemeinsam im Verband
21 erarbeiten wollen.

22

23 Bei der historisch schlechten Bundestagswahl 2009 sind wir bei den Erstwähler_innen weit
24 zurückgefallen, wobei die Piraten zu diesem Zeitpunkt sogar noch keine relevante Rolle spielten. Auch die
25 nur zwei direkt für die SPD gewonnenen Wahlkreise in 2009 können uns nicht zufriedenstellen und
26 motivieren zu größeren Anstrengungen.

27

28 Gleichzeitig gibt es im Verband weiterhin verständliche Vorbehalte gegen Teile der Parteiprogrammatik
29 sowie gegenüber dem Spitzenkandidaten. Eigene Berliner Wahlkampfakzente sind deshalb nicht nur ein
30 bewährter Bestandteil Berliner Juso-Wahlkämpfe, sondern zwingende Voraussetzung für eine engagierte
31 Kampagne sowie eine effektive Zielgruppenansprache. Wir wollen die Wahlen für und mit der SPD
32 gewinnen – jedoch nicht zum Selbstzweck oder um es nur handwerklich besser zu machen als Schwarz-
33 Gelb, sondern für einen echten Politikwechsel. Für eine solidarische Verteilungspolitik, eine gerechte
34 Gesellschaft, Emanzipation und Fortschritt.

35

36 Folgende Schwerpunkte sollen unsere Kampagne in besonderer Weise prägen:

37 **Gute Arbeit – überall!**

38

39 Trotz guter Konjunktur wird die Phase nach Schule und Studium für viele junge Menschen in Deutschland
40 immer schwieriger. Viele verlassen die Schule mit der Angst, ihren gewünschten Ausbildungsplatz nicht
41 zu bekommen, weil Unternehmen sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung nicht stellen und keine
42 Ausbildungsplätze anbieten. Und selbst wenn sie Plätze anbieten, dann beklagen sie sich über angeblich
43 nicht ausbildungsfähige Auszubildende. Über die Qualität der Ausbildungsplätze dagegen spricht außer
44 den Gewerkschaften kaum jemand, dabei sind Überstunden, ausbildungsfremde Tätigkeiten und
45 fehlende Betreuung für viele Auszubildende Alltag. Gleichzeitig klagt aber die deutsche Wirtschaft über
46 einen Fachkräftemangel.

47

48 Wir Jusos fordern eine gute Ausbildung.

49

- 50 • Eine **Ausbildungsplatzumlage**, damit die Unternehmen, die nicht ausbilden, sich an den Kosten
51 der Ausbildung beteiligen.
- 52 • Verstärkte Kontrollen der Ausbildungsbetriebe auf **Qualität der Ausbildung und**
53 **Arbeitsschutz**.
- 54 • Die **Stärkung der dualen Ausbildung**. Schmalspurausbildung und Modularisierung lehnen wir
55 ab. Auch die rein schulische Ausbildung, bei der der Staat und die Auszubildenden die Kosten
56 tragen, stellen wir in Frage. Wer Fachkräfte braucht, muss sie auch bezahlen.
- 57 • Wer Qualität will, der muss auch den **Hochschulzugang vereinfachen**. Jeder Mensch muss
58 jederzeit seinen Schulabschluss gebührenfrei nachholen können.
- 59 • **Mitbestimmung stärken**. Alle Auszubildenden und junge Beschäftigte haben ein Recht auf
60 starke Interessensvertretung. Dieses Recht wollen wir stärken.

61

62 Mit einer guten Ausbildung ist es aber noch nicht getan. Immer mehr junge Menschen stecken heute in
63 Kettenbefristungsverträgen fest, die eine feste Anstellung in weite Ferne rücken lassen. Die einen wollen
64 gern kürzer arbeiten, anstatt Vollzeit plus Überstunden leisten zu müssen, dürfen aber nicht. Oder ihnen
65 wird gesagt, dass die Karriere mit einer Verkürzung der Arbeitszeit vorbei sei. Die anderen würden gern
66 länger arbeiten, finden aber keinen Vollzeitjob. Einige finden nach der Ausbildung auch gar keinen Job
67 und versuchen sich mit Praktika und Zeitarbeit über Wasser zu halten.

68 Wir Jusos fordern gute Arbeit auch für Berufseinsteiger.

69

- 70 • **Abschaffung der sachgrundlosen Befristung**. Befristung darf keine verlängerte Probezeit sein.
71 Wer befristen will, soll eine auf den konkreten Arbeitsvertrag zugeschnittene Begründung liefern.
72 Die gesetzlichen Kriterien für diese Begründungen sind eng zu fassen.
- 73 • **Einführung eines Gesetzlichen Mindestlohns von mindestens 8,50€**. Lohndumping auf
74 Kosten der Sozialkassen und der jungen Generation nehmen wir nicht hin.
- 75 • Wir fordern, dass das **Recht auf Teilzeit**, welches in Folge einer EU-Richtlinie durch die damalige
76 Rot-Grüne Bundesregierung beschlossen wurde, ausgebaut wird. So sollen im Rahmen des

77 Diskriminierungsverbotes TeilzeitarbeitnehmerInnen an den gleichen Fortbildungen teilnehmen
78 können und ihre Aufstiegschancen verbessert werden.

79 • Vor allem Frauen haben das Problem, dass sie nach Phasen der Teilzeit nicht wieder in eine
80 Vollzeitbeschäftigung zurückkehren können. Wir fordern deshalb ein **Recht auf Rückkehr in die**
81 **Vollzeit.**

82 • **Reduzierung von Überstunden.** Viele Menschen sind mit ihrer vertraglichen Arbeitszeit
83 durchaus zufrieden. Das Problem besteht hier oft in der tatsächlichen Arbeitszeit. Wir wollen
84 unfreiwillige Überstunden abschaffen.

85 • **Regulierung von Praktika.** Wir fordern eine Befristung von Praktika auf maximal drei Monate,
86 einen Anspruch auf eine Praktikumsvergütung in Höhe von mindestens 500 Euro pro Monat auf
87 Basis einer 35h-Woche und ein verpflichtendes Praktikumszeugnis.

88 • **Risikozuschlag statt schlechterer Bezahlung für LeiharbeiterInnen.** Wer das Risiko
89 eingeht, jederzeit entlassen werden zu können, der soll auch besser bezahlt werden. Wenn
90 Unternehmen die maximale Flexibilität wollen, dann muss es ihnen das auch wert sein.

91

92

93 **Soziale Städte - überall!**

94

95 Als Jusos bekennen wir uns zu einer sozialen Stadt, die den Bedürfnissen von Menschen aller Altersstufen
96 und Einkommensgruppen gerecht wird.

97 Sozialer Zusammenhalt, Integration, demografischer Wandel und Klimaschutz in der Stadt sind für uns
98 keine Floskeln, sondern wichtige Ziele der Stadtentwicklung, die wir mit konkreten Projekten
99 angegangen sehen wollen.

100 Wir fordern ein klares Bekenntnis wider den Privatisierungswahn im Bereich der Liegenschaftspolitik.

101 Wer Städte sozial gestalten will, muss Handlungsfähigkeit von Ländern und Kommunen sicherstellen. Wir
102 begrüßen daher den Vorschlag der SPD die Städtebauförderung zu reaktivieren sowie einen
103 Investitionspakt von Bund und Ländern anzustreben. Die Finanzielle Ausstattung von Kommunen und die
104 Entlastung der Länder sind wichtige Voraussetzung um soziale Stadtentwicklung zu ermöglichen und
105 abzusichern.

106

107 **Für solidarische Städte!**

108

109 In Städten leben Menschen mit unterschiedenen Bedürfnissen nah beieinander: Im höheren Alter ändern
110 sich die Ansprüche an Wohnraum; in jedem Alter spielt die Teilhabe am sozialen Leben in der Stadt eine
111 Rolle.

112 Besonderes Augenmerk legen wir dabei auf strukturschwache Gegenden. Dort müssen Räume der
113 sozialen Isolation abgebaut werden. Kinder und Jugendliche müssen Freizeitangebote in ihren Kiezen
114 vorfinden. Projekte, die Verantwortung und gegenseitigen Respekt stärken sind zu begrüßen und nach
115 Möglichkeit zu fördern.

116 Den ökologischen Umbau der Städte halten wir für äußerst wichtig und wollen diesen sozial verträglich in
117 die Tat umgesetzt sehen.

118 Im Bereich der Immobilien darf zum Beispiel die energetische Sanierung nicht bedeuten, dass sich für
119 MieterInnen die Miete unzumutbar erhöht. Vor allem im Bereich des sozialen Wohnungsbaus dürfen
120 energetische Modernisierungen nicht zu einer Verdrängung der MieterInnen durch Mehrkosten aus ihren
121 angestammten Kiezen bedeuten!

122 Bezahlbarer Wohnraum muss überdies für alle StädterInnen sichergestellt sein. Wir erachten daher den
123 städtischen Wohnungsbau als förderungs- und unterstützungswürdig. Nur Wohnraum in Hand der Städte,
124 der nicht bedingungslos dem Wohnungsmarkt ausgeliefert ist, kann dauerhaft bezahlbar bleiben.

125

126

127 **Offene Gesellschaft – überall!**

128

129 Deutschland ist ein Einwanderungsland. Wir Jusos Berlin haben das schon lange erkannt. Wir versuchen
130 seit jeher, darauf hinzuwirken, dass unsere Umwelt so ausgestaltet wird, dass Menschen die eine
131 Einwanderungsgeschichte haben sich nicht anpassen sollen, sich nicht einfach integrieren sollen,
132 sondern Rahmenbedingungen geschaffen werden, die ermöglichen, dass alle Menschen partizipieren
133 und teilhaben können. Das Regierungsprogramm der SPD ist in diesem Bereich wenig mutig und bleibt
134 vielfach hinter den gesellschaftlichen Realitäten zurück.

135

136 Daher fordern wir:

137

- 138 • Jedes Kind, das in Deutschland geboren wird, muss die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten
139 können. Für uns Jusos gilt dies selbstverständlich auch für Kinder von AsylbewerberInnen. Das
140 furchtbare Konstrukt der Optionspflicht muss ersatzlos gestrichen werden.
- 141 • Alle Menschen, die in Deutschland leben, sollen auch die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten
142 können. Dabei darf es nicht notwendig sein, eine andere Staatsbürgerschaft aufzugeben. Wir
143 fordern die uneingeschränkte Möglichkeit von Mehrfach-Staatsbürgerschaften.
- 144 • Eine umfassende Wahlrechtsreform, die das Wahlrecht für alle in Deutschland lebenden
145 beinhaltet. Beteiligung findet nicht nur auf kommunaler Ebene statt!

146

147 Erfolg ist in Deutschland immer noch stark an Bildung geknüpft. Vielfach hat sich gezeigt, dass der
148 klassisch sozialdemokratische Ansatz „Aufstieg durch Bildung“ nicht mehr als eine hohle Phrase
149 geworden ist. Hier müssen wir ansetzen um soziale Benachteiligungen abzubauen und Stigmatisierungen
150 entgegenzuwirken.

151

152 Daher fordern wir:

153

- 154 • Sprachförderung schon in der KiTa, aber als durchgehendes begleitetes Prinzip. Nur so können
155 nachhaltige Erfolge gesichert werden.
- 156 • Ganztageschulen mit umfassender Betreuung durch pädagogisches und psychologisches
157 Personal. Inklusion muss als grundlegendes Prinzip gelten.

- 158 • Die LehrerInnenausbildung muss auf die Herausforderungen der Gegenwart ausgerichtet
159 werden: DaZ muss zum elementaren Bestandteil für alle werden.
- 160 • Im Ausland erworbene Abschlüsse müssen umkompliziert und zeitnah anerkannt werden.
- 161 • Den Ausbau der Studienförderung gemäß BAföG zu einer elternunabhängigen und
162 bedarfsgerechten Studienfinanzierung. Darüber hinaus müssen alle Studiengebühren
163 abgeschafft werden. Dazu zählen wir auch besonders versteckte Studiengebühren, wie
164 überzogene Verwaltungskosten oder Langzeitstudiengebühren.

165

166 Die Ausländerbehörden sind oft der erste Kontakt, den Menschen, die nach Deutschland kommen mit
167 dem deutschen Staat und seiner Bürokratie haben. Diese müssen nach der Leitbild der
168 „Willkommensbehörden“ ausgestaltet werden. Wir müssen den Gesamtkomplex als Aufgabe
169 Partizipation und Teilhabe für alle zu schaffen, statt Integration zu fordern, begreifen.

170

171 Das deutsche Asylrecht ist seit dem Asylkompromiss von 1993 stark eingeschränkt. Deutschland hat sich
172 systematisch aus der Verantwortung gezogen. Durch die faktische Abschaffung des Asylrechts und
173 Ausschluss von AsylbewerberInnen aus dem deutschen Sozialsystem, leben AsylbewerberInnen in
174 Deutschland als Menschen zweiter Klasse. Dies ist ein unerträglicher Zustand, der endlich angegangen
175 werden muss.

176

177 Daher fordern wir:

178

- 179 • Die UN-Kinderrechtskonvention muss im Grundgesetz verankert werden. Geflüchtete Kinder sind
180 auch in Deutschland besonders schutzbedürftig und dürfen nicht wie Erwachsene behandelt
181 werden.
- 182 • Die Residenzpflicht muss bundesweit abgeschafft werden
- 183 • Die Unterbringung in Wohnungen statt Sammelunterkünften in Lagern.
- 184 • Die Teilnahme an Integrationskursen muss allen ermöglicht werden. Diese müssen aber
185 inhaltlich neu konzipiert werden. Wir brauchen Sprachkurse und Partizipationsansätze statt
186 Staatsbürgerkunde.
- 187 • Das Asylbewerberleistungsgesetz muss abgeschafft werden.
- 188 • Das unmenschliche Flughafenasylverfahren muss abgeschafft werden.
- 189 • Der Zugang zum Arbeitsmarkt muss ermöglicht werden.
- 190 • Die Bleiberechtsregelungen müssen ausgeweitet werden. Niemandem darf das Bleiberecht
191 willkürlich verwehrt werden darf! Die Möglichkeit von Kettenduldungen muss abgeschafft
192 werden.
- 193 • Wir benötigen ein bundesweites Programm für Resettlement für Kontingentflüchtlinge.
- 194 • Deutschland muss sein Selbsteintrittsrecht verstärkt gebrauchen und bereit sein seiner
195 internationalen Verantwortung gerecht zu werden.

196

197

198 **Gegen alte und neue Nazis – überall!**

199

200 Die Morde des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) führen uns einmal mehr die Notwendigkeit von
201 antifaschistischer Intervention auf mehreren Eben vor Augen. Die Gefahr durch die organisierte rechte
202 Szene muss ernst genommen und darf nicht weiter verharmlost werden. Auf der anderen Seite fand
203 breites Behördenversagen statt, die geprägt durch alltagsrassistische Denkweisen sprichwörtlich auf dem
204 rechten Auge blind waren. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist dabei nicht nur in Behörden,
205 sondern in der gesamten Gesellschaft vorhanden, die FES diagnostizierte zuletzt ein geschlossenes
206 rechtes Weltbild bei 16% der Ostdeutschen. Krisen des Wirtschafts- und Finanzsystem gefährden den
207 gesellschaftlichen Zusammenhalt und die internationale Solidarität. Wir Jusos haben ausgehend aus
208 dieser Analyse einen ganzheitlichen Ansatz zur Bekämpfung rechten Gedankenguts und rechter
209 Strukturen.

210

211 Wir Jusos sehen den entscheidenden Schlüssel zur Bekämpfung von Rassismus, Antisemitismus und
212 anderen menschenfeindlichen Einstellungen in Bildung und Prävention.

213

- 214 • Wir brauchen eine dauerhafte Finanzierung von Demokratie-Projekten über das
215 Bundesprogramm, damit deren Arbeit verstetigt und jenseits von kurzen Jahres-Rhythmen
216 absolviert werden kann.
- 217 • Die Kriminalisierung von Arbeit gegen Rechts muss ein Ende haben. Mit uns wird es keine
218 Extremismus-Klauseln geben, die Initiativen unter Generalverdacht stellt und Misstrauen
219 bezüglich deren Verfassungstreue sät.

220

221 Aber auch auf Seiten der Repressionsorgane und Behörden sind Veränderungen notwendig:

222

- 223 • Die Handlungsempfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses im Bundestag müssen
224 umgesetzt werden.
- 225 • Der Verfassungsschutz in seiner derzeitigen Form hat jede Existenzberechtigung jedoch bereits
226 verloren.
- 227 • Wir fordern ein Verbot der NPD, um deren staatliche Finanzierung zu unterbinden und damit
228 auch rund um die NPD organisierte Kameradschaften zu schwächen.
- 229 • Todesopfer rechter Gewalt müssen endlich als solche anerkannt werden. Generell müssen
230 entsprechende Straftaten besser erkannt werden. Dazu bedarf es einer Fortbildungsoffensive bei
231 der Polizei.
- 232 • Nazis sind von der Vergabe genehmigungspflichtiger Waffen auszuschließen. Bei der
233 waffenrechtlichen Zuverlässigkeitsprüfung muss ein rechtsradikaler politischer Kontext zum KO-
234 Kriterium gemacht werden.

1 **AntragsstellerIn:** Jusos Nordost

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

4 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

5

6 **B1_1/13 Wer nicht arbeitet, soll trotzdem** 7 **essen!**

8

9 Der Aufschrei war groß, als bekannt wurde, dass politische Häftlinge und Strafgefangene aus den
10 Gefängnissen Waldheim und Naumburg in der DDR für Ikea Möbel bauen mussten. So sehr Kritik an
11 Zwangsarbeit notwendig und berechtigt ist, darf sie doch nicht in der ehemaligen DDR oder bei IKEA
12 stehenbleiben. Denn Zwangsarbeit im Knast ist beileibe keine Spezialität oder Erfindung der DDR.
13 In der Bundesrepublik hat sie sogar Verfassungsrang – bis heute. In Artikel 12 des Grundgesetzes heißt es:
14 „Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.“
15 Das heißt, Insassinnen und Insassen von Gefängnissen können auch gegen ihren Willen zur Arbeit
16 gezwungen werden.

17

18 Dies ist nicht nur eine theoretische Verordnung, sondern hat praktische Relevanz. So finden sich auf der
19 Homepage der JVA Dresden, dass sich für Unternehmerinnen und Unternehmer „eine Reihe von
20 Vorteilen“ ergeben, wenn sie im Knast produzieren lassen: So entstehen „keine Kosten für
21 Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder andere freiwillige Zusatzzahlungen“ wie Urlaubs- oder
22 Weihnachtsgeld.

23

24 Die Ware Arbeitskraft wird hier unverschlüsselt und schamlos ausgebeutet! Jedoch kann hier nicht eine
25 Reform des „vollzuglichen Arbeitswesens“ eine Lösung sein, sondern es muss das Prinzip und die dahinter
26 stehende Idee, der Disziplinierung durch Arbeit, angegriffen werden.

27

28 Zwar zwingt die gegenwärtige Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung strukturell zu Lohnarbeit, jedoch
29 wird der Arbeitszwang in Gefängnissen am eklatantesten sichtbar. Die Existenzsicherung und ein
30 würdevolles Leben darf aber nicht an diesen Zwang gebunden werden.

31

32 Wie dreist in diesem System mit den Menschen umgegangen wird, zeigt ein Blick in die
33 Strafvollzugsvergütungsordnung. Dort ist festgelegt, dass für die Arbeit in Gefängnissen ein Lohn bezahlt
34 wird, der bei ca. neun Prozent des deutschen Durchschnittslohns liegt. 2011 waren dies 11,04 Euro für
35 einen achtstündigen Arbeitstag. Allerdings gelten verschiedene Stufen, so dass für unqualifizierte
36 Tätigkeiten nur 75 Prozent des Entgelts gezahlt werden. Und da die unqualifizierten Tätigkeiten den

37 Großteil von Beschäftigung in Gefängnissen bilden, erhalten viele Gefangene durchschnittlich nur acht
38 Euro – pro Tag!

39

40 Über dieses Geld können die Gefangenen des Weiteren nicht frei bestimmen. Das Strafvollzugsgesetz legt
41 fest, was mit ihrem Lohn geschieht.

42 So weit, so schlecht.

43

44 Wer sich allerdings weigert, die aufgetragene Arbeit (z.B. für Fluggesellschaften Plastikbesteck in Tüten
45 packen, schreinern, Bücher reparieren, Kaffee rösten etc.) auszuführen, wird bestraft. Bei den

46 Bestrafungen wird das gesamte Potpourri repressiver Methoden angewandt: von der Streichung des
47 Taschengelde über Arrest, bis hin zur In-Rechnung-stellen der Haftkosten ist alles möglich.

48

49 Die SPD-geführten Bundesländer diskutieren daher seit einiger Zeit einen Musterentwurf für ein
50 einheitliches Vollzugsgesetz. Das Brandenburger Kabinett verabschiedete bereits ein neues Gesetz, das
51 auf dem Musterentwurf der SPD beruht. Eine der wichtigsten Neuerungen darin ist die Aufhebung des
52 Arbeitszwangs.

53

54 Wir begrüßen diese Entwicklung und fordern die SPD dazu auf, konsequent weiter gegen diese
55 „Gefängnis-Industrie“ vorzugehen. Ein Arbeitszwang, also der Zwang sich dem kapitalistischen
56 Verwertungsprozess zu unterwerfen, hat in einer demokratischen Gesellschaft nichts verloren. Artikel 12
57 Abs. 3 Grundgesetz hat damit nichts zu tun. Dieser muss verschwinden.

1 **AntragsstellerIn:** Jusos Tempelhof-Schöneberg

2
3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

4 Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:

5 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

7 B2_1/13 Ausbeutung stoppen -

8 AbsolventInnenpraktika verbieten und Pflicht- 9 Praktika stärker regulieren!

11 **Analyse:**

12
13 Das Schlagwort "Generation Praktikum" dient mittlerweile dazu, die Arbeits- und Universitätswelt einer
14 gesamten Generation zu beschreiben. Absolventinnen und Absolventen eines Hochschulstudiums wird
15 durch Praktika zunehmend der Übergang von der Universität in ein normales Arbeitsverhältnis erschwert.
16 Stattdessen befinden sich diese jungen Menschen schon zu Beginn ihres Erwerbslebens in einer Form
17 prekärer Beschäftigung, die ihnen in den meisten Fällen keine wirkliche Perspektive auf Festanstellung
18 bietet. Das Ergebnis ist leider, dass junge Menschen im schlimmsten Fall jahrelang ausgebeutet werden,
19 ohne dass sie danach nennenswert besser qualifiziert sind als nach dem Abschluss ihres
20 Hochschulstudiums. Auch innerhalb des Studiums werden Praktika von Studierenden leider zu oft als
21 Belastung denn als Bereicherung wahrgenommen. Dies hängt in den meisten Fällen mit der
22 unverhältnismäßigen Länge oder den schlechten Arbeitsbedingungen während des Praktikums
23 zusammen.

24
25 Praktika sind per Definition auf Dauer angelegte Lernverhältnisse, bei denen zur Vertiefung und zum
26 Erwerb von Kompetenzen praktisch gearbeitet wird. Der Praktikumsbericht der DGB-Jugend aus dem
27 Jahr 2011 zeigt aber sehr deutlich, dass die meisten AbsolventInnenpraktika keine Lehrinhalte bieten, die
28 nicht auch schon in dem Studium (z.B. durch Pflichtpraktika etc.) vermittelt werden. Darüber hinaus geht
29 aus dem Bericht hervor, dass die meisten Praktikantinnen und Praktikanten nach durchschnittlich zwei
30 Monaten in alle Betriebsabläufe eingearbeitet sind, so dass sie nach diesen zwei Monaten in äußerst
31 seltenen Fällen weitere Kompetenzen erlangen. Der Großteil der angestellten Praktikantinnen und
32 Praktikanten gab an im Vergleich zu den Festangestellten gleichwertige Arbeit zu verrichten. Daraus lässt
33 sich schließen, dass Praktikantinnen und Praktikanten sich spätestens nach zwei Monaten für das
34 Unternehmen rechnen, weil sie faktisch die gleiche Arbeit verrichten, aber nur einen Bruchteil der
35 Vergütung der Festangestellten erhalten.

36 Laut Wittener Praktika-Report 2012 sind immer noch 40 Prozent der Praktika in Deutschland unbezahlt.
37 Erschreckender Weise sind gerade die Branchen Gesundheit, Öffentlicher Dienst und Bildung mit 80
38 Prozent Spitzenreiter. Durchschnittlich verdient ein/e PraktikantIn in Deutschland 290 €. Wer die
39 Forderung nach gut ausgebildeten und qualifizierten Fachkräften/Akademikern ernst meint, darf vor
40 diesen Zahlen nicht die Augen verschließen! Besonders im Öffentlichen Dienst muss die Ausbeutung der
41 PraktikantInnen ein Ende haben!

42 Darüber hinaus darf der Umstand nicht täuschen, dass die sozialen Sicherungssysteme Praktikanten
43 finanziell entlasten. Besonders im Rahmen des Hochschulstudiums sind Praktika ein fester praktischer
44 Bestandteil des sonst theoriendominierten Studienverlaufs. Oft führen jedoch die für die Praktika
45 eingelegten Urlaubssemester zu einer Verlängerung der Studienzeit. Dies macht sich besonders bei
46 StudentInnen aus einkommensschwachen Familien durch den Wegfall der finanziellen staatlichen
47 Zuschüsse (BAföG) im letzten Semester bemerkbar.
48 Dieser Zustand ist für uns nicht hinnehmbar!

49
50 Wir begrüßen deshalb den Vorstoß der SPD Bundestagsfraktion Praktika stärker zu regulieren und
51 transparenter zu gestalten. Praktika müssen danach mit mindestens 350 Euro pro Monat vergütet
52 werden. Auch den Ansatz, das Praktikum als Vertragsverhältnis mit in das Bürgerliche Gesetzbuch
53 aufzunehmen, um so die Natur des Praktikums als Lernverhältnis klarzustellen und somit rechtliche
54 Klarheit für Praktikantinnen und Praktikanten zu schaffen, erkennen wir als einen Schritt in die richtige
55 Richtung an. Als besonders wichtig empfinden wir dabei die geforderte Beweislastumkehr bei der
56 Falschbezeichnung eines Arbeitsverhältnisses als Praktikum, da sie die Klagemöglichkeit für
57 Praktikantinnen und Praktikanten deutlich erleichtert.

58

59 **Forderungen:**

60

61 Uns gehen diese Ansätze aber noch nicht weit genug.

62 Wir fordern das absolute Verbot von AbsolventInnenpraktika nach dem ersten Master- Diplom oder
63 Magisterabschluss. Ausgeschlossen hiervon sind StudentInnen, die schon einen solchen Abschluss
64 haben, aber ein Zweitstudium absolvieren. Für uns entbehrt es jeglicher Logik, hoch qualifizierte, fertig
65 ausgebildete Menschen vor dem Berufseinstieg zu einem weiteren (Schein-)Erwerb von Kompetenzen zu
66 zwingen. Diesen Menschen muss im Gegenteil eine schnelle Perspektive auf eine unbefristete
67 Festeinstellung eröffnet werden, da nur diese ihnen Planungssicherheit bietet und den Zugang zu
68 unseren sozialen Sicherungssystemen ermöglicht. Praktika jedoch, leisten all dies nicht und enden für nur
69 ein Fünftel der Betroffenen mit einer Festanstellung.

70

71 Die Arbeitsbedingungen in Praktikumsverhältnissen innerhalb des Studiums müssen aus unserer Sicht
72 stark verbessert werden.

73 Zunächst sind Pflicht-Praktika auf 3 Monate pro Praktikum zu begrenzen. Längere Praktikumszeiten
74 führen selten zu einem weiteren Kompetenzerwerb des/der PraktikantIn, sondern begünstigen vor allem
75 den Arbeitgeber, der gleichwertige Arbeit für einen weitaus niedrigeren Lohn erhält.

76 Die Vergütung von Praktika sollte eine Grenze von 450 Euro nicht unterschreiten. Wir orientieren uns
77 dabei an den Vergütungsregelungen für Minijobs, auf die viele Praktikumsverträge heute schon
78 abgestimmt werden.

79 Des Weiteren muss vor dem Antritt des Praktikums genau festgelegt werden, worin die Lerninhalte
80 bestehen sollen und wer innerhalb des Unternehmens als Ansprechpartnerin oder Ansprechpartner für
81 den/die PraktikantIn fungiert.

82 Darüber hinaus muss im Rahmen eines Evaluation Systems dem/der PraktikantIn durch den/die
83 BetreuerIn ein Zeugnis ausgestellt werden.

84

85 Die Förderungshöchstdauer des BAföG muss so flexibilisiert werden, dass bis zu zwei praktikums- oder
86 weiterbildungsorientierte Urlaubssemester ebenfalls förderungsfähig sind. Damit können die für den
87 Studienverlauf wichtigen Praktikumsphasen finanziell aufgefangen werden. Die Hochschulen sehen
88 Praktika als einen festen Bestandteil der akademischen Ausbildung an, deshalb müssen diese auch von
89 der BAföG-Förderung gedeckt werden.

90 All diese Maßnahmen verfolgen ein klares Ziel: Das Praktikum muss endlich wieder als ein Lernverhältnis
91 verstanden werden und darf nicht der Ausbeutung junger Leute dienen!

1 **AntragsstellerIn:** Jusos Mitte

2
3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:
4

5 **C1_1/13 Die Freiheit der Wissenschaft und** 6 **Forschung verteidigen!**

7
8 Die Welt der Forschung und Wissenschaft ist in stetem Wandel. Der neoliberale Zeitgeist hat
9 insbesondere nicht vor den Hochschulen Halt gemacht und breitet sich bereits seit Jahren in den
10 Strukturen von Wissenschaft und Forschung aus. Wirtschaftliche Interessen sind in Berufungsverfahren
11 und bei Fragen der Finanzierung von Forschungsfeldern stärker in den Vordergrund gerückt. Ein neues
12 „Hochschul-Management“ setzt sich in immer mehr Rektoraten durch und baut auf den internationalen
13 Wettbewerb um Forschung und Köpfe. Wir Jusos sehen die Forschung an Hochschulen durch derartige
14 Faktoren in Gefahr gesetzt. Deshalb machen wir es uns zur Aufgabe, die Freiheit von Forschung zu
15 verteidigen.
16

17 **Abhängigkeiten abbauen**

18 Wenn das Menschenrecht auf Bildung im Hochschulbereich verwirklicht werden soll, brauchen wir eine
19 freie, demokratische, soziale, chancengleiche Lehre und Forschung für alle, die dem
20 gesamtgesellschaftlichen Interesse gerecht wird.
21

22 Diesen Zielen steht die zunehmende Abhängigkeit der Hochschulen von der Privatwirtschaft entgegen.
23 Insbesondere die Forschung ist, teilweise verstärkt durch landespolitische Rahmenbedingen, in
24 zunehmendem Maße von der Einwerbung privater Drittmittel abhängig. Das führt dazu, dass nicht mehr
25 das originäre Forschungsinteresse, sondern zunehmend die privaten Geldgeber über Ziele, Inhalt und
26 Umfang der Forschung entscheiden. Individuelle unternehmerische Interessen entsprechen dabei nicht
27 immer den gesamtgesellschaftlichen Anforderungen an Forschung. So kommt es zunehmend zu
28 ungerechten Ressourcenverteilungen zwischen Hochschulstandorten. Dazu kommt eine
29 Schlechterstellung bestimmter Fakultäten und Fachbereiche. Insbesondere geisteswissenschaftliche
30 Bereiche, die weniger materiellen Mehrwert für die Geldgeber generieren können, haben oftmals das
31 Nachsehen gegenüber beispielsweise Natur- und Ingenieurwissenschaften, aus denen sich
32 unmittelbarer Nutzen für Produktentwicklungen ziehen lässt. Und auch innerhalb einzelner Bereiche der
33 Forschung werden zunehmend die Grundsätze der freien und demokratischen Forschung verletzt,
34 solange am Ende individuelles Gewinnstreben zumindest mitentscheidend ist. Programme, wie das
35 unsinnige Deutschlandstipendium verstärken die Individualisierungs- und Entsolidarisierungseffekte. Das

36 Streben nach wirtschaftlicher Verwertbarkeit wird so bereits im Prozess der individuellen
37 Studienfinanzierung implementiert.

38

39 Für uns Jusos steht jede direkte und auf zuvor festgelegten Ergebnisinteressen beruhende Mittelvergabe
40 von Unternehmen an Hochschulen dem Grundsatz der freien und demokratischen Forschung entgegen,
41 deren Ausgestaltung gesamtgesellschaftliche Aufgabe bleiben und gegebenenfalls wieder werden muss.
42 Dazu gehören Sponsoring, bezahlte Forschungsaufträge, aber auch privatwirtschaftliche
43 Stipendienprogramme. Jede Form der direkten finanziellen Zuwendung von gewinnorientierten
44 Unternehmen an Hochschulen lehnen wir deshalb ab. Dabei geht es uns keineswegs darum, dass die
45 Privatwirtschaft keinen Nutzen aus öffentlicher Forschung ziehen sollte. Ebenso, wie die Integration von
46 Menschen in den Arbeitsmarkt eine Aufgabe von Lehre ist, ist auch wirtschaftlicher Fortschritt, Innovation
47 und Technologieentwicklung eine von vielen gesellschaftlich relevanten Aufgaben von Forschung.

48

49 Die Ausgestaltung und Schwerpunktsetzung der Forschung darf allerdings nicht einigen wenigen, nicht
50 demokratisch legitimierten Unternehmen vorbehalten sein, sondern muss zuallererst übergeordneten
51 gesamtgesellschaftlichen Ansprüchen genüge tragen. Daher hat die Übernahme finanzieller
52 Verantwortung durch Unternehmen im Forschungswesen grundsätzlich nicht über individuelle
53 Zuwendungen zu geschehen, sondern über eine angemessene Besteuerung von
54 Unternehmensgewinnen, Kapitalerträgen und hohen Einkommen. So ist sicher zu stellen, dass
55 Hochschulen finanziell gut ausgestattet sind, um ihren Aufträgen nachzukommen, ohne dass sie auf
56 private Drittmittel angewiesen sind. Dabei ist explizit zwischen privaten Drittmitteln und öffentlich
57 bereitgestellten Mitteln wie z.B. von der DFG zu unterscheiden. Ein Verbot von
58 Unternehmenszuwendungen darf Forschungseinrichtungen nicht schlechter stellen. Wegfallende Mittel
59 sind durch öffentliche auszugleichen.

60

61 Kontakte und Fachaustausch zwischen Unternehmen und Hochschulen lehnen wir nicht grundsätzlich
62 ab. Kooperationen können für beide Seiten wichtige Kenntnisse und Erfahrungen bringen. Sie findet ihre
63 Grenze stets dort, wo Unternehmen direkten Einfluss auf Lehre ausüben oder
64 Unternehmensvertreter_innen dauerhaft zu Lehrenden werden, wo Unternehmen
65 Mitsprachemöglichkeiten bei Durchführung von Forschung, bei der Zulassung von
66 Forschungsergebnissen, der Ernennung von Professuren und weiterem Hochschulpersonal oder der
67 Hochschulorganisation bekommen.

68

69 **Freiheit und Grenzen der Forschung**

70 Wir Jusos treten dafür ein, dass die Freiheit der Wissenschaft und damit auch die Freiheit der Forschung
71 gefördert wird. Wissensproduktion und Wahrheitsfindung sind wichtige Bedingungen für Fortschritt und
72 damit zentraler Bestandteil einer guten Gesellschaft. Dazu gehört, dass die Forschenden sowohl Inhalt als
73 auch Art und Weise ihrer Forschung selbst bestimmen sollen dürfen. Jede und jeder soll die Möglichkeit
74 haben, das Thema seiner/ihrer Forschung unabhängig von den Interessen der Wirtschaft frei zu wählen
75 und in die Richtung zu forschen, die er/sie will. So wird die Selbstbestimmung der Forschenden gewahrt

76 und es kommen Ergebnisse zustande, die vielleicht nicht nur der Wirtschaft, aber der Gesellschaft dienen
77 werden.

78

79 Dabei stellt sich die Frage, inwieweit und ob Forschung Grenzen braucht und wer diese vorgibt. Darf
80 Forschung zu Massenvernichtungswaffen betrieben werden und wie weit darf in der genetischen
81 Forschung gegangen werden? Für uns Jusos ist klar: Forschung soll der Gesellschaft dienen. Dazu sind
82 aber auch Grenzen der Freiheit der Forschung notwendig. Es muss die Öffentlichkeit über die Umstände
83 und Kontexte der Wissensproduktion informiert sein. Totale Transparenz sollte für öffentliche Forschung
84 oberstes Gebot sein. Eine Verpflichtung zur Offenlegung aller am Forschungsprozess Beteiligten, der
85 Quellen der verwendeten Mittel und Verknüpfungen zu privaten Interessen, sowie eine Verpflichtung der
86 Forschenden gegenüber universalen ethischen Grundsätzen muss durchgesetzt werden, im Sinne der
87 Wahrung und Förderung der Freiheit in Wissenschaft und Forschung. Wir fordern dazu konkret die
88 Einführung eines „Wissenschaftskodex“, der vom Wissenschaftsrat – einer Institution bestehend aus
89 Forschenden, Personen des öffentlichen Lebens sowie Bundes- und LandespolitikerInnen - erarbeitet
90 wird und Richtlinien bezüglich der Grenzen der Forschung vorgibt. Die Forschenden werden verpflichtet,
91 sich an diese zu halten; bei einer Zuwiderhandlung werden die Mittel durch die DFG gestrichen. Dabei
92 muss für angewandte Forschung strengere Richtlinien gelten, als für die Grundlagenforschung. So kann
93 gewährleistet werden, dass zum einen die Autonomie der Forschenden gewahrt bleibt, zum anderen
94 aber keine Forschungsergebnisse produziert werden, die den Interessen der Gesellschaft fatal
95 entgegenwirken.

96

97 **Raus aus der prekären Arbeit – Wissenschaft für alle**

98 Wir Jusos setzen uns für eine Forschung ein, die allen Menschen offen steht und sie miteinbezieht. Dem
99 Status Quo, dass die soziale Zusammensetzung in der Wissenschaft sich gesellschaftlich und personell
100 reproduziert, muss entgegengewirkt werden.

101

102 Wir wollen, dass die soziale Durchlässigkeit in der Wissenschaft erhöht wird. Dazu muss Wissenschaft als
103 Beruf finanziell gesichert sein: Zeitarbeit und ein immer größer werdender Anteil von
104 Teilzeitbeschäftigten gehören heute zur Realität der Forschung in Deutschland. Zwei Drittel des
105 deutschen Hochschulpersonals war 2009 befristet eingestellt. Damit steht der Zugang nur denjenigen
106 offen, die sich es leisten können. Das lehnen wir ab! Wir brauchen gesicherte Arbeitsplätze, die nicht
107 immer nur ein Jahr dauern, mehr Vollzeitstellen und Tarifverträge, um den Menschen die nötige
108 Sicherheit zu geben und so die Wissenschaft zu öffnen.

109

110 Ferner fordern wir ein breit aufgestelltes Lehrangebot und auch in den unteren Semestern eine
111 Betreuung durch originäre Professuren. Die Vergabe externer Lehraufträge ist ein Mittel, das bestehende
112 Lehrangebot auszuweiten, darf jedoch kein Ersatz für dieses darstellen.

113

114 Die Einrichtung von Stellen für „Lehrkräfte für besondere Aufgaben“, sowie die Vergabe reiner
115 Lehraufträge, stellen ferner eine Konkurrenz für den universitären Mittelbau und Wissenschaftliche
116 Mitarbeiter_innen dar.

117

118 Das „Nachwachsen“ von Wissenschaftler_innen durch den universitären Mittelbau, sowie ein
119 ausgewogenes Verhältnis von Forschungs- und Lehraktivitäten, muss Vorrang vor
120 Einsparungsanforderungen an den einzelnen Institute haben.

1 **AntragsstellerIn:** Jusos Tempelhof-Schöneberg

2
3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

4 Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:

5 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

7 C2_1/13 Berufsorientierung muss auch 8 Berufsbefähigung enthalten!

9 **Analyse:**

10 Wir ziehen u.a. mit dem Slogan „Wir wollen mehr Demokratie im Betrieb“ in den Wahlkampf um die
11 Bundestagswahl 2013. Hierfür sind mündige ArbeitnehmerInnen, die um ihre Rechten und Pflichten
12 wissen, unerlässlich!

13
14 Im Rahmen der Berufsorientierung sollen SchülerInnen der Sekundarschulen und gymnasialen
15 Oberstufen auf die Hochschul- und Berufswelt vorbereitet werden. Es finden sich im Rahmenlehrplan von
16 Berlin verschiedene Fachbereiche, welche sich mit dem Themenkomplex der Arbeitswelt und der
17 Berufsorientierung beschäftigen (Fach „Wirtschaft, Arbeit und Soziales“ für die Sekundarstufe II bzw. das
18 Ergänzungsfach „Studium und Beruf“ für die gymnasialen Oberstufe). Diese sind jedoch weder
19 verpflichtend noch einheitlich geregelt. Außerdem werden z.B. auf dem Bildungsserver Berlin
20 Brandenburg diverse Unterrichtsmaterialien zur Berufserkundung angeboten.

21 Erschreckenderweise wird in keiner der o.g. Informationsmöglichkeiten auf die Funktionsweise der
22 komplexen rechtlichen Rahmenbedingungen des Arbeitsmarkts oder an einer Hochschule eingegangen.
23 Um die Möglichkeiten von Machtmissbrauch an Studierenden und ArbeitnehmerInnen einzuschränken,
24 ist es unbedingt erforderlich, dass neben Angeboten zur Unterstützung bei der Berufswahl und
25 Berufserkundungsmöglichkeiten, Kenntnisse über die rechtlichen Grundlagen der Hochschul- und
26 Arbeitswelt vermittelt werden!

27 **Forderungen:**

28 Daher fordern wir folgende Themenpunkte verbindlich in den Rahmenplan der Sekundarschulen und
29 gymnasialen Oberstufen zur Berufsorientierung aufzunehmen:

- 30 • Darstellung der Rechte und Pflichten von ArbeitnehmerInnen in Bezug auf die verschiedenen
31 Arbeitsverhältnisse (Werkverträge, befristete Arbeitsverhältnisse, Leiharbeit u.a.), die zukünftigen
32 Lebensphasen (Ausbildung, Elternzeit, Teilzeitarbeit u.a.) und von Kündigungsgründen
33 Ergänzung für SchülerInnen der gymnasialen Oberstufen:
 - 34 - Übersicht über den strukturellen Aufbau einer Hochschule einschließlich der
35 Anlaufstellen bei Beschwerden gegen Ungleichbehandlungen
36

- 37 - Erläuterung des Bewerbungsverfahren für einen Studienplatz, der Auswahlkriterien und
38 der möglichen Handlungsspielräume bei Nichtannahme
39 - Darstellung von hochschulpolitischen Instanzen
40 - Erläuterung der Finanzierungsmöglichkeiten des Studiums
41 • Funktionsweise und Gründungsvoraussetzungen von Betriebsräten und Erläuterung der
42 Anlaufstellen bei unrechtmäßiger Behandlung für MitarbeiterInnen in einem Unternehmen ohne
43 Betriebsrat
44 • Darstellung über den Versicherungsschutz eines Arbeitnehmers während eines
45 Arbeitsverhältnisses in Bezug auf Unfallversicherung, krankheitsbedingtem Ausscheiden aus
46 dem Berufsleben, Sozialversicherungen, verschiedene Rentenversorgungsmodelle u.a. sowie
47 über Möglichkeiten eine vollständige Vorsorge privat zu ergänzen
48

49 *Begründung:*

50 Neben den sozialen Misständen prekärer Arbeitsverhältnisse ergeben sich für ArbeitnehmerInnen im
51 Berufsalltag häufig Situationen des Machtmissbrauchs durch Vorgesetzte oder KollegInnen. Dabei
52 werden die ArbeitnehmerInnen u.a. durch die komplexen rechtlichen Strukturen innerhalb eines
53 Betriebes oder eines Dienstleistungsunternehmens an der betrieblichen Teilhabe und der Ausübung ihrer
54 Rechte gehindert. Für Studierende ergeben sich aus ähnlichen Gründen vollkommen undurchsichtige
55 Annahmeverfahren für die Hochschulen, Nachteile bei der Partizipation an universitären
56 Entscheidungsvorgängen oder der Zensurenvergabe.
57 Diesem Missstand müssen wir entgegengehen! Wir erreichen dies nur durch eine frühzeitige und
58 umfassende Bildung der zukünftigen ArbeitnehmerInnen!

Antragsbereich D: Demokratie, Partizipation, Kampf gegen
menschenfeindliche Einstellungen
Antrag D1_1/13

1 **AntragsstellerIn:** Juso-Landesvorstand

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

4 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

5

6 **D1_1/13 Echte Partizipation für SchülerInnen**
7 **ermöglichen**

8

9 Wir fordern bessere Partizipationsmöglichkeiten für SchülerInnen. Der derzeitige Zustand ist für
10 SchülerInnen nicht weiter vertretbar. Die "Ochsentour" durch die Gremien auf Landes- und Bezirksebene
11 muss abgeschafft werden. Die endlose Gremienspirale entspricht weder den sich immer weiter
12 verdichtenden Lebenssituationen junger Menschen, noch zeigt sie einfach und selbsterklärend auf, wie
13 gute Partizipation in ihr verwirklicht werden kann. SchülerInnen werden aufgrund mangelnder
14 Infrastruktur auf nahezu allen Beteiligungsebenen mit sich und ihren Anliegen allein gelassen und
15 befinden sich somit bei der Vertretung ihrer Interessen in einem eklatanten Nachteil gegenüber gut
16 organisierten und vernetzten LehrerInnen und Eltern.

17 Wir fordern direktere und transparentere Wahlmöglichkeiten für SchülerInnen, damit diese sich je nach
18 Interesse und ohne Umwege in das von ihnen bevorzugte Gremium wählen lassen können.

19 Berliner SchülerInnen müssen zudem besser über Ihre Rechte und Pflichten im Rahmen der
20 schulgesetzlich zugesicherten Mitbestimmungsmöglichkeiten informiert werden. An viel zu vielen
21 Schulen werden aus Unwissenheit keine Wahlen durchgeführt. Aus diesem Grund sprechen wir uns für
22 die Einführung von Wahlprotokollen für Wahlen zu im Schulgesetz verankerten Gremien aus.

23 Zur konkreten Gestaltung einer neuen SchülerInnenvertretungsstruktur fordern wir die
24 sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses sowie die Senatsverwaltung für Bildung auf,
25 gemeinsam mit den Jusos und VertreterInnen der bisherigen SchülerInnenvertretungsorgane an einem
26 Konzept zu arbeiten.

27

28 Wir schlagen folgendes Konzept vor:

29

30 Vergleichbar mit der Wahl der SchülerInnensprecherInnen an den einzelnen Schulen wählt die gesamte
31 SchülerInnenschaft aus ihrer Mitte heraus direkt zwei VertreterInnen für den
32 BezirksschülerInnenausschuss (BSA). Die Wahlen finden im Rahmen einer Vollversammlung oder
33 innerhalb der Klassen statt.

34 Der BSA wiederum wählt entsprechend der SchülerInnenzahlen des Bezirkes VertreterInnen für eine neu
35 zu schaffende LandesschülerInnenkonferenz (LSK). Diese besteht aus etwa 100 SchülerInnen und ist das

36 höchste beschlussfassende Gremium für SchülerInnenbelange im Land Berlin. Delegierte der LSK müssen
37 nicht ihrem jeweiligen BSA angehören, sich dort bei der Wahl jedoch mindestens schriftlich vorstellen.
38 Alle SchülerInnen Berlins haben damit die Chance, sich bei der ersten Schuljahrssitzung ihres BSA als
39 Delegierte zur LSK wählen zu lassen.
40 Die LSK wählt einen Vorstand, der koordinierend wirkt und paritätisch besetzt ist. Auf der LSK können
41 Anträge beschlossen werden, die durch die BezirksschülerInnenausschüsse oder den LSK-Vorstand
42 vorbereitet werden. Die LSK findet etwa zweimal im Jahr statt, der Vorstand tagt monatlich und soll die
43 Beschlüsse der LSK nach außen vertreten.

Antragsbereich D: Demokratie, Partizipation, Kampf gegen menschenfeindliche Einstellungen

Antrag D2_1/13

1 **AntragsstellerIn:** Jusos Friedrichshain-Kreuzberg

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

4 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

5

6 **D2_1/13 U18-Wahl unterstützen!**

7

8 Die Jusos Berlin und die SPD Berlin unterstützen die U18-Wahl im Vorfeld der Bundestagswahl. Alle SPD-
9 und Juso-Kreise sind dazu aufgerufen, Kinder- und Jugendbüros, Jugendeinrichtungen und andere
10 Einrichtungen bei der Vorbereitung und Durchführung der Wahl tatkräftig zu unterstützen sowie eigene
11 Veranstaltungen für unter 18jährige anzubieten. Der Juso Landesvorstand unterstützt die Kreise bei der
12 Durchführung dieser Veranstaltungen durch die Bereitstellung von Material, Konzeptideen und soweit
13 notwendig auch durch die Übernahme von Aufgaben im Zusammenhang mit den Veranstaltungen.

14

15 Darüber hinaus setzen wir uns weiterhin dafür ein, das Wahlalter auf 16 zu senken und so die Beteiligung
16 von jungen Menschen zu den Abgeordnetenhauswahlen zu ermöglichen.

17

18 *Begründung:*

19

20 Am 22. September 2013 steht die Wahl zum 18. Deutschen Bundestag an. In diesem Rahmen können bei
21 der Jugendwahl U18 auch wieder Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren in ganz Deutschland ihre
22 Stimme abgeben. Die Idee zu U18 entstand 1996 in einem Jugendclub in Berlin Mitte mit dem Ziel, die
23 Beteiligung von Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren an Wahlen zu ermöglichen und somit ihrer
24 politischen Stimme ein Forum zu bieten, auch wenn diese nicht in das eigentliche Wahlergebnis einfließt.
25 Das große Interesse an dieser Partizipationsmöglichkeit zeigt deutlich den Wunsch nach mehr
26 Mitgestaltungsmöglichkeiten auf.

27

28 Wir Jusos setzen uns für eine Herabsetzung des Wahlalters ein. Viele Menschen unter 18 Jahren wollen
29 politische Verantwortung tragen und durch die Teilnahme an Wahlen politische Entscheidungen treffen.
30 Dieses Interesse muss gefördert und unterstützt werden. Um eine Herabsetzung des Wahlalters umsetzen
31 zu können, müssen bestimmte Voraussetzungen getroffen werden. Ein zentraler Punkt ist die
32 entsprechende Vorbereitung der Jugendlichen auf anstehende Wahlen. Neben Familie und Freunden
33 sind es vor allem die Schulen, die durch den Politikunterricht Einfluss auf das politische Verständnis von
34 Jugendlichen nehmen. Durch eine enge Zusammenarbeit mit Institutionen, die politische Bildung als
35 Arbeitsschwerpunkt haben, kann ein entsprechendes Informationsangebot verstärkt werden. Je früher
36 sich Kinder und Jugendliche mit Demokratie und demokratischen Rechten auseinandersetzen, desto

37 selbstverständlicher ist eine tatsächliche Umsetzung und somit einhergehend eine gesteigerte
38 Wahlbeteiligung.
39 Wahlen sind als zentrales Element demokratischer Mitbestimmung zu verstehen. Wir Jusos möchten
40 Jugendlichen die Möglichkeit geben, durch die Teilnahme an Wahlen ihre Lebensrealität mitzugestalten.

Antragsbereich D: Demokratie, Partizipation, Kampf gegen
menschenfeindliche Einstellungen
Antrag D3_1/13

1 **AntragsstellerIn:** Jusos Nordost

2
3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:
4

5 **D3_1/13 Positionspapier: KanzlerInsein muss**
6 **sich wieder lohnen!**

7
8 Mit seinen Anmerkungen zum KanzlerInnengehalt löste Peer Steinbrück um die Jahreswende eine längst
9 überfällige Debatte aus. Hellwach und in der Analyse messerscharf griff der Blätterwald die beiläufigen
10 Bemerkungen auf und machte sie zum alles überschattenden Thema. In unerschrockener und
11 unbestechlicher Manier scheute sich die deutsche Presselandschaft nicht, eine für die Zukunft der
12 Menschheit zentrale Frage endlich aufs Tableau zu heben: Was ist uns ein_e KanzlerIn wert? So gelang es
13 dem Qualitätsjournalismus und Peer, eine in ihrer intellektuellen Dichte kaum noch für möglich
14 gehaltene Debatte auf allerhöchstem Niveau anzustoßen. Wir verneigen uns vor der offenkundig intakten
15 Diskursfähigkeit unserer Medienlandschaft und sehen uns zugleich veranlasst, Position zu beziehen, denn
16 schweigen kann nun niemand mehr. Wir sind überzeugt: KanzlerInnen müssen's richtig schön haben bei
17 uns, damit Menschen endlich wieder sagen können "Ich hab' ja gar nichts dagegen, mal Bundeskanzlerin
18 zu werden." (Andrea Nahles) und nicht mehr gezwungen sind, „Neee“ (Peer Steinbrück) zu sagen.
19

20 **Schluss mit den Dumpinglöhnen an der Spree: Löhne rauf im Kanzleramt!**

21
22 Leistung muss sich wieder lohnen. Idealismus hin, Leidenschaft für die Herausforderungen des Amtes her;
23 vom gefestigten Standpunkt einer materialistischen Gesellschaftsanalyse geht es ohne den schnöden
24 Mammon eben doch nicht. Nicht alle profitieren vom Aufschwung; seit Jahren schon dümpelt das
25 KanzlerIngehalt bei etwa 220.000 € im Jahr. Wir fordern daher eine saftige Gehaltserhöhung für den/die
26 RegierungschefIn. Überdies müssen Reden vor dem Bundestag stattlich entlohnt werden; 60.000 € halten
27 wir für einen angemessenen Richtwert. Auch bei kommunalen, gemeinnützigen und karitativen
28 Auftritten darf es von dieser Regel keine Abweichung geben. Die Schirmmachersche Bescheidenheit ist
29 eine Zier, doch analytisch geht's auch ohne ihr.

30 Dann kann es auch endlich wieder gelingen, das Kanzleramt im Kampf um die besten Köpfe attraktiv zu
31 machen; denn die streben bekanntlich dorthin, wo das meiste Geld fließt. Kanzler wie Willy Brandt
32 müssten wir dann nicht mehr ertragen, werden sich doch bald schon Macher, Persönlichkeiten und
33 Teufelskerle wie Carsten Maschmeyer, Klaus Zumwinkel, Bushido, Stefan Raab oder Jürgen Schrempp um
34 den begehrten Zugang zu den Kanzlerschen Fleischtopfen balgen. Die Erhöhung der KanzlerInbezüge
35 gäbe uns ein fabelhaftes Instrument zur Bestenauslese an die Hand. Dies würde gegenläufige,

36 parlamentarismusskeptische Positionen Carl Schmitts und Robert Michels' fulminant widerlegen, den
37 Parlamentarismus stärken und die freiheitlich-demokratische Grundordnung auf Jahrzehnte hin
38 entscheidend festigen. Niemand würde mehr Carl Schmitt lesen.
39 Managergehälter müssten wiederum steigen, um mit dem attraktiven Posten im Kanzleramt konkurrieren
40 zu können. Diese zögen den Unmut der Bevölkerung auf sich; der Druck der Straße nähme zu;
41 Forderungen nach systemischen Änderungen würden laut; der wirtschaftspolitische Diskurs verschöbe
42 sich nach links und an finanzpolitischer (Re-)Regulierung und saftiger Umverteilung von oben nach unten
43 käme nun niemand mehr vorbei.

44

45 Auch darf nicht übersehen werden, dass das KanzlerIngehalt im europäischen Vergleich gerade einmal im
46 Mittelfeld liegt. Dies ist ungerecht, verfügt der/die deutsche RegierungschefIn doch über einen erheblich
47 größeren Einfluss als die europäischen KollegInnen. In den vergangenen drei Jahrzehnten machten sich
48 deutsche BundeskanzlerInnen als Steigbügelhalter des Neoliberalismus einen Namen und halfen
49 tatkräftig wie sonst kaum jemand, europäische Sozialstaatlichkeit zu demontieren, den Euro
50 fehlzukonstruieren und das Ganze seit einigen Jahren fast im Alleingang austeritätspolitisch zu
51 verschärfen. Diese historische Leistung war nicht gut, aber sehr anstrengend und sollte daher prächtig
52 vergütet werden. Denn wer sich anstrengt, muss belohnt werden.

53

54 **KanzlerInsein ist kein Kaffeekränzchen; daher: Kohle und Kult für einen Kopf- und Knochenjob.**

55

56 Der mächtigste Mensch Europas hat allerhand zu tun; und ständig wachsen die Aufgaben. Der/ die
57 KanzlerIn hat in den vergangenen Jahren sein/ihr Einflussgebiet ausgeweitet und hat nun ein stattliches
58 Imperium zu verwalten. Mit der Knute muss er/sie durch ganz Europa eilen, um der imperialen Peripherie
59 seltsame Spardiktate aufzuzwingen. Wer so viel zu tun hat, muss geehrt und mit dem gebotenen Respekt
60 behandelt werden. Nachdem wir nun nicht mehr Papst sind, muss und soll sich die geballte Kraft der
61 kultischen Verehrung auf unsere_n KanzlerIn richten. Als unorthodoxe MaterialistInnen wissen wir, dass
62 der ideelle Überbau eine relative Unabhängigkeit von der ökonomischen Basis besitzt. Geld ist eine
63 notwendige, aber keine hinreichende Bedingung zur Erfüllung des Kanzlerglücks. Ruhm und Ehre können
64 es vervollkommen und eine erotisierende Wirkung entfalten, die Peer Steinbrück dem blanken Geld
65 kürzlich noch absprach.

66

67 Schon Octavian gelang der schwierige Schritt von der Expansions- zur Konsolidierungsphase des
68 Römischen Reichs. Dies geschah allerdings auf Kosten der Republik, die dem Prinzipat weichen musste.
69 Ähnliches erleben wir derzeit mit Deutschland in Europa. Die Expansionsphase scheint vorerst
70 abgeschlossen, das Imperium ist gefestigt, republikanische Prinzipien leiden darunter; das Europäische
71 Parlament und die anderen Mitgliedstaaten werden übergangen, doch stabil scheint das Ganze zu sein.
72 Die augusteische Schwelle ist überschritten.

73

74 Eingedenk dieser historischen Analogie fordern wir, dem Bundeskanzler/der Bundeskanzlerin künftig den
75 Titel Augustus/Augusta (der/die Erhabene/Erhöhte) zu verleihen; auch ehrenvolle Bei- und
76 Künstlernamen wie „The Rock“ oder „der/die mit dem Bär tanzt“ können wir uns gut vorstellen. Eine

77 schlagkräftige und tapfere Prätorianergarde, die sich aus den VeteranInnen des Kavalleriefeldzugs gegen
78 die Schweiz rekrutiert, sorgt für die kanzlersche Sicherheit und Würde. Die Garde trägt lustige Schuhe.

79

80 Außerdem schlagen wir vor, dass sich der Kanzler/die Kanzlerin einen Hund oder einen prächtigen
81 Wellensittich zulegt, um mit dem amerikanischen Präsidenten zumindest auf symbolischer Ebene
82 gleichzuziehen. Schließlich sollte der Kanzler/die Kanzlerin Ländereien übereignet bekommen, um Raum
83 für Muße, Jagd und Rosenzüchtung zu erhalten.

84

85 Weiterhin muss die ganze KanzlerInnenfamilie in der Öffentlichkeit aufgewertet werden. Schon lange
86 hinterlässt das Fehlen einer „Royal Family“ oder eines vergleichbaren glamourösen Elements eine
87 Leerstelle in der voyeuristischen Seele der Bevölkerung. Langfristig kann diese erheblichen Schaden
88 nehmen und negative psychosoziale Folgen davontragen. Wir müssen uns daher Gedanken machen, wie
89 wir diese Lücke füllen können; Aufklärung hin oder her, Berührungängste mit der Dumpfheit müssen uns
90 fremd sein. Ein wenig mehr Rampenlicht trüge zur angemessenen kanzlerschen Inszenierung bei und
91 käme sogleich dem gesellschaftlich tief verankerten Wunsch nach mehr Glamour nach.

92 Hübsche Gedenkmünzen mit dem Geburtshaus des/der KanzlerIn oder einem prächtigen Konterfei vom
93 Tag seiner/ihrer Einschulung sollte man prägen. Lorbeerkranz, Krone und Zepter sind zu tragen; ein
94 Tempel zu Ehren des/der amtierenden Kanzlers/Kanzlerin und seiner/ihrer Mutter sollte errichtet werden.
95 Bei entsprechender Kuppelvergrößerung, bei der selbst der Petersdom vor Neid erzitterte, wäre das
96 Berliner Stadtschloss eine angemessene Residenz. Helmut Schmidt gäbe einen prächtig strengen und
97 kafkaesken Türhüter ab, der nur dem/der KanzlerIn intellektuell gewachsenen Gästen Audienzen
98 gewährte.

99 Um durchs Imperium zu eilen, braucht der/die KanzlerIn einen eigenen innerstädtischen Flughafen. Der
100 nahegelegene Mauerpark böte sich da an, ließe sich doch so die dort drohende Betonwüste verhindern
101 und zugleich ein einfacher Zugang zum arbeitsscheuen und postmodernen Latte-Macchiato Pack im
102 Nordosten schaffen. Der Flughafen trägt den Namen David Hasselhoff.

103

104 Auch ein stattlicher Schnurrbart und ein paar hübsche Schulterstücken könnten helfen, dem kanzlerschen
105 Gewicht die entsprechende und gebotene Würde zu verleihen – wir wollen schließlich nicht von Clowns
106 regiert werden! Weiterhin schlagen wir vor, die alte Königs- und nun auch SPD-Farbe Purpur zur
107 offiziellen Kanzlerfarbe zu machen. Diese wirkt majestätisch und ist überdies hübsch anzusehen. Genau
108 das richtige für unsere_n KanzlerIn.

109

110 **Verwaltung des Imperiums**

111 Zur Verwaltung des neu geschaffenen Imperium Berlinum braucht der Kanzler/die Kanzlerin tüchtige
112 HelferInnen. In jedem europäischen Mitgliedsstaat ist daher ein_e StatthalterIn einzusetzen, der/die über
113 die Verteilung von Zuckerbrot und Peitsche befindet. Mit Lob ist dabei nicht zu sparen. Haben die
114 Provinzen ihre kniffligen austeritätspolitischen Hausaufgaben gemacht, die das Zentrum ihnen
115 aufgegeben hat, und die Nachfrage damit noch ein bisschen destabilisiert, sind umgehend kanzlersche
116 Glückwünsche und Zeichen der Zufriedenheit zu übermitteln. Orden, Abzeichen und Kuchen können

117 hierbei eine entscheidende Rolle spielen. Eine gewisse Eigenständigkeit der Provinzen ist dennoch zu
118 wahren.

119 Eine Statue vom amtierenden Kanzler ist in allen Provinzen zu errichten. Die Menschen brauchen
120 schließlich einen Ort, wo sie ihrer kanzlerischen Verehrung öffentlich, doch still Ausdruck verleihen
121 können. Kultgegenstände, Briefe, Blumen und kleine Gaben sind willkommen. 5€-Wein kommt für uns
122 hingegen nicht in Frage.

123 Weiterhin sind die Einwohner des Imperiums am Geburtstag des Kanzlers/der Kanzlerin angehalten, ihrer
124 Verehrung Ausdruck zu verleihen. Der Kreativität sind dabei keine Grenzen gesetzt: Tänze, Schauspiele
125 und Flötenkonzerte sind mögliche Wege, um den/die KanzlerIn gütig und milde zu stimmen. Die
126 HervorbringerInnen besonders anrührender Beiträge tätschelt er/sie mitunter die Wange oder nimmt sie
127 sogar in den Arm.

128

129 Eingedenk der Größe der Aufgaben, der Last der Geschichte und der Würde des Amtes halten wir die
130 Umsetzung dieser Vorschläge für dringend geboten. Damit es der/die KanzlerIn so richtig schön hat.

Antragsbereich D: Demokratie, Partizipation, Kampf gegen menschenfeindliche Einstellungen

Antrag D4_1/13

1 **AntragsstellerIn:** Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

2
3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

4 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

5 6 **D4_1/13 Antisemitismus in den Schulen** 7 **bekämpfen - Fortbildung der Berliner** 8 **Lehrer_innen fördern!**

9
10 Der Senat von Berlin wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit den Berliner Schulen und
11 Jugendeinrichtungen eine Bildungsoffensive gegen Antisemitismus zu entwickeln und umzusetzen. Die
12 verpflichtende Fortbildung soll dazu beitragen, Hass, Vorurteile und Ressentiments gegenüber jüdischen
13 Mitbürger_innen, aber auch generell dem Judentum abzubauen und die Akzeptanz von
14 unterschiedlichen Religionen in allen gesellschaftlichen Bereichen zu fördern. Dadurch soll die
15 Informationslage über antisemitische Einstellungen in der Bevölkerung bzw. unter Jugendlichen
16 verbessert werden.

17 Die Rahmenlehrpläne der Berliner Schule sind im Hinblick auf das Phänomen Antisemitismus zu
18 modernisieren und zu aktualisieren, da sich Antisemitismus heute vor allem aus der Wahrnehmung des
19 Nahostkonfliktes speist.

20
21 **Wir fordern:**

22 23 **Bildung und Aufklärung stärken**

- 24 1. Der Senat von Berlin evaluiert die Praxis fächerübergreifender Unterrichtung des Themas
25 Antisemitismus in der Berliner Schule. Dabei ist besonderes Augenmerk darauf zu legen, ob die
26 Behandlung im Schulunterricht den bisherigen Voraussetzungen des Rahmenlehrplans
27 tatsächlich entspricht und welche Defizite es gibt. Die Ursachen für Defizite sind zu analysieren
28 und Maßnahmen zu ihrer Überwindung zu entwickeln.
- 29
30 2. Der Senat von Berlin stellt sicher, dass die Berliner Lehrkräfte, Pädagog_innen sowie
31 Erzieher_innen in der Landesverwaltung und bei freien Trägern in adäquater Form zum Thema
32 Antisemitismus verpflichtend weitergebildet werden. Insbesondere sollen für Jugendhilfe und
33 Schule verantwortliche Schlüsselpersonen informiert und zu diesen Themen geschult werden.

34

35

3. Der Senat von Berlin wirkt daraufhin, dass die Lehrkräfte sowie die Pädagog_innen im Rahmen von Ausbildung, Studium und Vorbereitungsdienst in Berlin verbindlich zum Umgang mit Antisemitismus befähigt werden.

36

37

38

39

4. Es ist zu gewährleisten, dass die Berliner pädagogischen Einrichtungen für ein offenes und diskriminierungsfreies Klima in der Schule eintreten und als Ansprechpartner_innen für zivilgesellschaftliche Akteure zur Verfügung zu stehen. Um Vorurteile, Ängste und negative Einstellungen gegenüber Jüdinnen_Juden abzubauen, sollen Begegnungen mit Jugendlichen aus der jüdischen Community erfolgen. Dabei sollen Gemeinsamkeiten unterstrichen und gemeinschaftliche Aktionen, wie zum Beispiel Fußballturniere gefördert werden. Entscheidend ist hier der langfristige Charakter solcher Maßnahmen, der einen engen Kooperation und Absprache zwischen Lehrkräften und gesellschaftlichen Akteuren, wie Sportvereinen bedarf.

40

41

42

43

44

45

46

47

48

5. Die deutsch-jüdische Geschichte ist auch Berliner Geschichte. In unserer Stadt gibt es Orte und Einrichtungen, die dem Ausdruck verleihen oder dies dokumentieren. Sie verdeutlichen über die Zeit des Nationalsozialismus hinaus, die lange Tradition des Judentums in Deutschland und sind auch im Stadtbild sichtbar. Die Sichtbarkeit dieser Tradition, aber auch die Pflege ihres Erbes, ist auch Aufgabe der Stadtpolitik. Der Senat von Berlin wird aufgefordert, die Kooperation zwischen Schulen und Einrichtungen, wie dem Jüdischen Museum Berlin zu fördern.

49

50

51

52

53

54

55

6. Akteur_innen in der Berliner Zivilgesellschaft sollen in ihrem Engagement gegen Antisemitismus gestärkt werden mit dem Ziel, die Zivilcourage bei Diskriminierungen zu erhöhen. Insgesamt ist darauf zu achten, dass der Wirkungskreis der Projekte erhöht wird. Die Stärkung der Projektarbeit in diesem Bereich muss mit der Bereitstellung der Ressourcen einhergehen, das ist auch durch die Anmeldung im Verfahren der Haushaltsplanaufstellung zu berücksichtigen.

56

57

58

59

60

61

7. Der Dialog und die Kooperation des Senats mit Vertreter_innen aus dem Sport, den großen Kirchen, von Religion und Musik, von Verbänden der migrantischen Selbstorganisation und aus antifaschistischen Zusammenhängen auf dem Gebiet der Akzeptanz für jüdische Mitbürger_innen soll kontinuierlich ausgebaut werden. Interreligiöse und integrationspolitische Initiativen, die die Akzeptanz fördern, sollten dabei besonders berücksichtigt werden. Der regelmäßige und enge Austausch über landesweite Schwerpunkte der Antidiskriminierungsarbeit, der Verfolgung gemeinsamer Kampagnen, zur Überwindung gegenseitiger Wissensdefizite und zur Weiterentwicklung einer gesamtstädtischen Antidiskriminierungsstrategie ist zu intensivieren, wobei eine möglichst breite Beteiligung von Vertretern aus Jugend- und Communityverbänden, Musikszenen, Sport, Religionsverbänden, Opferhilfen, Verwaltung und Politik motiviert werden soll.

62

63

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73 8. Antigewaltpräventions- und Aufklärungsprogramme des Landes Berlin sollen verstärkt auf die
74 Akzeptanz unterschiedlicher Religionen, insbesondere des Judentums hinarbeiten und den
75 Bezug zu anderen Diskriminierungsformen verdeutlichen.

76

77 9. Der Senat von Berlin wird aufgefordert, für die Entwicklung einer gemeinsamen
78 gesamtstädtischen Akzeptanzkampagne zu werben. Ziel soll sein, die gemeinsame Ablehnung
79 aller Formen von Diskriminierung – seien es beispielsweise Rassismus, Islamophobie oder
80 Antisemitismus – und das gemeinsame Bekenntnis zu einer Wertschätzung von Vielfalt
81 öffentlichkeitswirksam zum Ausdruck zu bringen. Dabei soll die Stärkung von und die
82 Ermunterung zur Eigeninitiative, das Lernen von Akzeptanz durch Auseinandersetzung, im
83 Vordergrund stehen, nicht die Belehrung.

84

85 10. Antisemitismus äußert sich heute verstärkt auf den jüdischen Staat Israel bezogen als
86 Antizionismus. Dieses Phänomen wird weitestgehend bagatellisiert. Gesellschaftlich scheint
87 (überzogene und unsachliche) Kritik an Israel zum guten Ton zu gehören. Dies wird medial
88 reproduziert und erreicht selbstverständlich auch frühzeitig junge Menschen. Aufklärung über
89 Antisemitismus in Schulen und Bildungseinrichtungen muss deshalb immer auch
90 notwendigerweise die aktuelle Dimension des Antizionismus thematisieren. Lehrpläne müssen
91 hier ergänzt und Fortbildungen erweitert werden. Initiativen, die hier mit ihrer theoretischen
92 Arbeit bislang leider alleine stehen, dürfen nicht ignoriert werden: Gerade linke Akteur_innen
93 thematisieren die Feindschaft gegen Israel seit Jahren.

94 Der Senat wird weiterhin aufgefordert, mediale Mittel zu aktivieren, um der Hetze gegen den
95 Staat Israel entgegenzutreten und den Zusammenhang zum Antisemitismus zu thematisieren.

96

97 *Begründung:*

98 Antisemitismus ist in unserer Gesellschaft ein nach wie vor weit verbreitetes Phänomen, welches sich in
99 Mitten dieser befindet und bekämpft werden muss. Der Antisemitismus stellt sich in seinen Ausprägung
100 sehr vielfältig dar und kann in unterschiedlichen Formen erscheinen. Generell versteht man unter dem
101 Begriff die feindseligen Überzeugungen gegenüber Jüdinnen_Juden oder Gruppen, die als solche
102 identifiziert werden. Dabei kann es sich um verbale oder physische Gewalt, Diskriminierung, Ausgrenzung
103 oder Verleumdung handeln.

104 Die jüngsten Übergriffe auf Rabbiner Daniel Alter und eine_n jüdische_n Transsexuelle_n in Schöneberg
105 zeigen, dass sich das Problem des Antisemitismus bei Jugendlichen verstärkt hat. Auch in den Berliner
106 Schulen das Problem des Antisemitismus an Intensität als auch an Bedeutung gewonnen. Dabei handelt
107 es sich größtenteils um verbale Gewalt, die langfristige psychische Schäden bei jüdischen Kindern und
108 Jugendlichen verursacht und ihnen den Schulalltag erschwert, aber auch für ein allgemein feindliches
109 Klima sorgt. Die sich antisemitisch äußernden Schüler_innen bedienen sich dabei oft unbewusst alter
110 antisemitischer Stereotypen. Gepaart mit einem gefährlichen Halbwissen verursacht dies ein Klima des
111 Hasses und der Intoleranz. Das Wort „Jude“ oder „im KZ vergasen“ zählt heute zu den gängigen
112 Beleidigungen von Mitschüler_innen auf Schulhöfen. Häufig sind die Lehrer_innen überlastet oder
113 verfügen nicht über die nötigen Fähigkeiten, die Problematik in entsprechend zu behandeln. Dabei reicht

114 es nicht, die Kinder und Jugendlichen zu ermahnen oder zu bestrafen, sondern ihnen Raum zur
115 Erläuterung ihrer Gedanken zu bieten, um ihnen danach mit Aufklärung und sinnvollen Argumenten
116 entgegenzutreten.

117 Die Behandlung des Antisemitismus findet zumeist im Geschichtsunterricht statt und konzentriert sich
118 überwiegend auf die Zeit des Nationalsozialismus. Dies hat zwar eine enorme Bedeutung, umfasst jedoch
119 nicht annähernd die Komplexität und Tradition des Problems und die heutige Lage. Der Antisemitismus
120 und seine Ausprägung befinden sich schon seit geraumer Zeit im Wandel und sind inzwischen vor allem
121 durch den Nahost-Konflikt geprägt, so dass Kenntnisse und pädagogische Maßnahmen der Lehrer_innen
122 den neuen Umständen angepasst werden müssen. Hierzu müssen aus wissenschaftlicher und
123 pädagogischer Sicht Ansätze erfolgreich gebündelt werden, um mit dem Phänomen umzugehen.

124 Neben der Behandlung des Themas im Ethik- und Geschichtsunterricht, ist die Sprachkompetenz ein
125 wichtiger Baustein. Im Deutschunterricht kann sehr gut anhand von Texten verdeutlicht werden,
126 inwieweit sich antisemitischer Sprachgebrauch festsetzt.

127 Antisemitismus ist immer auch gesellschaftlich bedingt. Hier gilt es die Erkenntnisse, die beispielsweise
128 die Kritische Theorie schon vor mehr als 50 Jahren lieferte und seither ständig von linken Menschen und
129 Gruppen weiterentwickelt werden, für politische Initiativen nutzbar zu machen. Erziehung wider des
130 Antisemitismus muss immer auch Erziehung zur Mündigkeit sein: Schüler_innen müssen ihre Bildung
131 selbstbestimmt und ohne Zwänge gestalten können, Bildungsinstitutionen demokratisiert und eine
132 kritische Auseinandersetzung mit der Gesellschaft im Sinne einer Emanzipation der Menschen ermöglicht
133 werden.

1 **AntragsstellerIn:** Jusos Nordost

2
3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

4
5 Der Arbeitskreis Internationales der Jusos Berlin wird sich eingehend mit dem Thema R2P beschäftigen
6 und das vorliegende Diskussionspapier in ein Positionspapier umwandeln, welches an den
7 Landesparteitag der SPD Berlin und den Jusos-Bundeskongress weitergeleitet wird.
8

9 E1_1/13 Diskussionspapier zur „Responsibility 10 to Protect“ (R2P) - Revolution des 11 Völkerrechts oder U2P?

12
13 *„We have led the coalition into Libya in order to prevent massacres that would have stained the conscience of
14 the world“*

15 Barack Obama, September 2011

16
17 Seit geraumer Zeit kündigt sich ein völkerrechtlicher Paradigmenwechsel an. Das Prinzip
18 nationalstaatlicher Souveränität wird zunehmend in Zweifel gezogen. Der Völkermord in Ruanda und die
19 Massaker von Srebrenica entfachten eine Diskussion um die Möglichkeit externer Intervention im Falle
20 einer humanitären Krise. Im Zuge dessen legte die Commission on Intervention and State Sovereignty
21 (ICISS), eine multinationale UN-Kommission unter Führung Kanadas, 2001 einen Bericht mit dem Titel
22 „The Responsibility to protect“ (R2P) vor. In seiner Resolution 1973 berief sich der UN-Sicherheitsrat am
23 17. März 2011 ausdrücklich auf die R2P, um den Einsatz militärischer Mittel gegen das libysche Regime zu
24 legitimieren. Seither ist das Konzept (wieder) in aller Munde; dies schafft Diskussionsbedarf.
25

26 Die Abschwächung des Prinzips nationaler Souveränität im vorliegenden Fall darf als Fortschritt
27 bezeichnet werden, bot es doch Regimes bei der Verübung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit
28 einen willkommenen Schutzwahl gegen externe Einflussnahme, und verhinderte so eine schnelle wie
29 legitime Reaktion der internationalen Staatengemeinschaft. Nichtsdestotrotz ist die R2P bislang weder
30 theoretisch ausgefeilt, noch völkerrechtlich verankert und in der Umsetzung nach wie vor mit
31 schwerwiegenden Problemen behaftet.
32

33 **Individualisierung des Völkerrechts**

34 Das R2P-Prinzip stellt die nationale Souveränität nur in einigen Fällen infrage, sie löst sie keinesfalls auf.
35 Sie bindet es vielmehr an die Erfüllung der Pflicht, die eigene Bevölkerung zu schützen. Kommt ein Staat
36 dieser Pflicht nicht nach, geht die Schutzverantwortung auf die Staatengemeinschaft über. In einem
37 solchen Fall können die Vereinten Nationen diplomatische und humanitäre Mittel ergreifen – bis hin zu
38 militärischen Zwangsmaßnahmen.

39

40 Die Vernachlässigung der Schutzverantwortung liegt vor, wenn Völkermord, Kriegsverbrechen, ethnische
41 Säuberung oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit verübt werden und der zuständige Staat nicht
42 fähig oder willens ist, humanitäre Krisen zu verhindern.

43

44 R2P ist nicht gleichbedeutend mit humanitärer Intervention. Diese leitet sich aus der Pflicht zum Schutz
45 der Menschenrechte ab. Sie baut größeren Rechtfertigungsdruck auf und ist daher sowohl für
46 Zurückweisung der externen Intervention als auch für ihren voreiligen Gebrauch anfälliger. Das R2P-
47 Prinzip hingegen verlangt festzulegende und zentral zu verankernde, klare Kriterien und verrechtlicht den
48 Prozess der externen Intervention auf staatlichem Hoheitsgebiet. Während die humanitäre Intervention
49 ausschließlich militärischen Charakters ist, geht die R2P in drei Schritten vor; sie umfasst Responsibility to
50 Prevent, Responsibility to React und Responsibility to Rebuild. R2P ist laut ICISS in erster Linie
51 Responsibility to Prevent.

52

53 Die Kommission fordert, die zentrale Entscheidungsverantwortung beim UN-Sicherheitsrat anzusiedeln.
54 Im Falle einer Zweidrittelmehrheit kann jedoch auch die UN-Generalversammlung tätig werden.
55 Weiterhin schlägt die Kommission den Veto-Mächten vor, von ihrem Blockaderecht im Falle einer R2P-
56 Situation keinen Gebrauch zu machen.

57

58 Allein das Wissen um die Existenz der R2P wirkt bereits präventiv. Die Hemmschwelle für staatliche
59 Verbrechen gegen die Menschlichkeit steigt, wenn (rationale) AkteurlInnen mit einer Intervention von
60 Außen rechnen müssen.

61

62 Das klassische Problem des Völkerrechts besteht dennoch fort. Es gibt keine zentrale und neutrale
63 Instanz, die dessen Durchsetzung gewährleistet. Nach wie vor, und auch in Zukunft sind hierfür staatliche
64 Akteure verantwortlich, die sich ihrerseits von Fall zu Fall, und nach Abwägung eigener Interessen zur R2P
65 positionieren. Gleichwohl schafft die bloße Normexistenz eine Rechtsgrundlage für zivilgesellschaftliches
66 Anklagen von Verbrechen gegen die Menschlichkeit und öffentlichkeitswirksames Drängen auf die
67 Durchsetzung der universellen Geltung der Menschenrechte.

68

69 Die sich hierin andeutende Individualisierung des Völkerrechts ist ein Fortschritt. Während das
70 Westfälische System staatliche Kollektive schützte, ist die R2P ein potenzielles Mittel, um der universellen
71 Geltung der Menschenrechte zur Durchsetzung zu verhelfen. Die sie begleitenden
72 Verrechtlichungsprozesse sind ein möglicher, und zu begrüßender Schritt hin zum Kantianischen
73 Weltstaat.

74 „Das Recht wohnt beim Überwältiger, und die Schranken unserer Kraft sind unsere Gesetze“

75 Friedrich Schiller, Die Räuber

76

77 Die R2P setzt Mechanismen der internationalen Beziehungen jedoch nicht außer Kraft. Unklar ist nach wie
78 vor, wer auf Grundlage welcher Kriterien wen, wie und mit welcher Konsequenz anruft, um das R2P-
79 Prinzip umzusetzen.

80

81 Wie werden die vorgeschlagenen Kriterien definiert? Wer nimmt die genaue Bestimmung des
82 Kriterienkatalogs vor? Welche Staaten werden den noch vorzuschlagenden Kriterien folgen? Unklar ist
83 auch, wie der Grundsatz der „Verhältnismäßigkeit“, den die ICISS im Falle einer Intervention einfordert,
84 auszufüllen ist. Bedeutet dies bloße kurzfristige Intervention zur Beseitigung einer humanitären Krise
85 oder sind damit langfristige Stabilisierungs- und Demokratisierungsaufgaben verbunden? Die
86 „Responsibility to Rebuild“ müsste dementsprechend ebenfalls groß geschrieben werden. KritikerInnen
87 sehen mit der R2P die Gefahr beliebiger Interventionen in souveränen Staaten heraufziehen, sofern es
88 gelingt, die Kriterien entsprechend großzügig zu definieren. Ohne präzise Formulierung der für das
89 Inkrafttreten der Schutzverantwortung hinreichenden Bedingungen und ohne weitgehende
90 Verrechtlichung des Prinzips könnte die R2P als Instrument zur Durchsetzung enger, nationalstaatlicher
91 Interessen missbraucht werden.

92

93 Es besteht die Gefahr, mit der R2P eine Rechtsnorm zu schaffen, die im Zweifelsfall wirkungslos bleibt.
94 Greift die R2P beispielsweise bei einer Großmacht, würde wohl niemand ernsthaft eine Intervention in
95 Erwägung ziehen, könnte dies doch einen veritablen Großkonflikt zur Folge haben. Eine Schwächung des
96 Völkerrechts könnte die mögliche Konsequenz sein, da nicht sanktionsbewehrte Prinzipien zur leeren
97 Hülle degenerieren.

98

99 Einige KritikerInnen monieren weiterhin, dass die R2P eine westliche Norm sei. Dies könnte Zerklüftungen
100 im internationalen Staatensystem zur Folge haben und – entgegen der oben geäußerten Vermutung –
101 einen Schritt weg vom Kantianischen Weltstaat bedeuten. Dem ließe sich entgegenhalten, dass auch das
102 Westfälische System souveräner Nationalstaaten ein westliches Produkt ist. Anders als dieses
103 beanspruchen die in Aufklärung und Vernunft wurzelnden Menschenrechte jedoch universelle Geltung.
104 Es ließe sich also sogar gegenteilig argumentieren: Mit der Einschränkung nationalstaatlicher
105 Souveränität unter Berufung auf den Vorrang für Menschenrechte löst eine universelle Norm eine
106 westliche ab.

107

108 Die Aktualität der R2P, den mit ihr verbundenen potenziellen Fortschritt und die zahlreichen strittigen
109 und offenen Fragen nehmen wir zum Anlass, um uns intensiv mit der Responsibility to Protect zu
110 beschäftigen. Das vorliegende Diskussionspapier dient uns dabei als Ausgangspunkt.

1 **AntragsstellerIn:** Jusos Tempelhof-Schöneberg

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

4 Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:

5 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

6

7 E2_1/13 Den europäischen

8 Schüler_innenaustausch stärken!

9

10 **Analyse:**

11 Die Zukunft der europäischen Einigung hängt maßgeblich davon ab, ob es gelingt, Menschen vom
12 Einigungsprojekt und europaweiter Solidarität zu begeistern. Programme, die den Austausch von
13 Bürger_innen ermöglichen, sind hierfür ein zentraler Baustein. Denn wer möglichst früh Kontakte in
14 andere Länder Europas knüpft und diese aus erster Hand kennenlernt, trägt aktiv zur Herausbildung eines
15 europäischen Gemeinsinns bei.

16

17 Ende 2013 werden das Europäische Parlament und der Rat der EU über das Programm für Bildung,
18 Jugend und Sport „Erasmus für Alle“ entscheiden. Zwischen 2014 und 2020 sollen mithilfe dieses 17,3
19 Milliarden Euro umfassenden Programms knapp fünf Millionen junge Europäer_innen Lernerfahrungen
20 im Ausland sammeln. Unter dem neuen Programmnamen werden alle bisherigen Einzelprogramme
21 (Erasmus für Studierende, Comenius für den Schulbereich, Grundtvig für Erwachsenenbildung und
22 Leonardo da Vinci für berufliche Bildung) zusammengefasst.

23

24 Die Jusos Berlin begrüßen die damit verbundene Aufstockung der Mittel für die Förderung des
25 europäischen Austauschs. Leider bietet „Erasmus für Alle“ aus unserer Sicht keine ausreichenden
26 Möglichkeiten zur Förderung des individuellen Austausches im Schulbereich. Im bisherigen Comenius-
27 Programm – das unter dem Dach „Erasmus für Alle“ fortgeführt wird – besteht lediglich die Möglichkeit,
28 im Rahmen von Schulpartnerschaften Schüler_innen an Partnerschulen zu entsenden. Schüler_innen, die
29 an einem Austausch interessiert sind, sind somit darauf angewiesen, dass die eigene Schule eine
30 Partnerschaft im Rahmen des EU-Programms oder anderer Schulpartnerschaften eingegangen ist.
31 Ansonsten bleibt ihnen nur die Möglichkeit, private Kontakte zu nutzen oder auf teure kommerzielle
32 Anbieter zurückzugreifen.

33

34 **Forderungen:**

- 35 - **Die Schaffung eines Europäischen Jugendaustauschwerks:** Dieses soll Schüler_innen
36 Möglichkeiten bieten, sich zu informieren und selbstständig Austauschpartner_innen zu finden.
37 Die Suche von Partner_innen könnte beispielsweise über moderierte Online-Plattformen
38 realisiert werden. Ein Vorbild hierfür ist das Deutsch-Französische Jugendwerk. Ein Europäisches
39 Jugendwerk hätte gleichzeitig auch die Aufgabe, Qualitätsstandards für die so zustande
40 kommenden Austausche zu entwickeln und zu implementieren.
- 41 - Das Programm „Erasmus für Alle“ um die Förderung solch eines Europäischen
42 Jugendaustauschwerks zu erweitern. Unter anderem soll so die Möglichkeit geschaffen werden,
43 über ein Europäisches Jugendaustauschwerk organisierte Auslandsaufenthalte finanziell zu
44 unterstützen.
- 45 - Die weitere Aufstockung finanzieller Mittel zur Förderung des Schüler_innenaustauschs in
46 Europa
- 47 - Zu überprüfen, wie die bestehenden Angebote zur Ausweitung von Schulpartnerschaften
48 verbessert werden können, sodass mehr Schulen Partnerschaften unterhalten können.

1 **AntragsstellerIn:** Juso-Landesvorstand

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

4 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

5

6 I1_1/13 Rassismus zerstört Vertrauen - Vier 7 Schritte, die die Berliner Polizei jetzt gehen 8 muss

9

10 Das Verhalten der Polizei im Falle der NSU-Morde und anderer rechter Übergriffe und Terrorakte war und
11 ist auch durch eine unerträgliche Mischung aus Verharmlosung, Ignoranz und rassistischer Vorannahmen
12 gekennzeichnet. Das Vertrauen vieler Menschen in die Polizei wurde dadurch nachhaltig zerstört. Die
13 Einsicht in das Fehlverhalten, ein grundlegendes Umdenken und konkrete strukturelle Konsequenzen für
14 die Polizeiarbeit sind heute dringend notwendig. Deshalb schließen wir mit diesem Forderungskatalog an
15 unseren bereits beschlossenen „10-Punkte-Plan gegen Rechts“ an und verlangen strukturelle
16 Verbesserungen in den Sicherheitsbehörden:

17

18 **1. Einstellungsforschung**

19 Rassistische Motivationen wurden bei den Ermittlungen zu den NSU-Morden systematisch unterbewertet
20 oder vorschnell ausgeschlossen. Stattdessen wurden primär Menschen mit Migrationshintergrund oder
21 Menschen im Ausland verdächtigt. Diese stereotype und von Vorurteilen geprägte Vorgehensweise
22 deutet auf ein Haltungsproblem in der Polizei hin. Vor dem Hintergrund, dass heute etwa 8,2 Prozent der
23 deutschen Bevölkerung ein geschlossen rechtsextremes Weltbild aufweisen, sind auch für die Polizei
24 valide Daten erforderlich, wo unzureichende Sensibilität im Hinblick auf Rassismus besteht.

25

26 **2. Aus- und Weiterbildung**

27 Die Behörde muss dem Umstand begegnen, dass auch bei ihren Mitarbeiter/innen rassistische
28 Ressentiments vorhanden sind. Das darf nicht als Tabuthema behandelt werden. In Aus- und
29 Weiterbildung können stereotype und rassistische Vorurteile hinterfragt und die Sensibilisierung
30 gegenüber Betroffenen erhöht werden. Der Europäische Kodex der Polizeiethik hält fest: „In der
31 polizeilichen Ausbildung wird umfassend berücksichtigt, dass eine Auseinandersetzung mit und
32 Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit notwendig ist.“ Die Auseinandersetzung mit
33 Diskriminierung sowie mit aktuellen Codes der rechtsextremen Szene muss mit Nachdruck und

34 verbindlich in das Curriculum des Polizeidienstes aufgenommen und in beruflichen Weiterbildungen
35 nachhaltig weiterverfolgt werden.

36

37 **3. Interkulturelle Öffnung der Polizei**

38 Der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund bei den Neueinstellungen konnte in Berlin von 6
39 Prozent im Jahr 2006 auf 22,9 Prozent im Jahr 2012 erhöht werden. Der Anteil Auszubildender mit
40 Migrationshintergrund im gehobenen Dienst der Schutzpolizei liegt allerdings weiterhin bei nur 10
41 Prozent. Da gerade diese Abteilung auf der Straße oftmals in direktem Kontakt mit den von
42 rechtsextremer und rassistischer Gewalt Betroffenen ist, ist es vor allem hier notwendig, diese Quote zu
43 erhöhen. In Berlin muss die Vielfalt der Stadtgesellschaft auch in den Behörden der Strafverfolgung
44 repräsentiert werden.

45

46 **4. Unabhängige Untersuchungs- und Beschwerdekommision**

47 Rassistisches Verhalten von Polizistinnen und Polizisten muss zukünftig systematisch aufgearbeitet und
48 verhindert werden. Zudem muss sichergestellt werden, dass Rassismus als möglicher Tathintergrund bei
49 den polizeilichen Ermittlungen konsequent in Betracht gezogen wird. Dazu sind eindeutige Anweisungen
50 für Polizeibeamte notwendig. Zudem bedarf es der Einrichtung einer unabhängigen und kontinuierlich
51 arbeitenden Kommission, die als Untersuchungs- sowie als Beschwerdestelle fungiert. Diese Kommission
52 kontrolliert und untersucht die Arbeit der Polizei und wird sowohl auf Anlass als auch aus eigenem
53 Ermessen tätig. Sie muss ihre Ergebnisse in den politischen Raum kommunizieren. Erfahrungen
54 insbesondere aus Großbritannien zeigen, dass diese Arbeit nur dann effektiv ist, wenn sie unabhängig –
55 d.h. ohne institutionelle und hierarchische Verbindung zur Polizei – durchgeführt wird.

1 **AntragsstellerIn:** Juso-Landesvorstand

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

4 Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:

5

6 I2_1/13 „You better put the pipe down, if you 7 got the right sound“

8 **Emanzipation statt Repression. Für eine neue Linie jungsozialistischer Drogenpolitik**

9

10 **I. Einführende Bemerkungen**

11

12 Drogen werden konsumiert. In unterschiedlichsten Lebenssituationen, zu unterschiedlichsten Zwecken
13 und mit unterschiedlichsten Hoffnungen und Erwartungen. Auf diese gesamtgesellschaftliche Tatsache
14 muss eine umfassende politische Antwort gefunden werden. Wir als Jungsozialistinnen und
15 Jungsozialisten stehen für eine Drogenpolitik, die sich an aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnis und am
16 Wohl der Konsument_innen orientiert und die auf Prävention, Aufklärung und Akzeptanz statt
17 Kriminalisierung setzt. Hierdurch sehen wir unsere Vorstellung einer liberalen Gesellschaftsordnung
18 verwirklicht.

19

20 **II. empirisches Material**

21

22 In der großen Studie zum „Umgang mit illegalen Drogen im ‚bürgerlichen‘ Milieu“ unter
23 Konsument_innen von Drogen wurde festgestellt, dass der mit Abstand häufigste Grund zum Erstkonsum
24 von Drogen (legale und illegale) Neugierde ist, sowohl bei illegalen wie auch legalen Drogen. Die meisten
25 Teilnehmer_innen an der Studie gaben an, dass Problembewältigung keinen relevanten Einfluss auf
26 ihrem Drogenkonsum gehabt hätte. Jedoch wurde im Vergleich zum Konsum illegaler Drogen häufiger
27 Problembewältigung als Grund für den Konsum legaler Drogen genannt. Häufiger wurde als Grund für
28 den Konsum die Beeinflussung durch Peer-Groups, den/die Partner_in oder durch die Familie genannt.
29 Die Einstiegsdroge vor dem Erstkonsum illegaler Drogen waren einschlägige Erfahrungen mit legalen
30 Drogen wie Alkohol.

31 Für einen sicheren und reflektierten Umgang mit Drogen sind Informationen zur Wirkung, Dosierung und
32 Einnahme zentral. Jedoch wurde bei der Studie festgestellt, dass die meisten Konsument_innen ihre
33 Informationen aus Selbsterfahrung beziehen – und dies als die mit Abstand wichtigste
34 Informationsquelle gefolgt von Informationen durch Freund_innen/Bekannte oder den/die Partner_in.
35 Erst an vierter Stelle werden die Medien gefolgt von Internet genannt. Die Drogenhilfe und die Familie

36 sind die bedeutungslosesten Informationsquellen für Konsument_innen. Aber gerade die
37 Selbsterfahrung ist eine mit vielen Risiken verbundene Informationsquelle, denn so kommt es häufig bei
38 anfänglichen Konsum zu Überdosierungen oder einer unreflektierten und unhygienischen Einnahme, die
39 sich durch die Bereitstellung von einfach zugänglichen Informationen vermeiden ließe.
40 Ebenfalls wurde durch zwei Studien in Deutschland und den Niederlanden deutlich, dass der Konsum von
41 Cannabis in den Niederlanden unter dem Konsum von Cannabis in Deutschland liegt, was den relativen
42 Anteil der Konsument_innen betrifft. Somit konnte nicht nachgewiesen werden, dass mit der
43 Legalisierung einer Droge die Anzahl der Konsument_innen steigt.
44 Besonders problematisch am Konsum von (illegalen/illegalisierten) Drogen und damit eine massives
45 gesundheitliches Risiko ist die Tatsache, dass Drogen bisher keiner Qualitätskontrolle unterliegen. Die
46 Konsument_innen können sich nicht über Inhaltsstoffe, Dosierungen und Qualität der Drogen
47 informieren. Auch gibt es keine Möglichkeit, die Zusammensetzung überprüfen zu lassen. Dadurch
48 entsteht ein enormes gesundheitliches Risiko, da immer wieder stark verunreinigte und mit gefährlichen
49 Substanzen wie Blei angereicherte Drogen in den Umlauf gelangen. Bei Todesfällen im Zusammenhang
50 mit Drogenkonsument_innen kann häufig nachgewiesen werden, dass der Tod im Zusammenhang mit
51 Verunreinigungen der konsumierten Droge steht.
52 Eine Möglichkeit hierfür wäre das Drugchecking, welches in Österreich, der Schweiz, Spanien, Portugal
53 und größeren Städten der Niederlande durch zahlreiche staatlich geförderte Drugchecking-Projekte
54 möglich ist. Dadurch lassen sich schnell und sicher die Substanzen auf ihre Inhaltsstoffe und die
55 Dosierung überprüfen. Durch diese Methode kann das gesundheitliche Risiko enorm gesenkt werden
56 und der Konsum für die Konsument_innen bewusster und kontrollierbarer stattfinden, Risiken werden
57 minimiert. Studien der EU, in der Schweiz und in Australien zum Thema Drugchecking haben ergeben,
58 dass durch diese Methode für abstinent lebende Menschen kein stärkerer Anreiz entsteht Drogen zu
59 konsumieren.
60 In Deutschland werden Drogen in „harte“ und „weiche“ Drogen unterteilt. „Weiche Drogen“ sind zum
61 Beispiel Alkohol, Tabak und Koffein, „harte Drogen“ mitunter Kokain, LSD und Ecstasy. Der Sinn dieser
62 Unterteilung wird kaum hinterfragt, ergibt aber bei genauerem Hinschauen kaum Sinn und wirkt eher
63 willkürlich. Laut Wikipedia sind im Jahr etwa 1000 Rauschgifttote in Deutschland zu verzeichnen
64 gewesen. Dagegen strotzt die wesentlich höhere Zahl die an legalisierten Drogen starb, nämlich über
65 70.000 Tote an Folge Alkoholmissbrauchs und über 110.000 Todesfälle deren Ursache Tabakrauchen war.
66 Zusätzlich ist bei diesen Zahlen zu beachten, dass es sich bei den 1000 Rauschgifttoten um eine
67 zusammengefasste Zahl an Opfern aller illegalisierten Drogen handelt.
68 Interessant ist auch, dass Schmerzmittel, Schlaf- und ähnliche Tabletten, welche ein wesentlich höheres
69 Suchtpotential als viele illegalisierte Drogen haben, zu den „weichen Drogen“ gehören.
70 Nach einer Studie der Bundesregierung von 2011 zu den Rauschgifttoten desselben Jahres, waren von
71 986 Toten insgesamt: 279 Menschen an Heroin gestorben, 290 Menschen an Heroin in Verbindung mit
72 sonstigen Drogen gestorben und 160 Menschen an Substitutionsmitteln in Verbindung mit anderen
73 Drogen (vor allem Methadon) gestorben. Soweit zu den markantesten Zahlen, der Rest teilte sich auf in
74 Kokain, Amphetamine, Ecstasy, Suizid aufgrund von Drogenkonsums und anderen unbekanntem Drogen.
75 THC-, MDMA-, LSD-Tote usw. gibt es nicht.

76 Auch hier wieder der Vergleich, etwa 280 Menschen starben an Heroin, dagegen 70.000 Todesfälle
77 aufgrund von Alkohol und 110.000 aufgrund von Tabakrauchen. Auch auffällig war bei der Studie, dass
78 Drogen wie Heroin und Substitutionsmittel erst in Verbindung mit anderen Drogen besonders
79 gesundheitsschädigend werden. Auch wurde in der Studie selbst angemerkt, dass etwa die Hälfte aller
80 Rauschgifttoden aufgrund von Verunreinigungen der jeweiligen Droge (insb. Heroin) stirbt.
81 Eine weitaus wissenschaftlichere Einteilung wäre die in Substanzen, die eine psychische und physische
82 und jene die nur in eine psychische Abhängigkeit führen können. Physisch und psychisch abhängig
83 machen, können Morphin, Heroin, synthetische Opiate, Alkohol, Crack, Ice (Amphetamin). Nur psychisch
84 abhängig machen, können Kokain, Amphetamine, Methamphetamine und ein Gutteil der Schlaf- und
85 Beruhigungsmittel. THC, LSD, MDMA, Meskalin, Psicolin und Muscimol lösen dagegen äußerst selten eine
86 Abhängigkeit aus.

87

88 **III. theoretischer Hintergrund**

89

90 Der medial präsente Diskurs über Sucht ist bislang unkritisch und einseitig: Sucht wird meistens mithilfe
91 verschiedener Versionen psychologischer Lerntheorien erklärt, nach der menschliche Verhaltensweisen
92 vor allem darauf zurückzuführen sind, dass diese mit Belohnung oder ausbleibender Bestrafung (Lust/
93 Unlust), also Konditionierung, verbunden sind. Der Mensch wird hier lediglich als von seinem
94 Belohnungszentrum getrieben verstanden, der quasi automatisch in die Sucht herein treiben könne.
95 Diese Grundannahme liegt dann Konzepten wie der „Suchtspirale“ oder der „Gateway-Theorie“ zugrunde,
96 durch die u.a. der Mythos von „Cannabis als Einstiegsdroge“ konstituiert werden kann.
97 Abweichende Konzepte aus dem Umfeld der Kritischen oder Marxistisch-subjektwissenschaftlichen
98 Psychologie kritisieren die oben beschriebenen „Mainstream-Theorien“ und setzen vielmehr das Subjekt
99 in den Fokus der Analyse. Hierbei wird angenommen, dass Subjekte grundsätzlich sinnvoll, d.h.
100 begründet, handeln wollen. Das Bedürfnis nach Drogen entsteht dann, wenn die Möglichkeit zu
101 selbstbestimmten Handeln verschlossen ist, was vor allem durch gesellschaftliche Barrieren geschieht.
102 Sucht ist dann, grob gesagt: Ausdruck eines Subjektives, das seine gesellschaftlich verhinderten
103 Handlungsmöglichkeiten durch den Konsum von Drogen zurückzugewinnen sucht.
104 Diese Perspektive ermöglicht eine Auseinandersetzung mit Konsum, der immer auch das
105 (konsumierende) Subjekt in seinem Drang nach Selbstbestimmung würdigt und die gesellschaftliche
106 Zustände mitdenkt. Klar wird dadurch, dass Sucht nicht nur pathologisch, sondern vor allem sozial
107 bedingt ist.
108 Daraus ergibt sich für uns: Es gibt viele Wege in die Sucht und genauso viele Wege muss es auch wieder
109 aus ihr hinaus geben. Diese Wege können aber immer auch nur Wege aus einer unfreien Gesellschaft
110 sein, die Individuen im Geist einer vermeintlichen „Wahlfreiheit“ auf sich selbst zurückwirft, ohne sie
111 wirklich von Zwängen wie Leistungsdruck, Selbstverwertung oder Konformismus zu befreien.
112 In der fachlichen Diskussion über Drogenkonsum wird der Einfluss gesellschaftlicher
113 Rahmenbedingungen und Anforderungen zu oft vergessen. Dies scheint nicht verwunderlich, müsste
114 eine kritische Auseinandersetzung mit Drogen und Konsumierenden zwangsläufig zu der Erkenntnis
115 führen, dass selbstzerstörerischer Konsum in einer freien Gesellschaft schlicht unnötig oder, wenn
116 dennoch gewünscht, zumindest unproblematisch wäre.

117 Die allgemein anerkannte Darstellung, nach der der Drogenkonsum Armut, Verelendung und
118 Chancenlosigkeit auslöst bzw. andersherum, dass den von Armut und Chancenlosigkeit Betroffenen
119 kaum eine andere Perspektive bliebe, als durch Drogen ihre Situation zu ertragen, diese konstruierten
120 Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge werden ohne Differenzierung hingenommen. Solche
121 Vereinfachungen werden durch die herrschende Meinung befördert. Eine fundierte sozialpsychologische
122 Analyse von Konsummustern hingegen bleibt weiterhin verpönt und findet in der Wissenschaft zwischen
123 verschiedensten, den gesellschaftlichen Zuständen gegenüber positivistischen Konzepten keinen Platz.
124 Drogenkonsum hat aber keine einheitlichen Muster und ist auch nicht, wie in Drogendebatten vielfach
125 behauptet, durch eine direkte und unmittelbare Kausalität zwischen psychoaktiver Substanz und einer
126 problematischen Lebenssituation begründet.

127 Zwischen Probierkonsum und Abhängigkeit gibt es eine große Bandbreite an (sich verändernden)
128 Konsummustern.

- 129 • Amphetaminhaltige Pillen, heute in der Technoszene beheimatet, waren früher neben
130 Diätmitteln auch Mittel zur Leistungssteigerung, gegen Stress, Erschöpfung und Depressionen.
- 131 • Speed und Ritalin werden nicht nur an Bart Simpson verteilt, sondern gelten auch noch als
132 „Wundermittel“ für gestresste Studierende.
- 133 • Speed oder Crystal Meth wurden seit dem zweiten Weltkrieg in jedem Krieg eingesetzt, um den
134 Soldaten das Töten zu erleichtern.

135 Weil aber die kapitalistische gesellschaftliche Ordnung jedoch als natürlich und unveränderbar
136 hingenommen wird, wird auch die damit verbundenen Drogenpolitik als natürlich aufgefasst. Ebenso,
137 dass beim Thema Drogen und Konsum kapitalistische Werte erzeugt werden. Es geht darum, was
138 „normal“ und was exzessiv ist. Darum, wie man sein „Humankapital“ am besten auf dem Markt verkaufen
139 kann und „seinen Preis“ nicht durch übermäßigen Konsum ruiniert. Das individuelle Leben wird also
140 somit für die Gesellschaft interessant. Drogen stehen dem gesellschaftlichen Trend zur Selbstoptimierung
141 und dem calvinistischen Arbeitsethos entgegen. Eine Gesellschaft, die Selbstbetäubung und
142 Selbstoptimierung von Menschen einfach nicht mehr nötig macht, scheint nicht vorstellbar. Wissenschaft
143 und Politik reproduzieren diese Zwangsläufigkeit und Normalität.

144

145 Heroin gilt als schlagendes Beispiel für die ultimative Schädlichkeit von Substanzen. Hierbei wird die Rolle
146 der Gesellschaft und insbesondere der staatlichen Drogenpolitik völlig ausgeblendet. Reines Heroin ist
147 aber korrekt dosiert nicht tödlich. Unter „Schwarzmarktbedingungen“ gibt es Heroin nur sehr gestreckt
148 und mit stark schwankendem Reinheitsgrad. Am Beispiel Heroin kann auch sehr gut der gesellschaftliche
149 Umgang und Lernprozess von Gesellschaften im Umgang mit Drogen gezeigt werden. Wurde Heroin vor
150 30, 40 Jahren noch relativ unreflektiert und ohne großes Wissen konsumiert, ist die Droge heutzutage
151 mehrheitlich verpönt. Wissen und Aufklärung über Wirkungen und Nebenwirkungen von Drogen ist
152 entscheidend. Aufklärungsmöglichkeiten sind auf einem legalen Markt viel besser gegeben, als bei
153 unsicheren Schwarzmarktbedingungen.

154

155 Daraus folgt, dass die Unterscheidung in legale und illegale bzw. harte und weiche Drogen
156 gesellschaftlich konstruiert ist und nichts über die Gefährlichkeit und das Abhängigkeitspotential der
157 Substanzen aussagt. Die Unterscheidung zwischen harten und weichen Drogen ist somit aufzuheben, da

158 es von Substanz zu Substanz unterschiedliche Effekte gibt. Es gibt nur harte und weiche Konsummuster.
159 Auch sogenannte „harte Drogen“ können „weich“ konsumiert werden. Die jetzige Unterscheidung ist
160 weder daher begründet noch sinnvoll, sondern spiegelt nur gesellschaftliche Kräfteverhältnisse mitsamt
161 ihrer zynischen Doppelmoral wider. Ein Staat legalisiert nur genau die Drogen (Handel und Konsum), die
162 ihm als „ideeller Gesamtkapitalist“ nützen oder zumindest nicht schaden. Aktuell legal zugängliche
163 Substanzen sind nicht ungefährlicher als illegalisierte, sondern werden lediglich von staatlicher Seite
164 akzeptiert. Hier steht nicht das Interesse und die Bedürfnisse von Konsumierenden im Mittelpunkt,
165 sondern ein verordneter Ordnungsrahmen.

166

167 Die Thematik Drogen wird meist aus zweiter Hand von „Expert_innen“ vermittelt, die über Medien und
168 staatliche Politik lediglich auf die Gefahren aufmerksam machen. Konsumentinnen und Konsumenten
169 werden so zu Straftäterinnen und Straftätern und aus einem vermeintlich „sauberen“ Kollektiv („Wir“, „die
170 Mehrheit“ etc.) ausgeschlossen und aus dem öffentlichen Raum („Die“, „Süchtige“, „Junkies“ etc.)
171 verbannt. Man kann sich somit selber als „normal“ definieren, wenn es „da draußen“ noch die „Anderen,
172 die Bösen“ gibt. Damit werden einzelne Personen angegriffen, jedoch werden nicht die Ursachen für die
173 Sucht und Konsum aufgezeigt. Verbotspolitik ist also Symbolpolitik, da sie Ursache und Wirkung
174 verwechselt und nur Phänomene und Auswirkungen der Sucht, nicht aber die Sucht und ihre sozialen
175 Ursachen selbst bekämpft. Beispiele für das Versagen von repressiver Verbotspolitik lassen sich in den
176 Kaffeeverboten des 16. bis zum 18. Jahrhundert, sowie die in den verschiedenen Alkohol-Prohibitionen
177 (UdSSR 1914-1925, Finnland 1919-1932, USA 1919-1933 u.a.) finden. Diese waren für die Gesellschaften
178 eher schädlich als hilfreich. Auf der anderen Seite waren und sind Drogen Teil von Gesellschaft und dort
179 gut integriert. So zerstören Alkohol und Tabak in Deutschland ebenso wenig das gesellschaftliche Leben,
180 wie Cannabis in den Niederlanden.

181 Für uns als kritische und sozialistische junge Menschen kann die individuelle Einschränkung durch
182 willkürliche Normierung von Lebensstilen nicht hingenommen werden. Menschen müssen jederzeit
183 selbst entscheiden dürfen, was sie mit ihrer Gesundheit und ihrem Körper anstellen. Wenn sie sich dazu
184 nicht in der Lage fühlen, müssen sie die Möglichkeit erhalten, ihre Selbstbestimmung wiedererlangen zu
185 können.

186 Kriminalisierung vermeintlicher Abweichungen von der gesellschaftlichen Norm ändert rein gar nichts an
187 der Tatsache, dass Menschen sich genötigt sehen, ihren Weltschmerz durch Betäubung und Rausch zu
188 lindern, sondern will diesen Umstand nur unsichtbar machen.

189

190 **IV. Forderungen**

191

192 Wir fordern daher als kurzfristige Maßnahmen:

- 193 • Für alle Arten von Drogen gilt ein generelles Werbeverbot!
- 194 • Es müssen für alle Drogen Richtlinien zur Verkehrstüchtigkeit im Zusammenhang mit dem
195 Drogenkonsum gefunden werden.
- 196 • Inhaftierte in Gefängnissen sind durch den Nadel- und/oder Röhrchentausch einem besonderen
197 Infektionsrisiko ausgesetzt. Eine umfassende Infektionsprophylaxe wie in der Schweiz oder
198 Spanien ist dringend notwendig.

- 199
- 200
- 201
- 202
- 203
- 204
- 205
- 206
- 207
- 208
- 209
- 210
- 211
- 212
- 213
- 214
- 215
- Viele (junge) Menschen, die Drogen konsumieren oder mit ihnen experimentieren, haben einen Bedarf an Informationen, Strategien und Handlungsweisen zur Gesundheitsförderung. Hierfür ist Drugchecking eine gute Methode. Drugchecking bedeutet die chemische Analyse von abgegebenen Substanzenproben. Eine quantitative Analyse ermöglicht genaue Angaben über Zusammensetzung der Substanz. Sowohl Inhaltsstoffe wie auch deren Konzentration können genau bestimmt werden. Somit können gegebenenfalls auch gesundheitsschädigende Streckmittel, welche nicht selten psychoaktiv wirksam sind, festgestellt und auf ihre Schädlichkeit hingewiesen werden. Vor Ort kann man sich in der Tat ein kleines Chemielabor auf Rädern vorstellen, welches direkt auf der Party aufgebaut und von Fachleuten, d.h. Chemielaborant_innen, bedient wird. Praktiziertes Drugchecking ist stets mit individuellen Beratungsgesprächen verbunden. Die damit verbundene objektive Aufklärung soll Wissen vermitteln und User_innen in ihrem Konsumverhalten sensibilisieren. In erster Linie geht es darum, die Selbstkompetenz der Konsument_innen zu fördern und Verantwortung zurückzugeben
 - Gewinne, die der Staat gegenwärtig durch Steuern auf Alkohol und Tabak macht, gehen nicht länger in den allgemeinen Staatshaushalt. Die freiwerdenden Mittel fließen in therapeutische und vorbeugende Maßnahmen

216

217 Darüber hinaus fordern wir als langfristige Maßnahme die kontrollierte Legalisierung von Drogen, die
218 durch folgende Punkte flankiert werden soll:

- 219
- 220
- 221
- 222
- 223
- 224
- 225
- 226
- 227
- 228
- 229
- 230
- 231
- 232
- 233
- 234
- 235
- 236
- 237
- 238
- 239
- Die Ausgabe und der Verkauf der legalisierten Drogen findet in speziellen Läden statt, welche staatlich getragen, finanziert und betrieben werden. User_innen aller Drogen, auch bisher bereits legaler Drogen wie Tabak und Alkohol, können die Drogen unter bestimmten, den Drogen angepassten Voraussetzungen dort erwerben. Auf die Konstitution der Kund_innen muss geachtet werden, Menschen die während des Einkaufes offensichtlich unter Einfluss von Drogen stehen, sollen zu diesem Zeitpunkt keine Drogen erwerben können. Für Drogen, die von einem Großteil der Gesellschaft konsumiert werden, zum jetzigen Zeitpunkt zum Beispiel Alkohol und Tabak, müssen spezielle Regelungen gefunden werden, um etwa den Ausschank von Alkohol in Kneipen weiter gewährleisten zu können. Gesellschaftlich muss regelmäßig überprüft werden, auf welche Drogen dies zutrifft, um dann für diese Drogen Regelungen zu finden. Drogen werden nur für den Eigenbedarf und in einer für den Eigenbedarf ausreichenden Menge ausgegeben. Mit der Herausgabe der Drogen werden den Konsument_innen Karten mit den „Hard Facts“ zu der jeweiligen Drogen ausgehändigt, die u.a. über einen sicheren Konsum, Dosierung, Wirkung, Abhängigkeitswahrscheinlichkeit, Verhalten bei Überdosierung und Beratungsmöglichkeiten informieren. Des Weiteren werden den Konsument_innen frische Spritzen, Röhren, o.ä. mit dem Erwerb der Drogen ausgehändigt, um einen hygienischen Konsum zu ermöglichen. An die Läden zum Drogenverkauf und zur Ausgabe der Drogen sind verschiedene Räume angegliedert. Etwa stehen Beratungsangebote durch Sozialarbeiter_innen und aber auch Drogenexpert_innen aus den Bereichen der Medizin, Chemie und Psychologie für die Konsument_innen zur Verfügung. Beratungsgespräche sind aber nicht verpflichtend. Darüber hinaus wird eine Beratung zum sicheren Umgang mit Drogen, etwa „safer sniffing“ und

240 Aufklärung für Konsument_innen etwa über Sucht und Abhängigkeit angeboten. Ebenfalls sind
241 sichere und hygienische Druckräume angegliedert, die von den User_innen genutzt werden
242 können. Die Läden sowie alle dazugehörigen Räumlichkeiten müssen durch zu schaffende
243 Instanzen anhand des Lebensmittel- und Gewerberechts zugelassen und kontrolliert werden.

- 244 • Die Ausgabe der Substanzen unterliegt dem Jugendschutz. Die Festlegung der Altersgrenzen für
245 einzelne Drogen ist eine politische Frage. Generell sollte aber die Volljährigkeit die
246 entscheidende Altersgrenze sein
- 247 • Die ausgegeben Substanzen unterliegen einer staatlichen Preiskontrolle, um den Drogenkonsum
248 und –erwerb so gut es geht von den kapitalistischen Marktmechanismen zu entkoppeln und
249 abhängigen Menschen, die sich die Substanzen nicht leisten können und sie sich bisher durch
250 Beschaffungskriminalität besorgen mussten, eine Perspektive zu geben.
- 251 • Mit der Legalisierung von Drogen geht auch eine internationale Verantwortung einher. In
252 Ländern wie Kolumbien und Afghanistan werden Cocapflanzen bzw. Opium von Bäuerinnen und
253 Bauern illegal und unter großen Schwierigkeiten angebaut, da es für sie gewinnbringender ist,
254 als wenn sie Lebensmittel oder andere Produkte anbauen würden. Wir wollen nicht, dass
255 Bäuerinnen und Bauern, die die Drogen bzw. die (pflanzliche) Grundlage für die Herstellung der
256 Drogen anbauen, illegalisiert werden. Anders als in den Niederlanden, wo die Betreiber_innen
257 von Coffeeshops die Drogen auf dem Schwarzmarkt erwerben müssen, wollen wir, dass der
258 Anbau legal und unter fairen Bedingungen für alle Beteiligten abläuft. Wenn der Anbau
259 bestimmter Substanzen aus klimatischen Bedingungen nicht kontrolliert in Deutschland
260 stattfinden kann, müssen Regelungen mit anderen Staaten gefunden werden. Der eigentliche
261 Herstellungsprozess und die Weiterverarbeitung der Grundstoffe soll kontrolliert in Deutschland
262 stattfinden, solange nicht auch in anderen Staaten die Herstellung von Drogen legalisiert wird.

263

264 **V. Schlussbetrachtung**

265

266 Natürlich wollen wir eine Gesellschaft ohne Konsum. Konsum ist nicht per se böse oder schlecht, aber
267 Konsum wird es immer geben und daher müssen wir damit umgehen. Der Kapitalismus befördert zum
268 einen Konsum, grenzt aber gleichzeitig auch aus.

269 Jungsozialistische Drogenpolitik muss der Emanzipation der Menschen dienen und immer auch darauf
270 abzielen, die gesellschaftliche Umstände zu ändern, die für selbsterstörerischen Konsum verantwortlich
271 zu machen sind: Drogen werden im Kapitalismus immer notwendig bleiben. Nur eine wirkliche freie
272 Gesellschaft könnte auf den Rausch verzichten, weil sie schöner wäre, als jede drogeninduzierte
273 Halluzination.

274 Solange wir allerdings unter den aktuellen Umständen leben, müssen wir uns weiterhin für eine
275 unterstützende und nicht bestrafenden Drogenpolitik einsetzen, fern aller staatlichen Maßregeln.
276 Konsumierende Menschen dürfen nicht länger in Isolation und Kriminalität gedrängt werden, so wie es
277 aktuell geschieht. Das widerspricht unserem Bild eines solidarischen Zusammenlebens, das auf die
278 Schwächen und Stärken Aller Rücksicht nimmt und die Selbstbestimmung zur Maxime erklärt.

1 **AntragsstellerIn:** Jusos Mitte, Jusos Friedrichshain-Kreuzberg

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

4 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

5

6 **I3_1/13 Solidarität mit den Flüchtlingen am** 7 **Oranienplatz!**

8

9 Wir unterstützen die politischen Forderungen der Asylbewerber_Innen. Ebenso appellieren wir an die
10 Menschen in Berlin, dem Camp und den Flüchtlingen am Oranienplatz durch Spenden beizustehen.

11

12 Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass Asylsuchende unter menschenwürdigen Umständen
13 untergebracht werden. Hierzu gehört insbesondere, die Abschaffung der Residenzpflicht und der
14 Notunterkünfte sowie der Lebensmittelmarken zu Gunsten von Bargeld.

15

16 Wir sprechen uns erneut gegen die Dublin-II-Vereinbarung aus, die in Deutschland das Recht auf Asyl
17 faktisch aushebelt. Die Asylpraxis in Deutschland muss dringend reformiert werden und einen Verzicht
18 auf die Abschiebehaft beinhalten.

19

20 *Begründung:*

21

22 Viele Menschen suchen Schutz in der Bundesrepublik, weil sie in ihren Heimatländern politisch verfolgt,
23 gefoltert oder ihr Leben bedroht wird. Hier angekommen werden sie in Lagern fernab von Städten,
24 Bildungs- und Arbeitsmöglichkeiten weggesperrt. Asylanträge dauern oft Jahre in denen die Menschen
25 zum Nichtstun in den Lagern verdammt sind. Andere, die schon lange in Deutschland leben und arbeiten,
26 werden aus unmenschlichen und fadenscheinigen Gründen gezwungen nach jahrelanger Abwesenheit
27 in ihre „Heimatländer“ zurückzukehren, ohne dass sie dort auf soziale Strukturen zurückgreifen können.
28 Vor der Ausreise verbringen sie dann Wochen, teilweise Monate in Abschiebehaft, ohne ein
29 entsprechendes richterliches Urteil, und werden dort wie Verbrecher behandelt.

30

31 Diese Zustände sind unhaltbar und werden dem im Grundgesetz gewährleisteten Recht auf Asyl nicht
32 gerecht! Wir als Jusos möchten uns aktiv dafür einsetzen, dass sich diese Zustände verbessern und
33 Flüchtlinge menschenwürdig behandelt werden.

34

35 Daher fordern wir die Abschaffung aller Lager, der Abschiebehaft und der Residenzpflicht. Außerdem
36 wollen wir uns dafür einsetzen, dass von staatlicher Seite mehr Unterstützung angeboten wird. Es kann
37 nicht sein, dass Asylbewerber_Innen die relevanten Informationen über ihr Bleiberecht vorenterhalten
38 werden, da sie hier oft auf sprachliche und bürokratische Barrieren stoßen und sich einen Übersetzer oder
39 Rechtsbeistand nicht leisten können.

1 **AntragsstellerIn:** Jusos Nordost

2
3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

4 5 **I4_1/13 Stoppt die Aushöhlung des** 6 **Gewaltmonopols!**

7
8 Wie reagiert man auf klamme Staatshaushalte, gekürzte Mittel und Sparzwänge? Durch die Generierung
9 von Mehreinnahmen? Nein! Gelöst werden solche Probleme einzig mit dem Outsourcing staatlicher
10 Aufgaben an private Träger. An diesem Mantra haben auch Finanz- und Eurokrise nichts geändert. Ganz
11 im Gegenteil, der Trend zur Auslagerung hat sich in ihrem Windschatten noch verstärkt.

12 Kein Sektor bleibt von ihr verschont, kein Schritt ausgeschlossen, und keine Maßnahme undenkbar.

13 Selbst vor dem staatlichen Gewaltmonopol wird nicht Halt gemacht. Teilprivate Haftanstalten,
14 „outgesourcte“ Tätigkeiten bei Polizei und Militär, Skandale um Firmen wie „Blackwater“, all das gibt es
15 keinesfalls nur mehr im anglo-amerikanischen Raum, sondern auch in der Bundesrepublik Deutschland.

16 17 **Eine Branche im Aufwind, ein Staat auf dem Rückzug**

18 Hierzulande boomt die private Sicherheitsbranche, auf Landes- wie auf Bundesebene, in Gemeinden wie
19 Städten. Mit einem Jahresumsatz von ungefähr 4,5 Mrd. Euro, mehr als 170.000 Beschäftigten und über
20 4.000 Unternehmen, stellt sie einen bedeutenden und rasant wachsenden Wirtschaftssektor dar.

21 Ihre Auftraggeber sind primär staatliche Institutionen, internationale Organisationen, doch auch
22 Wirtschaftsfirmen und NGOs. Nach Meinung der schwarz-gelben Bundesregierung ist auch zukünftig mit
23 einem weiteren Anwachsen der Nachfrage nach den Leistungen und Fähigkeiten privater
24 Sicherheitsdienste zu rechnen.

25 Die Aufgaben dieser Dienste sind weitreichend: Ihre Angestellten schützen Botschaften, Kernkraftwerke
26 und Bahnhöfe. Sie partizipieren an der Videoüberwachung, kontrollieren Fluggäste und fahnden nach
27 „illegal“ Beschäftigten. Sie bewachen AsylbewerberInnenheime, Abschiebegefängnisse und auch die
28 Bundesagentur für Arbeit, während sie die Handelsschiffe deutscher Reedereien vor Piraterie bewahren.
29 In Berlin schließlich findet man sie u.a. in „Problemkiezen“, wo sie gemeinsam mit der Polizei für „Ruhe
30 und Ordnung“ sorgen.

31 32 **Offenkundige Risiken und Gefahren**

33 Allerdings ist die Übertragung hoheitlicher Befugnisse auf private Sicherheits-, Militär- und Wachdienste
34 problematisch. Dazu genügen wenige Beispiele:

- 36 • Die Angestellten der Dienste sind prekären Beschäftigungsverhältnissen ausgesetzt. Löhne von
37 nur 6,50 Euro pro Stunde sind der Alltag. Hinzu kommt eine schlechte und kurze
38 Ausbildungszeit. Sie umfasst 40 Unterrichtseinheiten à 45 Minuten.
- 39 • Die Angestellten der Dienste sind prekären Beschäftigungsverhältnissen ausgesetzt. Löhne von
40 nur 6,50 Euro pro Stunde sind der Alltag. Hinzu kommt eine schlechte und kurze
41 Ausbildungszeit. Sie umfasst 40 Unterrichtseinheiten à 45 Minuten.
- 42 • Entsprechend sind die Beschäftigten im Einsatz oftmals überfordert. Ihnen fehlt eine
43 ausgewogene, breit-gefächerte Ausbildung. Daraus resultieren Gefahren für die Bevölkerung,
44 aber auch für die angestellten Dienstleister selbst.
- 45 • Zudem räumen viele BürgerInnen dem privaten Sicherheitspersonal spontan die gleichen Rechte
46 ein, wie staatlichen Stellen. Sie haben keine Kenntnisse von dessen Autorität und Pflichten.
- 47 • Außerdem sind die privaten Sicherheitsfirmen nicht dem Gemeinwohl, sondern ausschließlich
48 der Gewinnmaximierung verpflichtet. Zwangsweise resultieren daraus Interessens- und
49 Kontrollkonflikte.
- 50 • Zuletzt: Nimmt man Max Weber zum Ausgangspunkt, dann konstatiert das legitime
51 Gewaltmonopol moderne Staatlichkeit. Fällt es weg (wird es unterminiert) kommt es der
52 staatlichen Selbstaufgabe gleich. Auch wenn staatliche Strukturen aufgrund der Möglichkeit
53 repressiver Maßnahmen nicht grundsätzlich einen emanzipatorischen Charakter in sich tragen,
54 sind sie doch auf den Feldern innerer und äußerer Sicherheit privaten Unternehmungen
55 vorzuziehen.

56

57 **Was jetzt zu tun wäre**

58 Um die geschilderten Risiken zu überwinden, Gefahren abzuwenden und den immanenten Kern des
59 modernen Staates zu schützen, ist eine schrittweise Revision, zumindest aber Eindämmung und
60 Verregelung der Privatisierung von Sicherheit nötig.

61

62 Dazu können *kurz- und mittelfristig* folgende Schritte beitragen:

63

- 64 • Die substantielle Stärkung der Staatsquote im Bereich öffentlicher Sicherheit
- 65 • Eine Erhöhung der Standards für die Ausbildung privater Sicherheitsdienstleister, flankiert von
66 einer Einführung des gesetzlichen Mindestlohns
- 67 • Öffentliche Kampagnen zur Informationen der Bürgerinnen und Bürger über die Befugnisse und
68 Pflichten privater Sicherheitsdienstleister

69

70 Im Bereich „äußere Sicherheit“ sind folgende Maßnahmen denkbar:

71

- 72 • Die Einführung eines Lizenzierungs- und Kontrollverfahrens für genuin militärische
73 Dienstleistungen von Unternehmen in der Bundesrepublik
- 74 • Die Ausrichtung der geplanten Bundeswehrreform darf sich nicht an vermeintlichen
75 Sparzwängen orientieren

- 76 • Die Stärkung der Sanktionsmöglichkeiten gegenüber privaten Militärdiensten, klare rechtliche
77 Einsatzbedingungen, sowie ein Verbot der Beteiligung deutscher Dienste an Kampfhandlungen
78 im Ausland

79

80 **Was langfristig unumgänglich bleibt**

81 Alle bereits genannten Schritte sind notwendig, aber eher auf die Bekämpfung von Symptomen als an
82 der Eliminierung von Ursachen orientiert. Gleichsam sind sie unter gegenwärtigen politischen
83 Umständen erforderlich. *Langfristig* kann es nichtsdestotrotz nur eine Option geben, denn Spar-“Zwänge“
84 legitimieren nicht jeden Schritt, nicht jede Maßnahme. Alternativen gibt es durchweg, immer und in allen
85 Bereichen der Politik.

86

87 Unser *Ziel* muss daher wie folgt lauten:

88

- 89 • Das Gewaltmonopol demokratischer Staaten darf nicht durch Privatisierungen angetastet
90 werden. Alle bereits vollzogenen Übertragungen sicherheitsrelevanter Aufgaben auf private
91 Sicherheitsdienstleister sind sukzessive zurückzunehmen. Der Staat ist hier zu stärken, nicht zum
92 Selbstzweck, sondern zum Wohl von Solidarität, Gesellschaft und Demokratie.

1 **AntragsstellerIn:** Jusos Südwest

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

4 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

5

6 **I5_1/13 Keine Elektronischen Tickets in Berlin** 7 **- Privatsphäre durch Bewegungsprofile** 8 **gefährdet**

9

10 Wir lehnen die Einführung von elektronischen Tickets im Berliner ÖPNV ab und werden uns dafür
11 einsetzen, dass das laufende Projekt „fahrCard“ zur Einführung elektronischer Tickets für Abonentinnen,
12 Abonenten und weiterer ÖPNV-Nutzer in Berlin gestoppt wird bis gravierende Bedenken des
13 Datenschutzes geklärt werden.

14

15 Denkbar ist für uns allenfalls ein freiwilliges elektronisches Zeitkarten-Ticket (z.B. als Handy-App oder im
16 Scheckkarten-Format), aus dem nicht hervor geht, welche Strecke konkret zurück gelegt wurde. Beim Ein-
17 und Ausstieg würde dann keine elektronische Kontrolle durchgeführt. Eine Sichtkontrolle oder sehr
18 vereinzelte Kontrollen durch ein elektronisches Lesegerät können weiterhin durchgeführt werden.
19 Personenbezogene Daten müssen für diesen Zweck bei der Kontrolle nicht erhoben werden und sollten
20 deshalb aus Gründen der Datensparsamkeit nicht erfasst werden. Die Nutzung der Karte als Berlin-weite
21 Mobilitätskarte (z.B. in Verbindung mit Car-Sharing, Fahrradvermietung) soll ermöglicht werden.

22

23 Die BVG plant derzeit gemeinsam mit der S-Bahn Berlin GmbH und weiteren Verkehrsunternehmen in
24 Berlin die Einführung eines elektronischen Tickets „fahrCard“ für Abonentinnen und Abonenten.
25 Besitzerinnen und Besitzer eines solchen Tickets müssen bei jedem Ein- und Aussteigen in einem Bus ihr
26 Ticket an ein elektronisches Lesegerät halten, welches jeden Vorgang einzeln abspeichert. Die BVG
27 schreibt selbst, dass die Umstellung auf weitere Ticketarten in Zukunft geplant ist. Es existieren auch
28 bereits Berichte von Fahrgästen, die über die Einführung nicht erfreut sind.

29

30 Damit stehen für eine Vielzahl von Fahrgästen der Zeitpunkt, die Buslinie und die Ein- und
31 Ausstiegshaltestelle von jeder einzelnen Fahrt detailliert zur Verfügung. Mit diesen Informationen lässt
32 sich leicht ein Bewegungsprofil erstellen. Dies ist gefährlich, da es das Recht auf informelle
33 Selbstbestimmung einschränkt. Der Mensch wird gläsern und überwachbar. Die Sicherheit der Daten ist
34 niemals vollständig möglich, so dass Missbrauch entstehen kann.

35

36 Diesem Nutzungszwang können sich Abonentinnen und Abonnenten und später alle Nutzerinnen und
37 Nutzer des ÖPNV nur entziehen, wenn sie ihr Abonnement kündigen bzw. auf die Benutzung des ÖPNV
38 verzichten.

39

40 Sollte die elektronische Fahrkarte einmal einen technischen Defekt haben, müsste sie allerdings
41 eingezogen werden. Bis die Nutzerin oder der Nutzer eine neue hat, müsste sie / er immer einzelne
42 Tickets lösen, die ihr / ihm hinterher erstattet werden würden. Dies erscheint sehr mühselig und vor allem
43 besteht dabei die Gefahr, dass sie / er aus Gewohnheit keine einzelne Fahrkarte löst und daher
44 unfreiwillig Schwarzfahrerin oder Schwarzfahrer wird.

Literatur (nicht Teil des Antrages):

1 = <http://www.tagesspiegel.de/berlin/7365644.html>

2 = <http://www.bvg.de/index.php/de/948906/name/fahrCard+fuer+Abonnenten.html>

3 = <http://www.bvg.de/index.php/de/16428/name/FAQ/faq/fahrCard.html#faq5>

4 = <http://www.bvg.de/index.php/de/16428/name/FAQ/faq/fahrCard.html#faq26>

5 = <http://kaltreserve.blogspot.de/2012/07/der-erste-monat-mit-meiner-vbb-fahrcard.html>

6 = <http://cliff.de/2012/12/viel-spas-mit-der-fahrcard/>

7 = <http://www.bvg.de/index.php/de/16428/name/FAQ/faq/fahrCard.html#faq10>

1 **AntragsstellerInnen:** Jusos Treptow-Köpenick

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

4 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

5

6 I6_1/13 Privatanschriften von Engagierten 7 schützen

8

9 Der Präsident des Abgeordnetenhauses und der Innensenator werden aufgefordert, die Privatadressen
10 von Bewerberinnen und Bewerbern zum Berliner Abgeordnetenhaus und zu den
11 Bezirksverordnetenversammlungen besser zu schützen. Die Veröffentlichung der persönlichen Daten im
12 Amtsblatt muss allen Kandidatinnen und Kandidaten für die Bezirksverordnetenversammlung oder das
13 Abgeordnetenhaus freigestellt werden. Dafür soll bereits bei der Meldung der Kandidatur von jeder oder
14 jedem angegeben werden, welche Daten zur Veröffentlichung im Amtsblatt freigegeben sind und welche
15 nicht. Eine Begründung für den Schutz der eigenen Anschrift und anderer Daten ist hierbei nicht
16 notwendig.

17

18 *Begründung:*

19

20 Der Schutz der Privatsphäre von politisch Engagierten muss besser gewährleistet werden. Insbesondere
21 die Veröffentlichung der Meldeanschriften von Bewerberinnen und Bewerbern für
22 Bezirksverordnetenversammlungen und für das Abgeordnetenhaus im Amtsblatt, von der nur abgesehen
23 werden kann, wenn eine konkrete Gefährdung bereits besteht, ist aus heutiger Sicht auch im Lichte von
24 Bürgernähe und Transparenz nicht zu rechtfertigen. Das haben die offenbar rechtsextrem motivierten
25 Angriffe auf Privatwohnungen eines Bewerbers für die Bezirksverordnetenversammlung und eines
26 gewählten Verordneten in Treptow-Köpenick, aber auch der anonyme Versand von Postkarten
27 bedrohlichen Inhalts an Bewerberinnen und Bewerber für Bezirksverordnetenversammlungen und für
28 das Abgeordnetenhaus in Berlin gezeigt.

29

30 Allen gewählten Verordneten und Abgeordneten muss die Art und Weise der Veröffentlichung von
31 Kontaktdaten auf den Internetseiten des Bezirkes, im Amtsblatt oder eigener Internetauftritte freigestellt
32 sein. Es bestehen andere Möglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger zur Kontaktaufnahme mit
33 Politikerinnen und Politiker, als der postalische Weg zur Privatanschrift. Unter anderem das Internet
34 ermöglicht vollumfängliche Kontaktaufnahme mit den politischen Vertreterinnen und Vertretern aller
35 Ebenen. Auch postalisch ist die Kontaktaufnahme über die BVV- oder Fraktionsbüros gewährleistet.

1 **AntragsstellerIn:** Jusos Lichtenberg

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

4

5 I7_1/13 Internetpolitik ist 6 sozialdemokratische Grundsatzpolitik

7

8 Das Entstehen für eine gerechte und soziale Gesellschaft, in welcher Teilhabe, der Zugang zu Wissen und
9 Informationen, sowie Mitbestimmung für einen jeden Menschen möglich sind, ist das Grundanliegen
10 einer sozialdemokratischen und linken Politik. Auch das Entstehen für Fortschritt und gesellschaftliche
11 Weiterentwicklung liegt Sozialdemokrat_Innen stets und von Beginn an am Herzen.

12 Mit dem Bewusstsein, dass technische Innovationen neue Antworten benötigen, setzt sich die
13 Sozialdemokratie seit 150 Jahren immer wieder für den richtigen Weg und die richtigen Zielsetzungen
14 ein.

15 Zum 21. Jahrhundert gehört die gesellschaftsbedeutende Entwicklung des Internets und die Entstehung,
16 sowie Ausdehnung einer digitalen global vernetzten Gesellschaft. Der Beginn dieses neuen Jahrhunderts
17 steht für eine *digitale Epoche*.

18 Wer Netzpolitik betreibt, betreibt keine Klientelpolitik nur für eine kleine Gruppe. Nein, Netzpolitik ist
19 Gesellschaftspolitik. Das Internet ist kein virtueller Raum im Irgendwo. Das Internet ist in der Mitte der
20 Gesellschaft angekommen und aus dem Alltag unzähliger Menschen nicht mehr wegzudenken.

21 Das Internet ist nicht nur eine Art technischer Fortschritt, das Internet ist eine neue Kulturtechnik.

22 Gleichzeitig ist es der Sozialdemokratie immer ein Anliegen gewesen, dass bei neuen Entwicklungen
23 niemand zurückbleibt. Das Internet darf nicht zu einer Spaltung der Gesellschaft führen, zwischen denen,
24 die das Internet nutzen und denen, die das Internet nicht nutzen können oder wollen.

25 Nie war es einfacher nationale Grenzen zu überwinden, als mit dem Internet. Dies ist eine großartige
26 Entwicklung, aber auch eine große Herausforderung. Dabei ist das lokale Denken in Bezug auf das
27 Internet durch ein globales Denken zu ersetzen.

28

29 **Staatliche Überwachung und Regulierung im Internet**

30

31 *Sicherheit durch Überwachung* – scheinbar eines neues politisches Schlagwort. Wann auch immer etwas
32 passiert, steht sofort ein Mehr an Überwachung als Forderung im Raum. Für einen kaum greifbaren
33 Sicherheitsgewinn wird massiv in die Grundrechte der BürgerInnen eingegriffen. Zudem wird die gesamte
34 Gesellschaft unter einen Generalverdacht gestellt. Es drängt sich geradezu der Verdacht auf, dass die
35 Politik eine Urangst vor dem eigenen Volk hat.

36 Es ist utopisch zu glauben, dass eine vollkommene Sicherheit erreicht werden kann - auch und schon gar
37 nicht durch den Ausbau der staatlichen Überwachungsmöglichkeiten. Mit diesem Irrglauben setzen wir
38 unsere kostbare Freiheit aufs Spiel. Hierbei geht es nicht nur um direkte Eingriffe in die Freiheit jedes
39 Einzelnen. In einem Überwachungsstaat laufen wir viel mehr Gefahr durch unbewusste
40 Verhaltensänderungen - durch das bloße Wissen um die Überwachungsmöglichkeiten - zu einer
41 gleichgeschalteten Gesellschaft zu werden.
42 Nicht ausgenommen von dieser Entwicklung ist auch das Internet, im Gegenteil beziehen sich viele neue
43 Überwachungsmaßnahmen ganz speziell auf das Internet. Dabei ist gerade diese Entwicklung besonders
44 brisant, da das Internet bei Missbrauch schier ungeahnte Möglichkeiten der Überwachung bietet.
45 Daneben liegen in der Hand des Staates vielfältige Möglichkeiten das Internet zu regulieren. Zwar ist die
46 Regulierung oftmals von Nöten, bietet aber gleichzeitig die Gefahr des Missbrauchs.

47

48 **1. Vorratsdatenspeicherung**

49 Grundlage einer freiheitlichen Internetpolitik ist die Ablehnung der verdachtsunabhängigen
50 Vorratsdatenspeicherung (VDS). Die anlasslose Speicherung sämtlicher Kommunikationsdaten für einen
51 Zeitraum von 6 Monaten lässt sich nicht mit den Freiheitsrechten vereinbaren.
52 Die Speicherung der hochsensiblen Daten, egal ob beim Staat oder den
53 Telekommunikationsunternehmen, birgt ein enormes Missbrauchspotential, so zum Beispiel durch
54 Erstellung von lückenlosen Bewegungsprofilen.
55 Da die Vorratsdatenspeicherung auf EU-Recht zurückgeht, fordern wir die sozialdemokratischen
56 Mitglieder im Europaparlament auf, sich auf dieser Ebene für eine Abschaffung der
57 Vorratsdatenspeicherung einzusetzen. Ein europaweites, verdachtsloses Datensammeln aller
58 Bürgerinnen und Bürger darf nicht stattfinden.

59

60 *Erklärungen:*

61 *Die Vorratsdatenspeicherung verpflichtet die privaten Telekommunikationsanbieter folgendes zu speichern:*

- 62 • *Bei Telefondiensten/SMS-Diensten: Teilnehmer des Gespräches mitsamt Ort, Zeit und Dauer des*
63 *Gesprächs*
- 64 • *Bei E-Mail-Diensten: IP-Adressen¹ von Sendern und Empfängern samt Sendezeit*
- 65 • *Bei der Internetnutzung: Zeit und Dauer der Internetnutzung mitsamt IP-Adresse und dem Anschluss,*
66 *über welchen die Nutzung erfolgte.*

67 *Die Vorratsdatenspeicherung geht zurück auf die EU-Richtlinie 2006/24/EG. Die Vereinbarkeit mit dem*
68 *Europarecht ist stark in Zweifel zu ziehen (vgl. Gutachten "Zur Vereinbarkeit der Richtlinie über die*
69 *Vorratsspeicherung von Daten mit der Europäischen Grundrechtecharta" des Wissenschaftlichen Dienstes des*
70 *Bundestages.)*

71 *Mit dem Urteil vom 2. März 2010 hat das Bundesverfassungsgericht die Vorratsdatenspeicherung für*
72 *verfassungswidrig erklärt.*

¹ IP-Adressen werden jedem Computer, der sich mit dem Internet verbindet zugewiesen. Sie dienen wie eine Postadresse dazu, dass die "Datenpakete" aus dem Internet an den richtigen PC zugestellt werden können. Aus der IP-Adresse lässt sich bei ihrer Speicherung zurückverfolgen, von welchem Internetanschluss aus auf das Netz zugegriffen wurde.

73 *Eingesetzt werden soll sie auch für die Aufklärung von Straftaten, die nicht besonders schwerer Art sind. Jedoch*
74 *lässt sich mit der VDS, laut nach einer Studie des Bundeskriminalamts, bestenfalls eine Verbesserung der*
75 *Aufklärungsquote von 0,006% erreichen. Ein Nutzen zur Abwehr von Terroranschlägen lässt sich nicht belegen.*
76

77 **2. Online-Durchsuchungen**

78 Nicht anders sind Online-Durchsuchungen zu bewerten. Diese sind ein massiver Eingriff in die
79 Intimsphäre der Betroffenen, vergleichbar mit einem Großen Lauschangriff. Ihre Anwendung muss
80 strikten Sicherheitsvorkehrungen unterliegen, damit die Software nicht auch als für Dritte nutzbares
81 Eingangstor zum betroffenen Computer unterliegt.

82

83 **3. Netzsperrern**

84 Das Internet ist kein rechtsfreier Raum, dennoch sind Netzsperrern kritisch zu betrachten, da sie der
85 Einstieg zu einer Zensur im Internet sein können. Unbestritten ist, dass gegen Internetseiten mit illegalen
86 Inhalten vorgegangen werden muss, dennoch besteht die Gefahr, dass mit Netzsperrern auch
87 versehentlich legale Inhalte erfasst werden.

88 Deshalb muss die Auswahl der indizierten Seiten einer demokratischen, transparenten und wirksamen
89 Kontrolle unterliegen, auch da das Instrument der Netzsperrern ein Missbrauchspotential bietet. Zudem
90 gilt der Grundsatz: *Löschen statt Sperren*, denn Netzsperrern (so genannte Stoppschilder) können leicht
91 umgangen werden.

92

93 **4. Netzneutralität**

94 Die *Netzneutralität* ist der Schlüssel zu einem diskriminierungsfreien Internet. Grundlage einer jeden
95 sozialdemokratischen Netzpolitik muss die gesetzliche Absicherung der Netzneutralität sein. Wir fordern
96 daher die gesetzliche Verankerung der Netzneutralität. Jedes Datenpaket im Internet muss
97 diskriminierungsfrei unter gleichen Bedingungen befördert werden, unabhängig von Empfänger oder Art
98 der Daten.

99

100 **5. Störerhaftung**

101 Um offene W-LAN² Netze anbieten zu können, sei es durch Hotels und Gastronomie oder aber ein freies
102 W-LAN Netz in der Stadt, fordern wir die Abschaffung der Störerhaftung. Freifunkinitiativen finden hierbei
103 unsere Unterstützung.

104 Die großen Internetprovider³ sind nach §8 TMG bereits von einer solchen Störerhaftung befreit, sie haften
105 nicht für die Informationen, die sie transportieren (wie im Übrigen auch die Post). Warum nun (kleine)
106 Gastronomie- oder Hotelunternehmen oder auch Private, die ein offenes W-LAN-Netz anbieten und
107 damit, wie die großen Internetanbieter, nur Informationen transportieren, für die transportierten
108 Informationen haften, erschließt sich nicht.

² W-LAN bedeutet Drahtlosnetzwerk, die Verbindung vom PC an das Internet funktioniert also statt durch ein Kabel (LAN) über Funk.

³ Internetprovider sind die Unternehmen, die einen Internetzugang anbieten, so wie die Telekommunikationsunternehmen einen Telefonanschluss anbieten, z.B. die Telekom oder andere.

109 Die Haftung des einzelnen Internetnutzers bleibt selbstverständlich bestehen. Betreiber von offenen W-
110 LANs sind jedoch, wie die Internetprovider, nicht verpflichtet die Nutzer dahingehend zu überwachen,
111 welche Informationen sie für diese transportieren.

112

113 **6. Enthüllungsplattformen**

114 Eine Gesellschaft muss auch mit sogenannten „*Enthüllungsplattformen*“ auskommen. Wenn dadurch
115 Missstände, Gesetzesverstöße, Scheinheiligkeiten oder Korruptionen aufgedeckt werden, dann ist dies zu
116 begrüßen und nicht zu verfolgen. Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht auf das Wissen über die
117 Wirklichkeit. Hierbei sind vertrauensvolle Daten, wie sie auch in geheimen Sitzungen des Bundestages
118 oder ähnlichen Institutionen ausgetauscht werden, selbstverständlich außen vor zulassen.

119

120 **7. Regulierung durch Private**

121 Die "*big player*" im Internet, man denke beispielsweise an Facebook, Google oder Apple, können ebenfalls
122 das Netz in weiten Teilen regulieren. Dadurch, welche Gruppen Facebook zulässt, welche Apps in iTunes
123 eingestellt werden dürfen, welche Suchergebnisse Google präsentiert, können diese Unternehmen selbst
124 das Internet regulieren und insbesondere auf die Meinungsfreiheit einwirken.

125 Das Internet ist ein öffentlicher Raum. Es darf nicht sein, dass dieser öffentlicher Raum und dessen Inhalte
126 und deren Auswahl maßgeblich von privaten Unternehmen bestimmt werden und nicht von der
127 Öffentlichkeit.

128

129 **Freies Wissen**

130

131 Das Internet eröffnet großartige Möglichkeiten und Wege für die Verbreitung von Wissen.
132 Wikis⁴, Blogs⁵, o.ä. bieten einen einfachen und kostengünstigen Zugang zu Wissen, sowie zu einem
133 effizienten Austausch von Informationen. Auch der Netzwerkcharakter des Internets zeigt neue
134 Möglichkeiten zur Verknüpfung von Wissen auf.

135 Die Masse an Informationen und deren Schnelllebigkeit stellen neue Anforderungen an die
136 Medienkompetenz der Einzelnen. Die rasante Verbreitung von teilweise falschen Informationen und die
137 gezielte Streuung von Propaganda bergen auch Gefahren. Dennoch sollte sich eine globale offene
138 Gesellschaft den nützlichen Eigenschaften von freiem Wissen bedienen, diese fördern und
139 Rahmenbedingungen schaffen. Hier sollte der Staat mit gutem Beispiel vorangehen.

140

141 **1. Öffentliche Daten und Informationen**

142 Zu einem freien Zugang zu Informationen gehört auch, dass diese Informationen veröffentlicht werden.
143 Eine transparente Verwaltung ist Bestandteil einer offenen und transparenten Gesellschaft. Die
144 öffentliche Zugänglichkeit von Daten und Dokumenten der Verwaltung soll künftig die Regel sein; eine
145 Nichtveröffentlichung nur in *begründeten* Ausnahmefällen möglich sein.

⁴ Wikis sind Internetseiten, deren Inhalte von einer Vielzahl von Menschen geändert, und dadurch angepasst, aktualisiert und verbessert werden können. Bekanntestes Beispiel ist die Wikipedia.

⁵ Blogs sind Internetpublikationen, auf denen die Autoren ihre Gedanken, Meinungen und Ansichten präsentieren, vergleichbar mit einer Kommentarspalte in einer Tageszeitung.

146 Die freie Verfügbar- und Nutzbarkeit von öffentlichen Daten, wie beispielsweise Verkehrs- oder
147 Geoinformationsdaten, um diese zu Informationszwecken (z. B. grafisch) aufarbeiten zu können, ist für
148 uns eine Selbstverständlichkeit. Die öffentliche Hand muss diese Daten in gängige Dateiformate der
149 Öffentlichkeit mindestens für den nichtkommerziellen Gebrauch zur Verfügung stellen. Dies ermöglicht,
150 dass die Bevölkerung diese Daten nutzen kann, um sich selbst ein Bild zu machen. Auch für die
151 Entwicklung von innovativen Programmen, welche dem Wohl der Allgemeinheit dienen sollen.
152 Um jedem Menschen, auch denen mit weniger finanziellen Möglichkeiten, eine Teilhabe am Wissen zu
153 ermöglichen, fordern wir, dass ab einer bestimmten Auflage alle Publikationen in einer sinnvollen Anzahl
154 den öffentlichen Bibliotheken digital und kostenfrei zur Verfügung gestellt werden.

155

156 **2. Gemeinfreiheit von öffentlich finanzierten Werken**

157 Wir fordern einen freien und dauerhaften Zugang zu sämtlichen Werken, beispielsweise wissenschaftliche
158 Publikationen oder Filmproduktionen, die von der öffentlichen Hand finanziert werden. Diese müssen
159 unter freier Lizenz der Allgemeinheit zum nichtkommerziellen Gebrauch zugänglich gemacht werden.
160 So soll ein vereinfachter Zugang zu bereits aufgearbeiteten Informationen und Materialien, welche aus
161 Mitteln der Allgemeinheit finanziert worden sind, ermöglicht werden.

162

163 Zur besseren Überprüfung sollten in diesem Zusammenhang relevante Hintergrundinformationen wie
164 Daten, Quellen und Ähnliches frei zugänglich sein. Dadurch wird der Gemeinschaft die Möglichkeit
165 gegeben, vorhandenes Wissen zu nutzen, auszubauen und zu ergänzen. Außerdem kann somit die
166 Qualität des freizugänglichen Wissens gefördert werden.

167

168 **3. freie Lizenzen**

169 Die freie und kostenlose Weitergabe von Wissen muss durch entsprechende Lizenzen abgesichert
170 werden. Dies bedeutet, dass der Urheber entscheidet, wie die Werke weitergenutzt werden dürfen. Die
171 Verwendung dieser freien Lizenzen muss rechtssicher ausgestaltet werden.

172 Für die Bereitstellung öffentlicher Daten durch den Staat sind ebenfalls entsprechende freie Lizenzformen
173 zu schaffen.

174

175 **Urheberrecht**

176

177 In Verbindung mit dem Internet kommt es immer wieder zu einer politischen Debatte bezüglich des
178 Urheberrechtes. Das Urheberrecht, der Schutz des ideellen und materiellen Werks, hat sich dabei als einer
179 der strittigsten Punkte in der Netzgemeinschaft gezeigt. So wird häufig über den Sinn des „geistigen
180 Eigentums“, aber auch Verschärfungen der Strafen bei Verstößen diskutiert.

181 Wollen manchen das Urheberrecht gar abschaffen, fordern wieder andere, dass das Urheberrecht in
182 seiner jetzigen Form auch im Internet Bestand haben muss.

183 Für uns ist klar: Wir stellen das Urheberrecht der Kreativschaffenden an ihren Werken auch im Internet
184 nicht in Frage, sind uns aber gleichzeitig bewusst, dass das Urheberrecht an die Herausforderungen, die
185 das Internet stellt, angepasst werden muss.

186 Eines zeigen die Diskussionen über das Urheberrecht jedoch sehr deutlich: Es muss begonnen werden,
187 die Menschen für das Thema „Urheberrecht“ stärker zu sensibilisieren. So sollte die Anerkennung für die
188 Urheber eine Selbstverständlichkeit sein und jede Bürgerin und jeder Bürger sollte ein Gefühl dafür
189 haben, was gestattet ist und was nicht.

190

191 **1. Kulturflatrate**

192 Teil dieses Diskussionsprozess ist dabei auch häufig die sogenannte „Kulturflatrate“ oder „Musikflatrate“,
193 bei der, ähnlich wie bei der GEZ, eine monatliche Gebühr gezahlt wird und der Nutzer z.B. Musik in vollem
194 Umfang konsumieren und verschicken darf. Jedoch scheint auch die „Musikflatrate“ derzeit nicht die
195 Lösung für den Urheberrechtsstreit im Internet zu sein.

196 So gehen Meinungen innerhalb von Diskussionen bei den Fragen auseinander, ob eine private oder
197 staatliche Organisation die Gelder verteilt und zu welchem Teil welcher Künstler beteiligt wird. Sollen die
198 Gelder anhand von Downloads verteilt werden? Kann man dabei eine Manipulation verhindern? Wie wird
199 verhindert, dass Menschen ohne Internet ausgeschlossen werden? Wird es im Einzelhandel künftig
200 kostengünstige CDs geben müssen, bei denen man lediglich den Materialwert bezahlt?

201

202 **2. Three-Strikes-Modelle**

203 Für die meisten Menschen spielt das Internet heutzutage, privat und beruflich, bereits eine wichtige Rolle.
204 Deshalb lehnen wir sogenannte „Three-Strikes-Modelle“, also die Entziehung des Internetanschlusses bei
205 dreimaligem Verstoß gegen das Urheberrecht, ab. So wären bei Mehrpersonenhaushalten durch den
206 Verstoß des Einzelnen immer auch andere betroffen. Zudem halten wir den Lerneffekt durch
207 „Internetverbot“ für kaum gegeben, da es in der heutigen Zeit viele Möglichkeiten gibt, das Internet zu
208 nutzen.

209

210 **3. Abmahnindustrie**

211 Die Hauptgewinner der letzten Jahre waren nicht unbedingt die Nutzer_innen oder die Künstler_innen,
212 sondern Anwälte_innen, die in den letzten Jahren vermehrt einen Tätigkeitsschwerpunkt in
213 Abmahnungen wegen Urheberrechtsverstößen entdeckt haben. Dabei liegt ihr Hauptaugenmerk auf
214 Privatpersonen, denen zum Teil, obwohl unerlaubt, horrenden Abmahngebühren vorgelegt werden. Aus
215 diesem Grund fordern wir, dass die Sanktionen neu überdacht und der Realität angepasst werden. Das
216 deutsche Urheberrecht soll nicht der „Abmahnindustrie“ dienen, sondern das Werk der Künstler_innen
217 schützen.

218

219 **4. ACTA**

220 Welche Rolle das Internet bereits spielt, zeigte sich bei den Protesten zu ACTA oder auch dem
221 Leistungsschutzrecht. So wurde ACTA nach internationalen Protesten, deren Anfang im Internet
222 stattfand, vom EU Parlament abgelehnt. Doch trotz der Ablehnung gibt es erneute Planungen für ein
223 ähnliches Gesetz. Aus diesem Grunde betonen wir erneut, dass wir ACTA/CETA in jeglicher Form
224 ablehnen und fordern alle Parlamente auf, dies ebenfalls zu tun.

225

226 **5. Leistungsschutzrecht**

227 Auch das Leistungsschutzrecht, dass nun in veränderter Form beschlossen werden soll, lehnen wir strikt
228 ab. Das Internet mitsamt einem Netzwerkcharakter lebt davon, dass in einer Debatte aufeinander Bezug
229 genommen werden kann. Das Leistungsschutzrecht nimmt die Erzeugnisse der Presseverleger aus dieser
230 Debatte aus und wirkt damit einschränkend auf die Meinungsfreiheit.

231 Es leuchtet nicht ein, weshalb ausgerechnet die Erzeugnisse der Presseverleger, und nur diese, nicht aber
232 beispielsweise Blog-Beiträge oder Tweets, einen Schutz für Snippets bedürfen, die die urheberrechtliche
233 Schöpfungshöhe nicht überschreiten.

234 Die Presseverleger profitieren in unheimlichem Maße davon, dass die Suchmaschinen ihre Beiträge
235 anzeigen und damit kostenlos für deren Webseiten werben. So ist das Leistungsschutzrecht für die
236 Presseverleger nichts anderes als eine Subvention für ein Geschäftsmodell, das so keine Zukunft besitzt.

237

238 **Persönliche Daten – im Spannungsverhältnis zwischen absolutem Datenschutz und Post-Privacy⁶**

239

240 Es ist unbestritten, dass Daten, und insbesondere personenbezogene Daten, grundsätzlich schützenswert
241 sind. Die ergibt sich schon aus dem Grundrecht der informationellen Selbstbestimmung und dem
242 Persönlichkeitsrecht.

243 Gleichzeitig gilt aber auch, dass viele vermeintlich kostenlose Angeboten im Internet doch auch von den
244 Nutzern "bezahlt" werden, die Währung sind in diesem Fall Daten.

245

246 **1. Datenschutz – nicht nur im Internet ein Thema**

247 Das Datenschutzrecht mitsamt seinen Grundsätzen gilt auch im Internet. So ist es beispielsweise
248 unbeachtlich, ob ein Fernabsatzgeschäft im Internet durchgeführt, oder aus dem Katalog bestellt wird.

249 Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten unterliegt stets dem Datenschutzrecht.

250 Herausforderung im Internet ist es in diesen Fällen jedoch, dem Datenschutzrecht zu seiner Geltung zu
251 verhelfen.

252 Zur Durchsetzung des Datenschutzes scheint es daher zweckmäßig, wenn die Bestimmungen über den
253 Datenschutz und dessen Durchsetzung auf europäischer Ebene vereinheitlicht werden. Hierzu ist
254 insbesondere eine handlungsfähige Aufsichtsbehörde nötig, die mit allen nötigen Eingriffsrechten
255 ausgestattet ist. Verstöße gegen den Datenschutz müssen mit empfindlichen Strafen sanktioniert
256 werden.

257 Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten darf nur mit der bewussten Einwilligung der
258 Betroffenen vollzogen werden. Das Widerruf der Einwilligung muss stets einfacher sein als das Erteilen
259 der Genehmigung zur Datenverarbeitung.

260 Eine Information über die gespeicherten Daten muss für den Betroffenen jederzeit möglich sein. Eine
261 zusätzliche Möglichkeit der Information kann auch der Datenschutzbrief⁷ sein.

262 Dessen ungeachtet, gilt es Lücken im Datenschutz - so zum Beispiel das Listenprivileg⁸ - konsequent zu
263 beseitigen.

⁶ Unter dem Schlagwort Post Privacy wird ein Zustand ohne Privatsphäre unter völliger Überwindung des Datenschutzes beschrieben.

⁷ So könnten die Verbraucher_Innen in einem Datenschutzbrief über die Speicherung ihrer Daten bei Unternehmen, Instituten und Behörden aufgeklärt werden. Darüber hinaus wäre eine zu prüfende Option, Unternehmen, Behörden und Institutionen zu verpflichten in regelmäßigen Abständen die Verbraucher_innen über die von ihnen gespeicherten Daten zu informieren.

264

265 **2. besondere Herausforderungen im Internet**

266 Daneben gibt es weitere Bereiche des Datenschutzes, die insbesondere im Zusammenhang mit dem
267 Internet stehen, dies sind Bewegungsdaten (bei der Nutzung von Smartphones), Suchmaschinendaten,
268 sowie Daten bei der Nutzung von sozialen Netzwerken.

269 Smartphones lassen sich mittlerweile teilweise metergenau Orten und daraus Rückschlüsse auf den
270 Aufenthaltsort der Nutzer_innen ziehen und Bewegungsprofile erstellen. Die Nutzung von
271 Bewegungsdaten ist höchst problematisch und kann allenfalls dann zulässig sein, wenn ausgeschlossen
272 ist, dass zwischen Daten und Personen Rückschlüsse gezogen werden können.

273 Anbieter wie Facebook oder Google generieren Daten dadurch, dass Suchergebnisse eingegeben,
274 persönliche oder "gefällt mir"- Angaben in sozialen Netzwerken getätigt werden oder das Surfverhalten
275 verfolgt wird. Diese Daten werden dann dazu genutzt, um beispielsweise Werbung zu personalisieren⁹
276 oder um den Suchalgorithmus zu verbessern und anzupassen.

277 Problematisch wird diese Datennutzung immer dann, wenn konkret Rückschlüsse zwischen Personen
278 und Datensätzen gezogen werden können.

279

280 **3. Der Staat als Datensammler**

281 Jedoch sammeln nicht nur Unternehmen in Massen die Daten der Bürger_innen, sondern auch der Staat.
282 So führte die Bundesregierung ein System zur Erfassung von Arbeitnehmerdaten ein und verpflichtete
283 die Arbeitgeber alle Daten in das System des elektronischen Entgeltnachweis (Kurz: ELENA) einzutragen.
284 Datenschützer kritisierten das System jedoch, da die Zugriffsrechte ungeklärt waren und so ggf. auch
285 Dritte an die großen Mengen an Daten kommen können.

286 Aus diesem Grund ist auch der Staat mit seinen Stellen dazu aufgefordert, dem Grundsatz der
287 Datensparsamkeit zu folgen.

288 Der Staat ist seinen Bürger_innen gegenüber in der Verantwortung, sensibel mit den Meldedaten derer
289 umzugehen. Dementsprechend ist ein Verkauf der Meldedaten an Unternehmen in jeder Art und Weise
290 abzulehnen. So muss das Meldegesetz, wie es im Sommer 2012 vom Bundestag beschlossen wurde¹⁰,
291 umgehend wieder geändert und Bürger_innenfreundlich werden. Bei einem Verkauf der Meldedaten an
292 Unternehmen profitieren einzig die Unternehmen, nicht die Bürger_innen.

293

⁸ Das Listenprivileg ermöglicht die Weitergabe von Daten u.a. zu Werbezwecken auch ohne Einwilligung der Betroffenen und ist die Grundlage für den Datenhandel.

⁹ personalisierte Werbung bedeutet z.B. im Zusammenhang mit sozialen Netzwerken, dass nicht jedem Nutzer identische Werbebanner eingeblendet werden, sondern nach den eingegebenen Informationen Werbung geschaltet wird. Wer dann beispielsweise angibt aus Berlin zu kommen und Fan der Band XY zu sein, bekommt entsprechend Werbung für das Konzert dieser Band in Berlin, wer sich hingegen in sozialen Netzwerken mittels Gruppenzugehörigkeit als begeisterter Wintersportler zu erkennen gibt bekommt dann nicht die Konzert-Werbung eingeblendet, sondern die Werbung eines Anbieters für Wintersportausrüstung. Diese Phänomen kann auch jeder beobachten, der z.B. in einem Online-Shop nach einer bestimmten Ware sucht und anschließend im Internet weitersurft, es werden prompt nur Werbebanner eingeblendet, in denen genau das Produkt beworben wird, was gerade zuvor gesucht wurde...

¹⁰ Nach dem Beschluss des Bundestages sollen die Einwohnermeldeämter die Daten der Einwohner_innen grundsätzlich an private Unternehmen verkaufen dürfen, es sei denn die Betroffenen widersprechen der Weitergabe ausdrücklich. Der Widerspruch verbietet jedoch trotzdem nicht die Weitergabe der Daten zu Korrekturzwecken. D.h. im Umkehrschluss, dass Unternehmen jederzeit ihre Datenbestände auf Anfrage aktualisieren können, sobald sie einmal Daten in ihrer Datenbank haben. Die Widerspruchsmöglichkeit läuft in diesem Fall ins Leere.

294 **Internet und Soziales**

295

296 Mit den immer noch andauernden Entwicklungen der digitalen Medien gehen neue Möglichkeiten für die
297 Menschen einher, aber auch neue Abhängigkeiten, Gefahren und Notwendigkeiten. So ist eine
298 umfassende gesellschaftliche Teilhabe ohne das Nutzen einer Emailadresse mittlerweile schwer möglich.
299 Auch aus schulischer, beruflicher oder studentischer Sicht sind der Umgang und das Nutzen des Internets
300 unumgänglich und zum größten Teil eine Notwendigkeit geworden.

301 Soziale Teilhabe, als ein zentrales Themenfeld einer sozialdemokratischen Politik, muss heutzutage mit
302 dem Denken und den Anforderungen an online und offline Räumen diskutiert werden. Bei der
303 Betrachtung der online Räume und der sozialen Teilhabe an der digitalen Gesellschaft, sind folgende
304 Fragen von besonderer Bedeutung:

305 Welche Bedingungen sind mit dem Zugang zur digitalen Welt vorhanden und notwendig und welche
306 Sachverhalte müssen geregelt sein, sodass eine gesellschaftliche Teilhabe, auch in einer immer größer
307 werdenden digitalen Welt, möglich ist?

308 Dies sind Fragen der sozialen Teilhabe und Partizipation, demnach grundlegende soziale Fragen. Diese
309 verlangen linke und sozialdemokratische Stellungnahmen, Vorstellungen und Antworten. Gerade in
310 Bezug auf Partizipation und gesellschaftliche Teilhabe, also auf die Fragen einer angemessenen Infrastruktur
311 für die digitale Teilhabe und dem gerechten Zugang zu Informationen und Kommunikationswegen,
312 müssen in der heutigen und schnelllebigen Zeit umfassende Antworten gefunden werden. Da sich dieser
313 neue Politik- und Gesellschaftszweig ständig weiterentwickelt und in dieser Form in der Weltgeschichte
314 noch nicht vorhanden war, gilt es neue Lösungen zu diskutieren und diese den neuen Bedingungen
315 anzupassen.

316 Medien im Allgemeinen sind schon viele Jahrzehnte Bestandteil unseres täglichen Lebens. Doch in den
317 vergangenen Jahren sind vor allem die Medien, mit welchen in der digitalen Welt kommuniziert werden
318 können und mit welchen neue Wege der Informationsbeschaffung möglich sind, von zentraler und
319 zunehmender Bedeutung. Diese neuen Möglichkeiten müssen in Zusammenarbeit zwischen Gesellschaft
320 und Politik genutzt und gestaltet werden. Politik hat dabei die Aufgabe auf Rahmenbedingungen zu
321 achten, denn auch im digitalen Raum muss ein diskriminierungsfreier Umgang möglich sein, zu welchem
322 ein einfacher Zugang existiert und in welchem Barrierefreiheit vorherrscht. Nur so kann eine weitere
323 Spaltung der Gesellschaft verhindert werden.

324 Aber auch der Schutz von Kindern, Jugendlichen und dem Verbraucher im Allgemeinen ist eine Aufgabe,
325 bei welcher die Politik Rahmenbedingung schaffen muss, aber dabei eine Medienkompetenz als
326 Komponente der Bildung mit berücksichtigt.

327

328 **1. Medienkompetenz**

329 Deshalb fordern wir, dass ein Konzept entwickelt wird, das Kindern z.B. in der Schule das Urheberrecht
330 näher bringt, aber auch Erwachsene für das Urheberrecht sensibilisiert.

331 Unter Berücksichtigung der Kinder- und Jugendrechte hat die Politik in Zusammenarbeit mit der
332 Gesellschaft einen Vertrag zum Kinder- und Jugendmedienschutz zu erarbeiten. Hierbei muss auch
333 berücksichtigt werden, wie Kinder und Jugendliche einen verantwortungsvollen Umgang mit ihren Daten
334 und dem Internet im Allgemeinen frühzeitig lernen. Computergrundlagen erst in Sekundarstufe I zu

335 erlernen ersehen wir hierbei als eindeutig zu spät an. Den Erhalt einen ITG-Unterrichts, als spezielles
336 Unterrichtsfach, soll nichts entgegenstehen. Doch stellt die 7. Klasse hierbei einen zu später Zeitpunkt
337 dar, um die Schüler_innen in ihren Kompetenzen bezüglich des virtuellen Raumes zu schulen. Hier gilt es
338 eine bedarfsgerechte und präventive Lösung zu finden.

- 339 • Die frühzeitige Schulung von Kindern und Jugendlichen in Bezug auf einen kompetenten
340 Umgang mit dem Kommunikationsmedium Internet, beispielsweise bei ihren eigenen Daten im
341 Internet, und im Hinterfragen von Quellen und Internetseiten, ist durch einen Kompetenzplan zu
342 entwickeln.
- 343 • Da eine wirkliche Teilhabe aller Bürger_innen berücksichtigen werden muss, sollten auch für
344 Erwachsene und Senior_innen spezielle, vor allem Internetkurse, angeboten werden, sodass eine
345 Jede und ein Jeder sich kompetent durch den virtuellen Raum bewegen kann.
- 346 • Damit Lehrkräfte und Erzieher_innen selbst eine Medienkompetenz aufweisen, muss
347 Medienpädagogik Bestandteil der Lehrerausbildung und -fortbildung sein. Auch in der
348 Erzieher_innenausbildung und anderen pädagogischen Studiengängen muss die
349 Medienpädagogik Einzug finden. Dabei muss auch der Bereich der barrierefreien Nutzung des
350 virtuellen Raumes berücksichtigt werden.
- 351 • Die Erstellung eines Gesamtkonzeptes für Bildungseinrichtungen, welche die Nutzung von
352 Online-Lernformen und den Umgang mit dem virtuellen Raum regelt und dessen Förderung
353 beschreibt und hierbei nicht nur die Schüler_innen beachtet, muss Ziel des Berliner Senates sein.
354 Bei der Bildung dieses sind Teile der Gesellschaft, wie Initiativen und Interessenvertreter_innen
355 mit einzubeziehen.

356

357 **2. Kinder- und Jugendschutz**

358 Zum Wohle von Kindern und Jugendliche gibt es einen umfassenden Kinder- und Jugendschutz. Dieser
359 gilt selbstverständlich auch im Internet. Es ist wichtig, dass Kinder nicht unnötigen Gefahren im Internet
360 ausgesetzt werden. Hier sind ganz klar die Familien in der Pflicht. Eltern sollten hinschauen, wenn ihre
361 Kinder sich im Netz bewegen. Eltern sollten auch mit ihren Kinder über die Inhalte im Netz reden. Damit
362 Eltern jedoch selber kompetent sind Gefahren und Probleme im Internet zu erkennen, müssen auch diese
363 im Umgang mit dem Internet geschult werden. Hier könnten Bildungsinstitutionen, aber auch Träger im
364 Kiez, ein angepasstes Angebot für Eltern schaffen. Auch das Familienministerium sollte Angebote
365 entwickeln, sodass Familien und Eltern medienpädagogische Hilfestellung in Bezug auf den Schutz der
366 Kinder und Jugendliche im Internet erhalten. Auch der Bund sollte weiterhin mit Kampagnen und in
367 Zusammenarbeit mit Internetbetreibern und Internetanbietern daran arbeiten, dass der Schutz der
368 Kinder und Jugendliche hohe Priorität hat.

369

370 **3. Zugang zum Internet für alle ermöglichen**

371 Grundlage für das Nutzen des virtuellen Raumes ist der Zugang zu diesem. Der Ausbau eines
372 flächendeckenden, zeitgemäßen Netzes ist mit aller Entschlossenheit voranzutreiben.
373 Das begonnene Aufbauen eines offenen und freien WLANs in Berlin ist voranzutreiben. Neben
374 öffentlichen Plätzen sollen auch Orte, wie Rathäuser und Bürgerämter, in diese offenen Netze mit
375 eingeschlossen werden.

376 Wir setzen uns dafür ein, Arbeitsagenturen und Initiativen zur Arbeitsplatzvermittlung mit den
377 technischen Möglichkeiten auszustatten, so dass von Arbeits- und Ausbildungssuchenden
378 Onlinerecherchen und Onlinebewerbung durchführen können.
379 Behörden bieten immer mehr Dokumente online an. Damit auch, beispielsweise
380 Arbeitslosengeldempfänger, an diesen Angeboten partizipieren können, benötigen sie einen Zugang
381 zum Internet. Wenn sie die Kosten dafür nicht selber tragen können, müssen hierzu Lösungen gefunden
382 werden. Eine Kürzung der Transfermittel darf hierbei nicht entstehen. Es muss ein Grundrecht auf einen
383 Internetzugang geschaffen werden. Die Schaffung einer staatlich garantierten digitalen Daseinsfürsorge,
384 die eine Internet-Grundvorsorge und vor allem einen Zugang zum Internet für alle garantiert und
385 ermöglicht, ist unbedingt notwendig. Gleiches sollte auch für Bafög-Empfänger gelten.

386

387 Der Zugang zum Internet muss als Grundrecht ausgestaltet werden.

388 Das bedeutet, dass ein Internetzugang auch in die Bedarfsberechnung für die EmpfängerInnen von
389 Transferleistungen einberechnet werden muss.

390 Die Bereitstellung von Internet ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Der Staat muss deshalb überall
391 für die notwendige Infrastruktur sorgen, sodass eine zeigemäße Netzinfrastruktur nicht nur in den
392 Ballungsräumen besteht.

393

394 **4. Barrierefreiheit**

395 Barrierefreiheit ist ein wichtiger Baustein der Sozialpolitik, da sie insbesondere den „Schwachen“ der
396 Gesellschaft die Teilnahme am öffentlichen Leben ermöglicht.

397 Auch im Internet ist Barrierefreiheit wichtig, denn nur so kann jeder das Internet ohne Einschränkungen
398 nutzen.

399 Alle Internetseiten der öffentlichen Hand müssen daher mindestens auch in einer barrierefreien Version
400 angeboten werden. Hierzu ist in Zusammenarbeit mit den Behindertenverbänden ein Forderungskatalog
401 auszuarbeiten.

402 Anhand dieses Kataloges fordern wir auch alle privaten Anbieter auf, ihre Seiten entsprechend
403 barrierefrei anzubieten. Als Orientierungshilfe dient ein Zertifizierungssystem.

404 Ein Zugang zum virtuellen Raum für alle bedeutet auch, dass dieser Barrierefrei für alle ist. Auch hier
405 sollten Staat und Verwaltung Vorbilder sein und sämtliche Internetseiten barrierefrei anbieten. Gleiches
406 gilt für die Kommunen. Auch sollten Kommunen und Staat in Kommunikation mit Trägern und
407 Verbänden gehen um ein flächendeckendes Angebot an barrierefreien Internetseiten anzubieten. Es
408 sollte in Zusammenarbeit mit Fachkräften und Initiativen ein Maßnahmenkatalog erarbeitet werden,
409 welche Bedingungen erfüllt sein sollten, sodass eine Internetseite als barrierefrei gilt. Solche
410 Internetseiten sollten durch eine "Auszeichnung", welcher von einem Ministerium vergeben werden
411 kann, gekennzeichnet sein.

1 **AntragsstellerIn:** Jusos Nordost

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

4 Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:

5 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

6

7 **K1_1/13 Augen auf, sonst kommt der nächste** 8 **Pakt (für Wettbewerbsfähigkeit)!**

9

10 Positionspapier zur Eurofrage

11

12 Die Zeichen verdichten sich, dass die nächste Welle einer neoliberalen Durchdringung der Eurozone im
13 Anmarsch ist.

14 Auf dem Davoser Weltwirtschaftsforum skizzierte die deutsche Bundeskanzlerin kürzlich ihre weiteren
15 Pläne für den Euroumbau und drängte auf die baldige Umsetzung des „Pakts für Wettbewerbsfähigkeit“.

16 Bereits auf dem EU-Gipfeltreffen im Dezember 2012 einigten sich Europas Staats- und
17 RegierungschefInnen darauf, entsprechende Maßnahmen auf dem Juni-Gipfel 2013 in Augenschein zu
18 nehmen. Und schließlich legte Ratspräsident van Rompuy schon Mitte 2012 ein Papier vor, das
19 Mitgliedstaaten zu bilateralen Verträgen mit der Europäischen Kommission über Strukturreformen
20 verpflichten soll.

21 Dieser Dreischritt gibt Anlass zur Sorge.

22

23 **Innenarchitektur des Fiskalpaktes**

24 Ein Pakt verheißt selten Gutes; meistens steckt der Teufel drin. Was progressive BeobachterInnen des €-
25 Krisenmanagements befürchteten, steht nun bevor: Der Fiskalpakt bekommt seine innere Ausgestaltung.
26 Wer sparen will, muss entsprechende policy-Maßnahmen ergreifen. Die neoliberale Verschärfung der
27 makroökonomischen Governance-Architektur der Eurozone wird wohl bald auf eine neue Stufe gehoben.
28 In ihrer Zauberbergrede konzentrierte sich die Kanzlerin auf folgende Bereiche: Forschung, Infrastruktur,
29 Verwaltung und Lohnkosten. Insbesondere Letzteres birgt Sprengstoff. Gefordert wird ein Benchmarking,
30 das sich „Die besten als Vorbild“ nimmt. Im hegemonialen Verständnis heißt das: Übertragung des
31 deutschen neomerkantilistischen Exportmodells auf die gesamte Eurozone; Lohnstückkosten senken,
32 Lohndumping für alle. Weder Harmonisierung noch symmetrische Anpassung der
33 Lohnstückkostenentwicklung werden in Erwägung gezogen, geschweige denn das Eingeständnis der
34 Mitverantwortung Deutschlands an der ökonomischen Misere.

35 Anders als in einem früheren Stadium des Krisenmanagements werden nun die Ungleichgewichte auf
36 globaler Ebene statt nur innerhalb der Eurozone in den Blick genommen; es geht um die Rolle der EU in
37 der Welt. Der Pakt zielt letztlich auf eine Europäisierung der Troika-Memorandenpolitik, die den
38 Mitgliedstaaten Strukturanpassungsprogramme auf's Auge drücken wird. Und die dürften kaum allzu
39 progressiv ausfallen.

40

41 **Was kommt?**

42 Die neoliberale Verschärfung wird soziale Verwerfungen weiter forcieren, die Ungleichheit wachsen
43 lassen, die Wurzeln der Krise jedoch verfehlen. Ganz nach deutschem Vorbild wird der Pakt die
44 Nachfrageseite vernachlässigen und den Binnenmarkt schwächen.

45 Wohin also mit all den Waren? Gewaltige Exportüberschüsse müsste die Eurozone dann produzieren. Es
46 droht ein gesamteuropäischer Neomerkantilismus mit der Gefahr einer weltweiten Destabilisierung der
47 Nachfrageseite. Bald schon könnte das einseitige Exportmodell selbst zum wirkmächtigsten deutschen
48 Exportprodukt werden.

49 Überdies wird das bestehende Demokratiedefizit weiter verschärft, da es abermals die deutsche Knute ist,
50 die da zu Werke geht. Andere Staaten sind gezwungen zu folgen, supranationale europäische
51 Institutionen werden marginalisiert. Eine neue Phase der Germanisierung Europas steht uns bevor.

52

53 **Was besser käme**

54 Es ist der zweite Großpakt innerhalb weniger Monate, der neoliberale Signatur trägt und durch die
55 Eurozone gepeitscht werden soll. Notwendig ist jetzt ein intensives Monitoring der politischen Linken,
56 das den den Pakt Schmiedenden genauestens auf die Finger schaut, um frühzeitig intervenieren und so
57 das Schlimmste abwenden zu können.

58

59 Alternativ zum herrschenden Krisenmanagement schlagen wir – unter Verweis auf und in Ergänzung
60 zum Antrag K1_1/12 zur Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin vom 24./25. März 2012 – folgende
61 konkrete Schritte vor:

62

- 63 • Einrichtung eines Schuldentilgungsfonds; Finanzierung über Eurobonds
- 64 • Erhebung einer einmaligen, europaweit koordinierten Vermögensabgabe
- 65 • permanente Umverteilungsmechanismen von oben nach unten (z.B. Steuererhöhungen für
66 Wohlhabende)
- 67 • Gewährung nicht-konditionalisierter Transferzahlungen an in Zahlungsschwierigkeiten geratene
68 Staaten; niedrige Zinssätze, lange Laufzeiten
- 69 • Bereitstellung von Investitionsmitteln für Staaten, die in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten
70 sind (Marshall-Plan)
- 71 • Ausweitung des EU-Haushaltes; Verwendung für Soziales, Forschung, Entwicklung und regionale
72 Entwicklung ausbauen
- 73 • Revision des Stabilitäts- und Wachstumspakts: Inblicknahme privater Verschuldung anstatt
74 ausschließlicher Fixierung auf öffentliche Verschuldung; symmetrische Anpassung der

75 Handelsbilanzungleichgewichte; die Hauptlast muss jedoch auf Seiten der Überschussländer
76 liegen (expansive Fiskalpolitik, steigende Löhne in Deutschland, produktivitätsorientierte
77 Lohnpolitik)

78

79 • Darüber hinaus sind weitere Strukturmaßnahmen notwendig, um den Euroraum langfristig zu
80 stabilisieren; etwa der Ausbau einer politischen Union, der Aufbau einer europäischen
81 Sozialunion, eine Reform der Europäischen Zentralbank (Abkehr von der Fixierung auf
82 Inflationsvermeidung; bei Ausrichtung ihrer Zinspolitik muss die EZB auch andere Zielgrößen –
83 etwa Beschäftigung – einbeziehen) und der Aufbau einer unabhängigen und supranationalen
84 öffentlich-rechtlichen Rating-Agentur zur Prüfung staatlicher Bonität

85 • Dekonstruktion des Mythos vom Musterknaben Deutschland; der neomerkantilistische
86 Sonderweg ist eine Sackgasse, die nicht zur Nachahmung empfohlen werden sollte.

87

88 Die Krise ist alt geworden; die hegemonialen Ideen und Maßnahmen zu ihrer Überwindung greifen ins
89 Leere. Es ist Zeit für eine Gegenhegemonie, um die (post-)neoliberale Restrukturierung der
90 Produktionsverhältnisse umzulenken.

1 **AntragsstellerIn:** Jusos Reinickendorf

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

4 Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:

5 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

6 Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

7

8 **N1_1/13 Verschwendung verhindern,**

9 **Nachhaltigkeit fördern - Antrag zur**

10 **Unterstützung der Plastiktütensteuer**

11

12 Die nächste Bundesregierung unter Peer Steinbrück wird aufgefordert, den Vorstoß von Bündnis 90/Die

13 Grünen zu unterstützen, eine Steuer auf Plastiktüten einzuführen. (Anmerkung: Unter Plastiktüten sind

14 sowohl Einwegtüten als auch größere Tragetaschen zu verstehen).

15

16 **Begründung:**

17 Jährlich werden durch Millionen von Plastiktüten die Meere und die Umwelt im Allgemeinen

18 verschmutzt. Die Herstellung des dafür benötigten Kunststoffes aus fossilen Energieträgern tut ihr

19 Übriges. Im Geiste der Steuerungspflicht des Staates bei massiven Missständen soll diese Steuer, wie

20 gefordert, zum einen dazu dienen, aus ihrem Erlös regenerative Kunststoffe zu erstellen. Zum anderen

21 soll sie den Verbraucher_innen eine höhere Eigenverantwortung abverlangen. Konkret bedeutet dies, die

22 Bürger_innen sollen weniger darauf setzen, Kunststofftüten an der Supermarktkasse zu erhalten, sondern

23 dazu verleitet werden, etwa eine Stofftüte bei einem voraussehbaren Einkauf mit sich zu tragen.

Antragsbereich O: Organisation und Parteireform

Antrag O1_1/13

1 **AntragsstellerIn:** Juso-Landesvorstand

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

4 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

5

6 **O1_1/13 Anonymisierte**

7 **Bewerbungsverfahren: Eigene Forderungen**

8 **konsequent umsetzen!**

9

10 Seit mehreren Jahren fordern wir anonymisierte Bewerbungsverfahren sowohl für den Öffentlichen
11 Dienst, als auch für die Privatwirtschaft.

12 Das Pilotprojekt „Anonymisierte Bewerbungsverfahren“ der Antidiskriminierungsstelle des Bundes ist
13 mittlerweile abgeschlossen und hat klar aufgezeigt, dass Diskriminierungsfaktoren, die bei üblichen
14 Bewerbungsverfahren greifen und zu Selektion führen, durch die Anonymisierung zwar nicht vollständig
15 aufgehoben, aber in großem Maße abgefedert werden können.

16

17 Was wir politisch seit Jahren fordern wird bislang noch nicht mal in der eigenen Partei umgesetzt. Wir
18 fordern die SPD auf allen Ebenen dazu auf, selbst den Anfang zu bereiten:

19

20 Ab sofort sollen alle Stellen der SPD mit einem anonymisierten Bewerbungsverfahren ausgeschrieben
21 werden!

1 **AntragsstellerIn:** Jusos Neukölln

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

4

5 **O2_1/13 Barrieren abschaffen! Menschen mit**
6 **Behinderung muss die aktive Parteiarbeit**
7 **ermöglicht werden!**

8

9 Deutschlandweit geht von der SPD und den Jusos eine progressive Politik für Menschen mit Behinderung
10 aus, die sich durch Personenorientierung, den Abbau von Barrieren und zielgerichtete Hilfe auszeichnet.
11 Dies zeigt sich unter anderem in einem umfassenden Antrag zur Inklusion, den der Bundeskongress der
12 Jusos im November 2012 beschlossen hat, und auch darin, dass wichtige politische Maßnahmen
13 zugunsten einer inklusiven Gesellschaft fest im Entwurf des Regierungsprogramms der SPD für 2013
14 verankert worden sind.

15

16 Trotz dieses Einsatzes für einen politischen Wandel und für eine inklusive Gesellschaft, in der alle
17 Menschen in ihrer Unterschiedlichkeit und Vielfalt gleichberechtigt zusammenleben dürfen und an der
18 alle teilhaben können, sind sowohl die SPD als auch die Jusos einen wichtigen Weg noch nicht gegangen:
19 die eigene Partei inklusiv zu gestalten!

20

21 Die Prämisse guter Politik für – und vor allem nicht (unbeabsichtigt) gegen – Menschen mit Behinderung
22 muss lauten: „Nichts über uns ohne uns!“. Nur Betroffene selbst können bemessen, welche Auswirkungen
23 politische Maßnahmen in ihrer Lebenswirklichkeit haben werden. Es ist darum unabdingbar, Menschen
24 mit Behinderung aktiv in den politischen Prozess mit einzubeziehen, wenn es um ihre eigenen Belange
25 geht.

26

27 Sofern Menschen mit Behinderung bislang überhaupt in der deutschen, europäischen und
28 internationalen Politik angehört wurden, fand dies zumeist in Form von Konsultationen von
29 Behindertenverbänden statt. Solche Interessenvertretungen nehmen ohne Zweifel eine Rolle von
30 unschätzbarem Wert ein. Allerdings dürfen sie nicht als Ersatz für die Parteimitgliedschaft einzelner
31 Menschen mit Behinderung betrachtet werden – insbesondere vor dem Hintergrund, dass die
32 Erfahrungen von Menschen, die tagtäglich auf Benachteiligungen stoßen, in einer bislang noch nicht
33 inklusiven Gesellschaft auch die Perspektive auf andere Fragen sozialer Ungleichheit gewinnbringend
34 erweitern kann.

35

36 Innerhalb der SPD sind Menschen mit Behinderung bislang vor allem in der AG Selbst Aktiv organisiert.
37 Einerseits muss die AG von Parteiseite weiter in ihrem Aufbau und in ihrer bundesweiten Vernetzung
38 unterstützt werden, andererseits muss allen Partei- und Juso-Mitgliedern auch über diese auf die
39 Probleme der Behindertenpolitik ausgerichtete AG hinaus eine aktive Parteimitgliedschaft ohne Barrieren
40 in vollem Umfang ermöglicht werden!

41

42 Das bedeutet, dass sämtliche Organisations- und Veranstaltungs- und Kommunikationsstrukturen
43 innerhalb der Jusos und der SPD im Sinne eines Disability Mainstreamings in Bezug auf ihre
44 Barrierefreiheit hinterfragt werden müssen. Zu berücksichtigen ist dabei, dass Barrieren nicht per se
45 existieren, sondern erst *durch* etwas *bei* etwas zustande kommen. Eine Barriere entsteht dadurch, dass ein
46 Mensch, der nicht hören kann und nur die Gebärdensprache versteht, bei einer Lesung keine
47 Übersetzung bekommt. Eine Barriere entsteht, wenn ein Mensch, der im Rollstuhl fährt und das
48 Stockwerk wechseln möchte, keinen Fahrstuhl vorfindet. Eine Barriere entsteht, wenn ein Mensch, der
49 Braille-Schrift liest und etwas über die SPD erfahren möchte, keine entsprechenden Broschüren erhält.
50 Eine Barriere entsteht, wenn ein Mensch, der sich mit einfachen Worten und Sätzen verständigt und sich
51 auf der Internetseite der Jusos informiert, nur komplizierte Worte und Sätze zu lesen bekommt. Die Reihe
52 an Beispielen ließe sich beliebig fortsetzen.

53

54 Die Jusos und die SPD müssen ein Bewusstsein für solche möglichen Barrieren entwickeln und sie
55 anschließend systematisch und umfassend abbauen. Dies bedeutet sowohl dauerhafte Veränderungen
56 wie den Umbau oder Wechsel von Parteiräumlichkeiten oder die Umgestaltung von
57 Informationsmaterialien, als auch situationsbezogene Angebote, wie beispielsweise die barrierefreie
58 Ausrichtung von Veranstaltungen auf Anmeldung.

59

60 „Die SPD ist und bleibt die große politische Kraft für Demokratie und Emanzipation in Deutschland.“,
61 heißt es in dem Entwurf des Regierungsprogramms 2013. Diesem Anspruch kann die SPD nur gerecht
62 werden, wenn ihre Politik von Mitgliedern gestaltet wird, die die bunte Vielfalt an Lebensweisen in
63 unserer Gesellschaft widerspiegeln. Menschen mit Behinderung tragen mit einem Bevölkerungsanteil
64 von ca. 10 % enorm zu dieser Vielfalt bei. Eine aktive Partearbeit ohne Barrieren muss bei den Jusos und
65 in der SPD selbstverständlich werden!

Antragsbereich R: Resolutionen

Antrag R1_1/13

1 **AntragsstellerIn:** Juso-Landesvorstand

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

4

5 **R1_1/13 Resolution: Gute Ausbildung jetzt!**

6

7 In der öffentlichen Diskussion über Ausbildung herrscht seit einigen Jahren eine Schieflage: Allenthalben
8 wird Fachkräftemangel beklagt, die mangelnde Ausbildungsreife der BewerberInnen versetzt die
9 Unternehmen nicht in die Lage, ihr Überangebot an Ausbildungsplätzen zu besetzen und der
10 Ausbildungsmarkt sei insgesamt entspannt.

11

12 Der Ausbildungsreport 2012 der DGB-Jugend macht erneut klar: Die Realität sieht anders aus. Bei 0,67
13 Ausbildungsstellen pro BewerberIn und 2420 unversorgten Jugendlichen kann niemand von einer
14 entspannten Situation sprechen. Dazu kommen Tausende so genannte AltbewerberInnen – Jugendliche,
15 denen seit mehreren Jahren der Einstieg in das Arbeitsleben verwehrt bleibt.

16

17 Zudem mangelt es an der Qualität der Ausbildung. (Unbezahlte) Überstunden sind allzu oft die Regel,
18 fehlende Ausbildungspläne machen es den jungen Beschäftigten kaum möglich, die Lerninhalte zu
19 überprüfen und die Ausbildungsvergütung macht ein selbstständiges Leben immer seltener möglich.

19

20 Hier muss Politik gegensteuern. Wir brauchen gute Ausbildungsplätze für alle Jugendlichen, um einen
21 gelungenen Start ins Berufsleben zu gewährleisten. Wir fordern daher:

22

- Eine Ausbildungsplatzumlage, die Betriebe, die nicht ausbilden an den Kosten der
23 Berufsausbildung zu beteiligen.

24

- Eine qualifizierende staatliche Säule in der Berufsbildung.

25

- Eine Ende der Warteschleifen, die lediglich dazu geeignet sind, die Statistik zu frisieren, den
26 Jugendlichen aber weder Qualifizierung noch Perspektive bieten.

27

- Eine verpflichtende Übernahme für ein Jahr, um jungen Menschen den Einstieg in den
28 Arbeitsmarkt zu erleichtern.

29

- Eine Mindestausbildungsvergütung, die Ausbeutung durch Ausbildung verhindert.

Antragsbereich V: Verkehr und Infrastruktur

Antrag V1_1/13

1 **AntragsstellerIn:** Jusos Südwest

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

4 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

5

6 **V1_1/13 Für mehr Lebensqualität im Berliner** 7 **ÖPNV - Kein Verbot von Speisen, Getränken** 8 **und Alkohol!**

9

10 Wir sprechen uns gegen jedes Verbot von Speisen und Getränken, inklusive alkoholischer Getränke im
11 Berliner ÖPNV aus. Ebenso wird der generelle Ausschluss von Personen abgelehnt, die unter Einfluss
12 alkoholischer Getränke stehen.

13

14 Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass der Paragraph 3 Abs. (1) Ziffer 1 sowie Paragraph 4 Abs. (2) Ziffer
15 11 in den Beförderungsbedingungen des Tarifes des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg
16 entsprechend angepasst wird. Sofern dies nicht bereits vorhanden ist, sollen die Züge der BVG sowie der
17 Berliner S-Bahn dafür in Zukunft mit abwischbarer Einrichtung ausgestattet werden. Eine an einigen
18 Stellen geforderte bundesweite einheitliche Regelung zum Konsum von Speisen, Getränken und Alkohol
19 wird ebenso abgelehnt.

20

21 Nicht akzeptabel ist jedoch das Verhalten von Fahrgästen, die andere Fahrgäste in erheblichem Maße
22 belästigen bzw. die Züge verschmutzt hinterlassen. Dieses Verhalten sollte in den
23 Beförderungsbedingungen auch weiterhin verboten sein. Um das Sicherheitsempfinden zu erhöhen, soll
24 verstärkt Personal der Eisenbahnverkehrsunternehmen in den Zügen präsent sein.

25

26 Ein generelles Verbot von Essen und Trinken greift zu weit! Regeln des sozialen Miteinanders sollten nicht
27 im Sinne einer Verbotskultur aufgestellt werden. Außerdem ist die Durchsetzung mit einem großen
28 Aufwand an Sicherheitsdienst bzw. Polizei verbunden. Die Deutsche Bahn AG, die S-Bahn Berlin GmbH
29 und die BVG möchte ein solches Verbot auch gar nicht einführen. Derzeit ist es laut den
30 Beförderungsbedingungen des Tarifes des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg verboten, unter
31 Einfluss von Alkohol den ÖPNV zu benutzen sowie während der Fahrt offene Speisen und offene
32 Getränke zu konsumieren bzw. bei sich zu tragen.

33

34 Ein Verbot von Alkohol erhöht lediglich das Sicherheitsempfinden, nicht jedoch die Sicherheit selbst. Die
35 Tatsache, dass Alkohol im ÖPNV verboten wird, hindert die Menschen nicht daran, vor der Fahrt bereits
36 Alkohol zu trinken. Entscheidend ist das Verhalten, welches von einer Minderheit der Alkohol trinkenden
37 Fahrgäste an den Tag gelegt wird. Die Mehrheit weiß mit Alkohol umzugehen und wird durch ein Verbot
38 völlig unnötig in ihrer Lebensqualität eingeschränkt.

39

40 Kleine Speisen und Getränke (wie z.B. Brötchen, Bananen, Kekse, Mineralwasser oder ein Feierabend-Bier)
41 zu konsumieren, sollte weiterhin möglich sein und belästigt andere Fahrgäste nur in sehr geringem Maße.
42 Es stellt eine Form der Lebensqualität dar. Die U-Bahnzüge der BVG sind dafür extra mit abwischbarer
43 Einrichtung ausgestattet, so dass versehentlich heruntergefallenes Essen / Trinken leicht entfernt werden
44 kann. Die Aufmerksamkeit für die Belästigung durch stark riechende Speisen kann durch
45 Marketingkampagnen geschärft werden.

46

47 Hingegen sind die neueren S- und U-Bahnzüge in München und Hamburg mit nicht abwischbaren
48 Stoffsitzen ausgestattet, so dass die Reinigung der dortigen Züge durch heruntergefallenes Essen und
49 Trinken aufwändiger ist. Dies ist nur einer von mehreren regionalen Unterschieden. Darüber hinaus
50 können die gesellschaftlichen Ansichten und Probleme in den Bundesländern bzw. Städten anders
51 aussehen. Alle diese Unterschiede machen deutlich, dass eine bundeseinheitliche Regelung nicht sinnvoll
52 ist.

53

54 Den entstehenden Kosten durch die eventuelle Verunreinigung der Züge durch heruntergefallenes Essen
55 und Trinken stehen die Einnahmen durch Vermietung an die Lebensmittelverkäuferinnen und -verkäufer
56 auf den Bahnhöfen sowie die nicht notwendigen Ausgaben für die Durchsetzung eines Verbotes durch
57 Sicherheitsdienst bzw. Polizei gegenüber. Ein Verbot hätte also auch einen Einnahmenverlust seitens der
58 BVG zur Folge. Die Lebensmittelverkäuferinnen und -verkäufer tragen außerdem durch ihre Präsenz zu
59 einem Sicherheitsempfinden bei.

60

61 Außerdem ist es nicht praktikabel, angetrunkenen Personen generell die Mitfahrt im ÖPNV zu verweigern.
62 Dies könnte dazu führen, dass angetrunkene Menschen sich dann wieder an das Lenkrad ihres PKWs
63 setzen. Automobilclubs wie z.B. der ADAC rufen regelmäßig dazu auf, bei Festen den ÖPNV zu benutzen.

Literatur (nicht Teil des Antrages):

1 = <http://www.bvg.de/index.php/de/binaries/asset/download/21526/file/1-1>

2 = [http://www.tagesspiegel.de/weltspiegel/deutsche-bahn-die-bahn-will-alkohol-nicht-verbieten/
6586868.html](http://www.tagesspiegel.de/weltspiegel/deutsche-bahn-die-bahn-will-alkohol-nicht-verbieten/6586868.html)

3 = [http://www.morgenpost.de/berlin/article111756002/
BVG-lehnt-Alkoholverbot-in-Bussen-und-Bahnen-ab.html](http://www.morgenpost.de/berlin/article111756002/BVG-lehnt-Alkoholverbot-in-Bussen-und-Bahnen-ab.html)

4 = http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:U-Bahn_Berlin_Type_F87_Interior.JPG
<http://www.bahnbilder.de/bilder/u-bahn-berlin-306375.jpg>

5 = <http://www.muenchnerubahn.de/fahrzeuge/c/>

6 = http://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Hamburg_U-Bahn_innen.2.jpg

7 = <http://www.retter.tv/de/beitrag.html?ereig=>

[-ADAC-Bei-Alkohol-das-Auto-stehen-lassen-&ereignis=2628](#)

8 = <http://www.autobild.de/artikel/alkohol-am-steuer-44091.html>

Antragsbereich V: Verkehr und Infrastruktur

Antrag V2_1/13

1 **AntragsstellerIn:** AK Stadt Umwelt Verkehr

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

4 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

5

6 V2_1/13 Berlin vor dem Verkehrskollaps 7 retten - ÖPNV nach rationalen und 8 ökologischen Gesichtspunkten ausbauen

9

10 Zahlreiche Prognosen sehen für Berlin ein deutliches Bevölkerungswachstum voraus. Laut Tagesspiegel
11 vom 23.02.2013 geht die Senatsverwaltung von 254.000 zusätzlichen EinwohnerInnen in Berlin bis zum
12 Jahr 2030 aus, was einer Steigerung von mehr als 8% entspricht. Zusätzlich werden sich auch zahlreiche
13 Menschen im Brandenburger Umland ansiedeln.

14

15 Wenn die Stadt wächst, so wächst auch der Bedarf nach Mobilität in der Stadt um ein Vielfaches.
16 Insbesondere im Umland hinzugezogene Menschen möchten in die Stadt hinein und aus ihr heraus
17 pendeln. Der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) verursacht deutlich weniger Gesamtkosten, nimmt
18 dabei deutlich weniger kostbaren Raum als der motorisierte Individualverkehr ein und ist auch in der
19 Öko-Bilanz deutlich besser aufgestellt.

20

21 Darüber hinaus leistet der ÖPNV einen wichtigen Beitrag zur sozialen Integration derjenigen Menschen,
22 die sich ein Auto nicht leisten können oder wollen. Um den Verkehrskollaps der wachsenden Bevölkerung
23 in der Berliner Innenstadt zu vermeiden und die Klimaziele zu erfüllen soll in Berlin verstärkt auf die
24 Attraktivität des ÖPNVs und Radverkehrs gesetzt werden.

25

26 In Zeiten knapper Kassen ist die bisher praktizierte Mittelvergabe problematisch. In der Vergangenheit
27 waren und sind die für Verkehr vorgesehenen Mittel in starkem Maße vom Bau der 4 km langen
28 Verlängerung der U-Bahnlinie U5 vom Hauptbahnhof bis zum Alexanderplatz beansprucht, deren
29 Gesamtkosten sich auf 751 Mio. Euro belaufen (Stand 2011, teilweise aus Bundesmitteln finanziert),
30 Tendenz steigend.

31

32 Aus diesem Grunde bietet sich für Infrastrukturprojekte im ÖPNV oftmals die Tram als deutlich günstigere
33 und dennoch leistungsfähige Alternative gegenüber einer kostenintensiven Tunnel-U-Bahn an. Für 751

34 Mio. Euro sind ca. 75 km Tram-Strecke zu bekommen, was etwa dreimal der Strecke vom Brandenburger
35 Tor bis zum Flughafen BER entspräche.

36

37 Die Attraktivität wird auch durch die Tatsache gefördert, dass die Tram oberirdisch verkehrt und somit
38 eine Wahrnehmung des Stadtbildes erlaubt. Nach Möglichkeit verkehrt die Tram bei Neubauprojekten
39 auf einem eigenen, teilweise begrünten Bahnkörper mit einer hohen Durchschnittsgeschwindigkeit und
40 wird so vom Individualverkehr nur geringfügig behindert. An unfallträchtigen Stellen soll die Sicherheit
41 durch technische Maßnahmen, wie zum Beispiel der Installation eines Zaunes zum Schutz von
42 FußgängerInnen, erhöht werden. Auf eigenem Bahnkörper ist die Tram schneller und leiser als der Bus
43 sowie zumindest lokal emissionsfrei. Sie bietet den FahrgästinInnen mehr Platz, kann mit Strom aus
44 erneuerbaren Energien betrieben werden und somit das Ziel eines ökologischen Stadtverkehrs besser
45 erreichen.

46

47 Märkisches Viertel endlich besser anbinden!

48 Über 35.000 Menschen leben im Märkischen Viertel im Osten des Bezirks Reinickendorf und dennoch wird
49 das Märkische Viertel (MV) allein über den Verkehr mit Linienbussen versorgt. Die nächstgelegene S- und
50 U-Bahn Haltestelle, der Bahnhof Wittenau, welcher eine Anbindung in die City und nach Süden sowie
51 nach Brandenburg ermöglicht, liegt außerhalb des MV. Die nach Pankow mögliche Tram-Anbindung der
52 Linie M1 endet ebenfalls kurz vor der Grenze zum MV.

53 Wir fordern eine bessere Anbindung des MV mit öffentlichen Verkehrsmitteln! So ist eine mögliche
54 Verlängerung der Tram von Pankow über den Wilhelmsruher Damm hinweg bis U-Bhf Wittenau im
55 Rahmen einer Machbarkeitsstudie zu prüfen. Dieses Projekt würde eine bessere Anbindung des MV an
56 den angrenzenden Bezirk Pankow ermöglichen und wäre auch aus Sicht des Umweltschutzes sinnvoll.

57

58 Außerdem ist die Verlängerung des U-Bahntunnels vom U-Bahnhof Wittenau bis zum Märkischen Viertel
59 in der Machbarkeitsstudie in Erwägung zu ziehen sowie gegenüberzustellen. In der Studie sollen auch die
60 Auswirkungen auf die Personalstruktur der BVG geprüft werden. Dieses Projekt würde den Neubau eines
61 U-Bahn Tunnelstücks von knapp 2 km Länge umfassen, sodass die Finanzierung überschaubar wäre. Die
62 Verlängerung des Tunnels wäre auch aus Sicht der Anwohner sinnvoll, da diese sich in ihrem
63 Nutzungsverhalten des ÖPNV meist in Richtung des westlichen Stadtzentrums orientieren.

64

65 Wir erachten es außerdem als sinnvoll und geboten, die Stammstrecke der sogenannten Heidekrautbahn
66 wieder in Betrieb zu nehmen. Die Wiederinbetriebnahme beliefe sich zunächst auf den Ausbau der
67 Strecke Märkisches Viertel – Wilhelmsruh. Angesichts der vorliegenden positiven
68 Wirtschaftlichkeitsprüfung und der Bereitschaft des Berliner Senates, den Ausbau vorzunehmen, wäre die
69 schnellstmögliche Umsetzung angemessen. Mit der Wiederinbetriebnahme erhielte das MV auch eine
70 schnelle Anbindung an die Innenstadt. Hier muss auch die Bereitschaft des Landes Brandenburg
71 wachsen, an der Inbetriebnahme der Heidekrautbahn zu partizipieren.

72

73 Die langsamen Busse endlich entlasten (Alexanderplatz – Rathaus Steglitz)

74 Wir fordern, dass der geplante Bauabschnitt der Tram vom Alexanderplatz zum Kulturforum, deren Bau
75 noch in dieser Legislaturperiode beginnen soll, schnellstmöglich und eine Verlängerung zum Rathaus
76 Steglitz bei der nächsten Fortschreibung des Stadtentwicklungsplan-Verkehr realisiert wird.

77

78 Die Buslinien M48 und M85 entlang der Bundesstraße B1 zwischen Mitte und Rathaus Steglitz bilden
79 zusammen eine der am stärksten überlasteten Busverkehrsachsen Berlins. Mit einem
80 FahrgästInnenaufkommen von mehr als 20.000 FahrgästInnen täglich auf dem dichtest befahrenen
81 Abschnitt führen diese mit Abstand unpünktlichsten Buslinien zu häufigen Konvoifahrten, in denen zwei
82 oder noch mehr Busse statt zu den fahrplangemäßen Zeiten direkt hinter einander fahren. Der Betrieb
83 einer Tram lohnt sich ab 5.000 FahrgästInnen pro Tag. Dies führt zu schlechterer Planbarkeit und längeren
84 Fahrzeiten. Insgesamt nutzen mehr als 63.000 FahrgästInnen täglich diese beiden Linien, was folglich
85 durch Buslinien nur mangelhaft bedient werden kann.

86

87 Ausgehend von der bereits beschlossenen Strecke vom Alexanderplatz zum Kulturforum würde die
88 Strecke über den Potsdamer Platz, Hauptstraße, Innsbrucker Platz führen und in die Schloßstraße
89 einmünden, wo sie parallel zur U9 bis zum Rathaus Steglitz weitergeführt werden soll. Sie würde damit
90 vor allem die stark überlasteten Metrobuslinien M48 und M85 ersetzen und die Fahrzeit zwischen
91 Stadtzentrum und Steglitz deutlich verkürzen.

92

93 Nach Berechnungen der Machbarkeitsstudie von 2009 würde sich die fahrplanmäßige Fahrzeit um ca.
94 25% verkürzen, die tatsächliche Zeitersparnis wäre aufgrund der regelmäßigen Verspätungen der
95 genannten Buslinien insbesondere in den Hauptverkehrszeiten deutlich größer. Eine Konkurrenz zur S1
96 ist nicht gegeben, da diese für längere Fahrten genutzt wird. Die Kosten für dieses Tram-Projekt werden
97 mit insgesamt 137 Mio. Euro veranschlagt.

98

99 Schneller ins Mittelzentrum Steglitz (Rathaus Steglitz – Lankwitz – Marienfelde)

100 Wir fordern, dass für den Neubau einer Tram-Strecke von Rathaus Steglitz über S-Bahnhof Lankwitz,
101 Lankwitz Kirche bis zu den Wohngebieten von Marienfelde eine Machbarkeitsstudie angefertigt wird.
102 Insbesondere sollen hier mögliche, detaillierte Streckenverläufe sowie die Auswirkungen auf die
103 Personalstruktur der BVG geprüft werden. Die Studie soll zum Ziel haben, dass im Anschluss die
104 Neubaustrecke in den Stadtentwicklungsplan aufgenommen wird.

105

106 Mit über 200.000 m² Verkaufsfläche ist die Schloßstraße das größte Hauptzentrum im Südwesten Berlins
107 und damit ein häufiges Ziel sowie Verkehrsknotenpunkt von Fahrgästen im ÖPNV. Einer der am stärksten
108 befahrenen Buskorridore Berlins mit knapp 25.000 FahrgästInnen täglich verbindet die Wohngebiete in
109 Lankwitz mit dem Hauptzentrum Steglitz. Der Betrieb einer Tram lohnt sich ab 5.000 FahrgästInnen pro
110 Tag. Die Wohngebiete in Marienfelde, Lankwitz und Steglitz Zentrum zeichnen sich darüber hinaus durch
111 eine erhöhte Bevölkerungsdichte gegenüber anderen Ortsteilen im Südwesten Berlins aus. Eine
112 Verlängerung der U9 von Rathaus Steglitz nach Lankwitz würde dem Erschließungsbedarf innerhalb des
113 Bezirks nicht gerecht werden. Insbesondere ist es möglich, die Tram mit den anderen Projekten zu

114 verbinden und somit die FahrgästInnen dichter und ohne Umsteigen an ihren gewünschten Zielort z. B.
115 zur Freien Universität Berlin oder in die Gropius-Stadt zu bringen.

116

117 Darüber hinaus können sie am Bahnhof Buckower Chaussee in den Regionalexpress zum Flughafen
118 umsteigen. Auswirkungen auf die Personalstruktur der BVG entstehen durch den größeren Bedarf an
119 Tram-FahrerInnen und geringeren Bedarf an BusfahrerInnen. Die Kosten des Projektes werden auf 70 Mio.
120 Euro geschätzt.

121

122 Eine Tram für den Hindenburgdamm (Rathaus Steglitz – Lichterfelde Ost / Süd)

123 Wir fordern, dass für den Neubau einer Tram-Strecke von Rathaus Steglitz über den Hindenburgdamm bis
124 zum Bahnhof Lichterfelde Süd und gegebenenfalls als Abzweig bis zum Bahnhof Lichterfelde Ost eine
125 Machbarkeitsstudie angefertigt wird. Insbesondere sollen hier wie zuvor mögliche detaillierte
126 Streckenverläufe sowie die Auswirkungen auf die Personalstruktur der BVG geprüft werden. Die Studie
127 soll zum Ziel haben, dass im Anschluss die Neubaustrecke in den Stadtentwicklungsplan aufgenommen
128 wird.

129

130 Der Hindenburgdamm und seine Umgebung stellt ebenfalls ein Gebiet mit hoher EinwohnerInnen-dichte
131 dar. Darüber hinaus liegt hier der Campus Benjamin Franklin der Charité. Aus diesem Grund fahren knapp
132 20.000 Fahrgäste täglich auf dem am stärksten frequentierten Abschnitt und liegt damit über der
133 Wirtschaftlichkeitsgrenze von 5.000 FahrgästInnen pro Tag.

134

135 Bis Anfang der 60er Jahre fuhr entlang dieser Strecke bereits eine Tram. Durch eine Tram-Verbindung
136 würde auch diese Strecke verkehrlich aufgewertet und durchgehende Verbindungen in die Schloßstraße
137 geschaffen. In Lichterfelde Ost bestünde darüber hinaus Anschluss an die S-Bahn und Regionalzüge nach
138 Teltow, Ludwigsfelde und Lutherstadt Wittenberg. Die Kosten werden auf 75 Mio. Euro geschätzt.

139

140 Ohne Platzangst zur FU Berlin (Rathaus Steglitz – Dahlem Dorf)

141 Wir fordern, dass für den Neubau einer Tram-Strecke von Rathaus Steglitz bis zum U-Bahnhof Dahlem
142 Dorf eine Machbarkeitsstudie angefertigt wird, in der auch die Auswirkungen auf die Personalstruktur der
143 BVG untersucht werden. Die Studie soll zum Ziel haben, dass im Anschluss die Neubaustrecke in den
144 Stadtentwicklungsplan aufgenommen wird.

145

146 Die Freie Universität ist mit 28.500 StudentInnen sowie ca. 4.000 MitarbeiterInnen (Stand 2012) ein
147 häufiges Ziel von Fahrten im ÖPNV. Speziell vor Beginn und nach Ende von Lehrveranstaltungen ist dieser
148 Abschnitt stark belastet. In der Summe sind dies trotzdem ca. 10.000 FahrgästInnen pro Tag und damit
149 deutlich über der Grenze von 5.000 FahrgästInnen pro Tag ab der sich der Betrieb einer Tram lohnt. Ende
150 der 50er Jahre fuhr entlang dieser Strecke bereits eine Tram. Der Bau einer Tram ist für diesen Abschnitt
151 außerdem sinnvoll, wenn er mit anderen Projekten verknüpft wird, so dass auch hier umsteigefreie
152 Verbindungen in die Wohngebiete nach Lankwitz und Marienfelde entstehen. Darüber hinaus ergibt sich
153 in Dahlem Dorf eine Schienen-Umsteige-Verbindung zur U-Bahnlinie U3 nach Krumme Lanke. Die Kosten
154 werden auf 25 Mio. Euro geschätzt.

155

156 Wiederaufbau eines Tram-Netzes für Spandau

157 In Spandau liegt mit der Haltestelle "S+U-Bahnhof Rathaus Spandau" der größte Busknotenpunkt Berlins.

158 Gerade BerufspendlerInnen müssen hier täglich umsteigen und die einzelnen Buslinien sind mehr als

159 ausgelastet, obwohl sie zur Hauptverkehrszeit schon im Minutentakt fahren und eine noch dichtere

160 Taktung auf den stark ausgelasteten Strecken nicht mehr möglich ist.

161 JedeR SpandauerIn kennt das Problem, dass man morgens und nach der Arbeit teils schon an der

162 Anfangshaltestelle keinen Sitzplatz mehr bekommt und ab der zweiten Haltestelle ist man froh, wenn

163 man überhaupt noch in den Bus kommt. Es ist auch keine Seltenheit, dass die BusfahrerInnen an

164 Haltestellen, wo mehrere Personen auf den Bus warten, vorbei fahren müssen, da die Fahrzeuge schon

165 voll sind. In Spandau befindet sich daher der dichtest befahrene Bus-Korridor Berlins. Wir setzen uns

166 deshalb für den Neubau bzw. Wiederaufbau eines Tram-Netzes in Spandau ein und sprechen uns vorerst

167 für folgende Strecken aus, da hier in unseren Augen der größte Handlungsbedarf besteht:

168 1. Falkenseer Chaussee - Falkenseer Platz - Rathaus Spandau - Wilhelmstraße - Gatower

169 Str./Heerstr. - Heerstraße - Reimerweg

170 2. Heerstraße/Reimerweg - via Heerstr./Gatower Str. - U Theodor-Heuss-Platz

171 3. Schönwalder Allee - Schönwalder Str. - Falkenseer Platz - Rathaus Spandau - Ruhlebener

172 Straße - Charlottenburger Chaussee - U Ruhleben (M45-Korridor)

173 4. Streitstraße/Rauchstr. - Neuendorfer Str. - Falkenseer Platz - Rathaus Spandau - Brunsbütteler

174 Damm - Brunsbütteler Damm/Nennhauser Damm

175

176 Da mit den oben genannten Strecken keine Anbindung der Spandauer Tram an das Berliner Tram-Netz

177 erfolgen wird und dies geografisch geboten ist, setzen wir uns für die sogenannte "Insellösung" ein und

178 fordern, solange es keine besseren Alternativen gibt, dass der Betriebshof der BVG an der Gatower

179 Str./Heerstr. so erweitert bzw. umgebaut wird, dass dort ein Tram-Betriebshof entstehen kann.

180

181 Der zweite Lückenschluss in Adlershof (WISTA – S-Bhf Schöneweide)

182 Wir fordern die Verlängerung der Tram von der bisherigen Endhaltestelle Karl Ziegler Straße zum S-

183 Bahnhof Schöneweide und damit verbunden eine Umgestaltung der Wendeanlage der Tram am S-

184 Bahnhof Schöneweide, um bestmöglich Umsteigebeziehungen zwischen S-Bahn, Tram und Bus zu

185 schaffen.

186 In Berlin Adlershof ist mit der Stadt für Wissenschaft, Wirtschaft und Medien ein sehr erfolgreiches und

187 weiterhin wachsendes Gewerbegebiet mit heute schon 13.000 Arbeitsplätzen und 6.000 StudentInnen

188 der Humboldt-Universität entstanden. Zudem bietet das Gebiet soziale Einrichtungen, wie Sportanlagen

189 und Kindertagesstätten.

190

191 Mit der Verlängerung der Linien 60 und 61 vom S-Bahnhof Adlershof wurde ein erster wichtiger Schritt

192 zur Erschließung getan. Mit der weiteren Verlängerung wird nicht nur eine direkte Verbindung zu den

193 Tram- und Buslinien am Umsteigeknoten S-Bahnhof Schöneweide geschaffen, sondern auch das

194 Siedlungsgebiet im Zuge des Groß-Berliner-Damms erschlossen.

195

196 Vom Hauptbahnhof in den Nord-Westen (Hauptbahnhof – U-Bhf Turmstraße – Tegel)

197 Voraussichtlich im Jahr 2014 wird die Neubaustrecke der Tram vom S-Bahnhof Nordbahnhof zum Berliner
198 Hauptbahnhof eröffnet. Dieses Teilstück wird die Invalidenstraße zwischen Chausseestraße und
199 Hauptbahnhof erschließen und mit einer Blockumfahrung bis an die Straße Alt-Moabit heranreichen.
200

201 Um den Hauptbahnhof in Zukunft auch vom Nordwesten der Stadt aus besser erreichen zu können,
202 fordern wir die Verlängerung der Tram als ersten Schritt zum U Bahnhof Turmstraße. Um den
203 Hauptbahnhof heute von der U9 aus zu erreichen, ist eine Busfahrt vom U-Bahnhof Turmstraße zum
204 Hauptbahnhof nötig, die trotz der kurzen Strecke mindestens 9 Minuten Fahrzeit in Anspruch nimmt. Eine
205 Verlängerung der Tram kann hier Abhilfe schaffen, die Fahrzeit verkehrsunabhängig verkürzen und die
206 Lücke zwischen der U9 und dem zukünftigen Endbahnhof der U5 schließen.
207

208 Perspektivisch betrachtet ist ebenfalls eine Verlängerung der Tram bis zum zukünftigen
209 Erschließungsgebiet auf dem heutigen Flughafen Tegel vorzunehmen. Eine solche Erweiterung hätte
210 zwei entscheidende Vorteile: Erstens könnte die Tram zur Anbindung und Erschließung des zukünftigen
211 Wohn- und Gewerbegebiets auf dem stillgelegten Flughafengelände dienen. Zum zweiten könnte ein
212 kleiner Teil des ehemaligen Flughafengebiets als zukünftiger Betriebshof der Tram genutzt werden,
213 womit dieser Vorstoß der Tram Richtung Westen die Grundlage für weitere Netzausbauten legt. Somit
214 wäre es zum Beispiel möglich, ein zukünftiges Tram-Netz in Spandau alternativ zu einer Insellösung von
215 dort aus zu bedienen und sie langfristig zusammen zu führen. Wir fordern, diese Möglichkeit im Rahmen
216 einer Machbarkeitsstudie zu überprüfen und für eine Betrachtung der Wirtschaftlichkeit die zu
217 erwartenden Zahlen der FahrgästInnen abzuschätzen sowie die Auswirkungen auf die Personalstruktur
218 der BVG zu analysieren.
219

220 Ost und West enger verknüpfen (Verlängerung der M10 zum U-Bhf Herrmannplatz)

221 Die Tram-Linie M10 gehört schon heute zu den am stärksten frequentierten Linien im Berliner Tram-Netz.
222 Besonders in den Abend- und Nachtstunden sind die Züge aufgrund der attraktiven Route für das Berliner
223 Nachtleben häufig überfüllt. Wegen der begrenzten Kapazität der heutigen Wendestellen am S-Bahnhof
224 Nordbahnhof und am U-Bahnhof Warschauer Straße ist bislang der Einsatz von längeren Zügen, z. B.
225 wenn zwei Trams zusammengehängt fahren, nicht möglich. Durch die Verlängerung der M10 zum
226 Hauptbahnhof wird dieser Engpass beseitigt.
227

228 Am südlichen Endpunkt am U-Bahnhof Warschauer Straße fordern wir die Anfertigung einer
229 Machbarkeitsstudie für eine Verlängerung der M10 zum U-Bahnhof Herrmannplatz unter
230 Berücksichtigung der Auswirkungen auf die Personalstruktur der BVG und anschließend die Aufnahme in
231 den Verkehrsentwicklungsplan.
232

233 Neben der Erschließung der angrenzenden Wohngebiete schafft diese Erweiterung eine direkte
234 Verbindung zwischen der am stärksten ausgelasteten U-Bahnlinie Berlins, der U7, und der Stadtbahn (Ost-
235 West-S-Bahn), die ansonsten von der U7 erst am S-Bahnhof Charlottenburg erreicht wird. Außerdem wird

236 auch die U8 direkt mit der Stadtbahn verbunden, wodurch bei Fahrten in Richtung Osten der Umweg
237 über den Bahnhof Jannowitzbrücke entfällt.

238

239 „Tram Tangentiale Süd“ von Dahlem Dorf zum S-Bhf Schöneweide

240 Zur langfristigen Verbesserung der Erschließung des Berliner Südens außerhalb des S-Bahn Rings und zur
241 Schaffung einer leistungsfähigen Tangentialverbindung, d. h. quer von West nach Ost fordern wir den
242 Bau einer Tram durch die südlichen Randbezirke ausgehend vom vorgeschlagenen Tram-Netz in Steglitz
243 über Lankwitz zur Kreuzung Mariendorfer Damm / Buckower Chaussee, U-Bhf Johannisthaler Chaussee,
244 U-Bhf Zwickauer Damm bis zur heutigen Endstelle Johannisthal, Haeckelstraße, von der aus der S-
245 Bahnhof Schöneweide erreicht wird.

246

247 Zudem sollte eine Verbindung von der Kreuzung Mariendorfer Damm / Buckower Chaussee über die
248 Hildburghäuser Straße bis Lichterfelde in Erwägung gezogen werden.

249

250 Hierbei handelt es sich um einen Vorschlag für die langfristige Planung, um die Bezirke im Berliner Süden
251 perspektivisch näher zusammenrücken zu lassen, Gebiete, die heute nur vom Bus bedient werden, besser
252 anzubinden und die nach Süden verlaufenden Stadtschnellbahnlinien besser zu verknüpfen.

253

254 U-Bahn: Die Lücke im Schnellbahnnetz schließen (Krumme Lanke – Mexikoplatz)

255 Wir fordern, dass der Neubau der U-Bahnstrecke zwischen Krumme Lanke und Mexikoplatz wieder in den
256 Stadtentwicklungsplan aufgenommen wird.

257

258 Auf diesem 900 Meter langen Streckenabschnitt klafft eine Lücke im Berliner Schnellbahnnetz. Durch den
259 Neubau würde die heute in Krumme Lanke endende U-Bahnlinie U3 bis Mexikoplatz verlängert und eine
260 Umsteigemöglichkeit zur S-Bahnlinie S1 geschaffen, die weiter in Richtung Wannsee verkehrt. In
261 Wannsee bestehen wiederum zahlreiche Umsteigemöglichkeiten in alle Himmelsrichtungen. Auf 200
262 Metern dieses Abschnitts ist der Tunnel bereits fertig gestellt. Der Ausbau der verbleibenden 700 Meter
263 langen Strecke wird auf 40 Mio. Euro veranschlagt. Der Lückenschluss würde durch die
264 Attraktivitätssteigerung vor allem für die Ortsteile Krumme Lanke und Dahlem auch zusätzliche Fahrgäste
265 auf dem gesamten Südast der U-Bahnlinie U3 hervorrufen. In Dahlem ist vor allem die Freie Universität
266 Berlin ansässig und insgesamt sind hier viele Neubaugebiete entstanden.

267

268 Regionalbahn: In Windeseile zum Flughafen BER

269 Wir fordern, dass die zweigleisige Regionalbahn zwischen Südkreuz und dem südlichen Berliner
270 Außenring (Dresdener Bahn) umgehend realisiert wird. Diese Strecke wird als zügigste Anbindung des
271 Flughafens BER an die Berliner Innenstadt, Schöneberg und Marienfelde benötigt.

1 **AntragsstellerIn:** AK Stadt Umwelt Verkehr

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

4 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

5

6 **V3_1/13 Gründung eines landeseigenen**
7 **Unternehmens für Fahrzeugbeschaffung und**
8 **Betrieb des S Bahn-Netzes über Stadtbahn und**
9 **Nord-Süd-Tunnel sowie über den S Bahn-Ring**

10

11 Es gibt kaum ein anderes Thema, das die Medien in den letzten Wochen und Monaten so sehr beherrscht,
12 wie das Thema S Bahn. Die anhaltend schlechte Qualität, mit der die Fahrgäste seit nun über drei Jahren
13 konfrontiert sind, ist nicht nur eine Folge der Organisationsprivatisierung der Deutschen Bahn, sondern
14 auch begründet durch das Fehlen eines zuverlässigen Fuhrparks.

15

16 Anknüpfend an die Beschlusslage der Jusos Berlin vom 10. / 11. Dezember 2010 gilt weiterhin, dass die
17 S-Bahn als integriertes Verkehrssystem in öffentlichem Eigentum stehen muss.

18 Das Modell einer S Bahn aus einer Hand, und zwar einer öffentlichen, bietet Planungssicherheit und
19 weitreichende Gestaltungsmöglichkeiten, unter anderem für sozialverträgliche Fahrpreise und
20 Tarifbedingungen für die Beschäftigten. Es verhindert Gewinnabführungsverträge an einen zumindest
21 rechtlich privatisierten Mutterkonzern, wie es bei S-Bahn Berlin GmbH und DB AG derzeit der Fall ist, und
22 sichert öffentlichen Einfluss für einen zuverlässigen S-Bahn-Verkehr in der Hauptstadt.

23

24 Eine Ausschreibung des Betreiberunternehmens dagegen führt entweder zur Profitorientierung in der
25 Daseinsvorsorge oder aber zu einer Aufteilung des S-Bahn-Betriebs und unter Umständen zu einer
26 Heraustrennung der Fahrzeuginstandhaltung durch die Vergabe an verschiedene Betreiberunternehmen.

27

28 Abstimmungsprobleme, Verzögerungen bei der Beschaffung neuer Fahrzeuge, Konkurrenz und damit
29 intensiver Spardruck wären die negativen Folgen. Einsparungen für das Land Berlin sind angesichts
30 des öffentlichen Verwaltungs- und Koordinationsaufwands zwischen verschiedenen
31 Betreiberunternehmen, sowie wegen der immensen öffentlichen Kosten für Ausschreibungsverfahren
32 nicht zu erwarten. Deshalb ist der schnellstmögliche Übergang zu einem komplett kommunal
33 betriebenen Gesamtnetz anzustreben.

34

35 Zudem ist die Ausschreibung und Beschaffung von neuen Fahrzeugen für die Berliner S-Bahn dringend
36 notwendig, wurde aber in der Vergangenheit zu lange herausgezögert und wird durch das Urteil des
37 Berliner Kammergerichts vom 24.01.2013 erneut verzögert.

38

39 Oberstes Ziel ist die Wiederherstellung eines zuverlässigen Betriebs der Berliner S-Bahn und gleichzeitig
40 die Sicherstellung, dass die Fahrgäste in Zukunft nicht erneut mit derartigen Qualitätsmängeln
41 konfrontiert werden. Wir fordern, dass das Land Berlin schnellstmöglich ein eigenes kommunales
42 Unternehmen gründet, eine S-Bahn Berlin Betriebsgesellschaft, die als erste Aufgabe mit der
43 Ausschreibung von neuen Fahrzeugen beginnt und nach Ablauf der Verkehrsverträge mit der S-Bahn
44 Berlin GmbH den Betrieb der S-Bahn-Linien über Stadtbahn, Nord-Süd-Tunnel und schnellstmöglich auch
45 über den S Bahn Ring übernimmt.

46

47 Die zu gründende S-Bahn Berlin Betriebsgesellschaft könnte sich entweder direkt im Besitz des Landes
48 Berlin befinden oder als 100%iges Tochterunternehmen der BVG organisiert werden.

49

50 Zu diesem Zweck muss die laufende Ausschreibung des Betreibers dahingehend geändert werden, dass
51 der Fuhrpark nicht vom Betreiberunternehmen beschafft werden muss, sondern ähnlich wie zukünftig in
52 Hamburg von einem kommunalen Unternehmen gestellt wird.

53

54 Neben der Vorbereitung der Gründung eines landeseigenen Unternehmens für den Betrieb der Berliner
55 S-Bahn empfehlen wir erneut Verhandlungen mit der Deutschen Bahn AG und dem
56 Bundesverkehrsministerium über den Kauf der S-Bahn Berlin GmbH aufzunehmen, der im
57 Koalitionsvertrag vereinbart wurde. Dies wäre der unkomplizierteste und schnellste Weg, eine stabile und
58 nachhaltige Betreibersituation herbeizuführen.

59

60 Außerdem empfehlen wir dringend zu prüfen, inwiefern das laufende Verfahren modifiziert werden kann,
61 sodass die Aufgaben, die der Gewinner der laufenden Ausschreibung übernehmen soll, zu einem
62 möglichst frühen Zeitpunkt auf ein kommunales Betreiberunternehmen übertragen werden können.

63

64 Sollte dies nicht gelingen, empfehlen wir das folgende Vorgehen für einen Übergang auf ein kommunales
65 Betreiberunternehmen umzusetzen.

66

67 **Beschaffung und Instandhaltung des Fuhrparks und Betreiberübergang**

68 Die Beschaffung des Fuhrparks muss durch eine Ausschreibung der Fahrzeuge schnellstmöglich auf den
69 Weg gebracht werden, wobei das Lastenheft mit den Anforderungen für neue S-Bahn Fahrzeuge bereits
70 erstellt wurde. Dabei sollte die Ausschreibung auf vier Lose aufgeteilt sein, ein Los über eine geringe
71 Anzahl von Vorserienzügen und jeweils ein Los über die Lieferung des benötigten Fuhrparks für jedes der
72 drei Netzteile.

73

74 Ähnlich wie bei der Beschaffung der Flexity Berlin Straßenbahnen durch die BVG, sollten nur die
75 Vorserienzüge fest bestellt werden und alle weiteren Lose optional sein. So ist es möglich von einer
76 weiteren Bestellung abzusehen, falls die Vorserienzüge nicht den Anforderungen entsprechen.

77
78 Durch die optionale Aufnahme von drei Losen für jedes Netzteil ist es im Gegenzug ebenfalls möglich,
79 den gesamten S-Bahn Fuhrpark im Rahmen eines Ausschreibungsprozesses zu bestellen, sollten die
80 Fahrzeuge den Anforderungen genügen. Somit kann auf separate Fahrzeugausschreibungen für jedes
81 Netzteil verzichtet werden.

82
83 Da es aus technischer und betrieblicher Sicht Unsinn ist, Betrieb und Instandhaltung zu trennen, sollte
84 das jeweilige Betreiberunternehmen im Rahmen des Verkehrsvertrags mit der Instandhaltung der
85 benötigten Fahrzeuge beauftragt werden. Sollte der Betrieb des S Bahn-Rings nicht an die S-Bahn Berlin
86 GmbH gehen, sollte es dem zukünftigen Betreiberunternehmen jedoch frei gestellt sein, die S-Bahn Berlin
87 GmbH mit der Instandhaltung seines Teils des Fuhrparks zu beauftragen, um so den günstigsten Fall zu
88 erreichen, dass die Instandhaltung der Fahrzeuge auch nach 2017 in einer Hand liegt.

89
90 Zumindest aber muss das zukünftige Betreiberunternehmen für die Instandhaltung das heute bei der S-
91 Bahn Berlin GmbH beschäftigte Personal, welches auf Grund des Betreiberwechsels auf Seiten der S-Bahn
92 Berlin GmbH frei wird, zu gleichen Bedingungen übernehmen.

93
94 In jedem neuen Verkehrsvertrag für den S-Bahn-Betrieb ist sicherzustellen, dass die Entlohnung und
95 Sozialstandards der beim Leistungserbringer beschäftigten Mitarbeiter, einschließlich der
96 Leiharbeitnehmer, mindestens denen der einschlägigen, repräsentativen Tarifverträge in der jeweils
97 gültigen Fassung entspricht. Die Tarifverträge müssen mit einer tariffähigen Gewerkschaft abgeschlossen
98 sein. Es ist sicherzustellen, dass diese Bedingungen auch auf alle Subunternehmer angewendet werden.

99
100 Alle Verträge, Beschlüsse sowie Nebenabreden, die im Zusammenhang mit dem Abschluss des jeweils
101 gültigen Verkehrsvertrages zwischen dem Land Berlin und dem Betreiberunternehmen der Berliner S
102 Bahn geschlossen werden, sind vorbehaltlos innerhalb von zehn Werktagen nach Unterzeichnung auf
103 den Internetseiten des Landes Berlin zu veröffentlichen.

104

105 ***Streckenbündel 1 - S-Bahn-Ring und südöstliche Zulaufstrecken***

106 Das zukünftige Betreiberunternehmen übernimmt nach 2017 den Betrieb mit Teilen des heute
107 vorhandenen Fuhrparks. Sollte es sich bei dem zukünftigen Betreiberunternehmen nicht um die S-Bahn
108 Berlin GmbH handeln, müssen die zu erbringenden Leistungen bis zur Inbetriebnahme neuer Fahrzeuge
109 bei der S-Bahn Berlin GmbH bestellt werden, die zum Zeitpunkt des Beginns des neuen Verkehrsvertrages
110 als einziges Betreiberunternehmen Fahrzeuge stellen kann.

111

112 Mit der Auslieferung der Vorserienfahrzeuge und des ersten Loses über ca. 200 Viertelzüge,
113 voraussichtlich zwischen 2019 und 2022, werden die von der landeseigenen S Bahn Berlin
114 Betriebsgesellschaft beschafften Fahrzeuge dem Betreiberunternehmen im Rahmen eines Leasing-

115 Vertrags über die Laufzeit des Verkehrsvertrags bis 2032 überlassen, wobei dieser auch für die
116 Inbetriebnahme verantwortlich ist.

117

118 Das Betreiberunternehmen ist ab der Übergabe ebenfalls für die Instandhaltung verantwortlich, mit der
119 es gegebenenfalls die S-Bahn Berlin GmbH beauftragen kann, die nach wie vor die nötigen Kapazitäten
120 für die Instandhaltung des gesamten Fuhrparks besitzt.

121

122 Wie in der Branche üblich, wird auch in diesem Leasingverhältnis der Zustand der Fahrzeuge zum Ende
123 der Vertragslaufzeit detailliert vereinbart, genauso wie Ausgleichszahlungen, sollte der vereinbarte
124 Zustand nicht vorliegen.

125

126 Nach Ende des Verkehrsvertrags und des Leasingvertrags über den Fuhrpark im Jahr 2032 übernimmt die
127 landeseigene S-Bahn Berlin Betriebsgesellschaft den Betrieb des Streckenbündels über den S-Bahn-Ring,
128 genauso wie die Instandhaltung der hierfür benötigten Fahrzeuge.

129

130 **Streckenbündel 2 - Stadtbahn**

131 Für die Zeit nach 2017 wird ein neuer Verkehrsvertrag mit der S-Bahn Berlin GmbH über den Betrieb des
132 Streckenbündels über die Stadtbahn geschlossen, da zu diesem Zeitpunkt kein anderes
133 Betreiberunternehmen zur Verfügung steht und eine Einstellung des Betriebs ansonsten nicht
134 vermeidbar wäre.

135

136 Der Verkehrsvertrag sollte eine Laufzeit von zehn Jahren haben und 2027 enden. Ebenso, wie beim ersten
137 Streckenbündel über den S-Bahn-Ring muss auch hier vereinbart werden, dass die S-Bahn Berlin GmbH
138 die von der landeseigenen Gesellschaft im zweiten Los zwischen 2022 und 2025 beschafften Fahrzeuge
139 least und in Betrieb nimmt und bis Ende des Verkehrsvertrags instand hält.

140

141 Mit dem Ende des Verkehrsvertrags 2027 übernimmt die landeseigene S-Bahn Berlin Betriebsgesellschaft
142 den Betrieb des Streckenbündels über die Stadtbahn und die Instandhaltung des zugehörigen Teils des
143 Fuhrparks.

144

145 **Streckenbündel 3 - Nord-Süd-Tunnel**

146 Beim Streckenbündel über den Nord-Süd-Tunnel ist das Vorgehen ähnlich zum Streckenbündel über die
147 Stadtbahn. Für den Zeitraum nach 2017 wird ein Verkehrsvertrag mit der S-Bahn Berlin GmbH
148 geschlossen, der allerdings drei Jahre länger bis ins Jahr 2030 läuft. Dies ist der Auslieferung der
149 Fahrzeuge geschuldet, bei der das Streckenbündel Stadtbahn bevorzugt wird, da dieses ein höheres
150 Fahrgastaufkommen verzeichnet. Somit ergibt sich hier eine Laufzeit von dreizehn Jahren.

151

152 Genau wie beim Streckenbündel Stadtbahn bekommt die S-Bahn Berlin GmbH die im dritten und letzten
153 Los zwischen 2025 und 2028 beschafften Fahrzeuge vom Land Berlin im Rahmen eines Leasing-Vertrags
154 übergeben und ist für die Inbetriebnahme und bis Ende des Verkehrsvertrags im Jahr 2030 für die
155 Instandhaltung verantwortlich.

156
157
158
159
160
161
162
163
164
165
166
167
168
169
170
171
172
173
174
175
176
177
178
179
180
181
182
183
184
185
186
187
188
189
190
191
192
193
194
195
196

Mit dem Ende des Verkehrsvertrags 2030 übernimmt auch auf dem Streckenbündel Nord-Süd-Tunnel die landeseigene S-Bahn Berlin Betriebsgesellschaft den Betrieb und die Instandhaltung des zugehörigen Teils des Fuhrparks.

Zusammenfassung

Streckenbündel 1 (S-Bahn-Ring und südöstliche Zulaufstrecken):
Verkehrsvertrag nach Ausschreibung von 2017 bis 2032
Fahrzeuglieferung zwischen 2019 und 2022, vorausgehend die Auslieferung der Vorserie
Übergang auf landeseigenes Betreiberunternehmen im Jahr 2032

Streckenbündel 2 (Stadtbahn):
Verkehrsvertrag mit S-Bahn Berlin GmbH von 2017 bis 2027
Fahrzeuglieferung zwischen 2022 und 2025
Übergang auf landeseigenes Betreiberunternehmen im Jahr 2027

Streckenbündel 3 (Nord-Süd-Tunnel):
Verkehrsvertrag mit S-Bahn Berlin GmbH von 2017 bis 2030
Fahrzeuglieferung zwischen 2025 und 2028
Übergang auf landeseigenes Betreiberunternehmen im Jahr 2030

Der Betreiberübergang ist zur besseren Handhabung auf drei Termine für jedes Streckenbündel aufgeteilt. Dies ist keine feststehende Forderung, es wäre ebenso möglich alle drei Verkehrsverträge im Jahr 2032 enden zu lassen und den Übergang auf ein kommunales Betreiberunternehmen in einem Schritt durchzuführen. Die Vorgehensweise sollte gemeinsam mit dem zukünftigen Vorstand der landeseigenen S-Bahn Berlin Betriebsgesellschaft erarbeitet werden.

Sollte die Bereitschaft seitens der S-Bahn Berlin GmbH bestehen, wäre es möglich, die S-Bahn Berlin GmbH bis zum Ende ihres letzten Verkehrsvertrags entweder 2030 oder 2032, bei Gewinn der Ausschreibung des S-Bahn-Rings, mit der gesamten Instandhaltung der Fahrzeuge zu beauftragen, auch wenn der Betrieb auf einem Streckenbündel schon an die landeseigene S-Bahn Berlin Betriebsgesellschaft übergegangen ist. Dies ermöglicht die Übernahme der Fahrzeuginstandhaltung mit den Betriebswerken und dem Personal in einem Schritt.

Sollte sich die laufende Ausschreibung nicht mehr dahingehend ändern lassen, dass der Fuhrpark ab Auslieferung von einem kommunalen Unternehmen gestellt wird, ist das oben vorgeschlagene Vorgehen dennoch umsetzbar, nur eben mit der Änderung, dass der Fuhrpark für den ersten Verkehrsvertrag für den Betrieb des S-Bahn-Rings vom Betreiberunternehmen beschafft wird und nach Ende des Verkehrsvertrags in einem vereinbarten Zustand in den Besitz der landeseigenen S-Bahn Berlin Betriebsgesellschaft übergeht.

197 **Begründung**

198 Um die Qualität der Berliner S-Bahn wieder auf ein hohes Niveau zu bringen und nachhaltig ein
199 hochwertiges Angebot zu garantieren, ist es notwendig die Organisation der Berliner S Bahn
200 umzugestalten und diese in das Gesamtverkehrssystem zu integrieren. Der wichtigste Bestandteil dieser
201 Umgestaltung ist der Übergang der Betriebsdurchführung auf ein kommunales Unternehmen.

202

203 Ein Unternehmen, das sich nicht im Besitz des Landes Berlin befindet ist nur von außen über Verträge
204 steuerbar. Dies ist ineffizient und hinderlich beim Versuch ein integriertes Verkehrssystem zu schaffen.

205

206 Die europaweite Praxis von Eisenbahnverkehrsunternehmen, die sich an Ausschreibungen von
207 Verkehrsleistungen im Personenverkehr beteiligen, zeigt, dass Vereinbarungen in geschlossenen
208 Verträgen vom Betreiberunternehmen in der Regel mit so geringem finanziellem Aufwand erfüllt werden,
209 wie möglich. Ist die Vertragsstrafe geringer als die Kosten, die für die Erfüllung einer Vereinbarung
210 aufzubringen wären, wird dies nicht erst versucht, sondern die Vertragsstrafe in Kauf genommen. Beides
211 dient der Maximierung des Profits und wirkt sich negativ auf die Qualität der Dienstleistung aus.

212

213 Aufgabenträger haben in der Praxis das Problem, dass sie nicht abschätzen können, wie hoch eine
214 wirksame Vertragsstrafe sein müsste, da diese Informationen bewusst zurückgehalten werden.

215

216 Der Gedanke, dass das Land Berlin bei einer Ausschreibung des Betreibers den Fuhrpark nicht finanzieren
217 muss, ist ein Trugschluss, da auch ein privates Betreiberunternehmen die Fahrzeuge nicht geschenkt
218 bekommt, sondern diese als Anfangsinvestition beschaffen muss. Sämtliche Anfangsinvestitionen
219 müssten von einem privaten Betreiberunternehmen über die jährlichen Gewinne refinanziert werden,
220 bevor überhaupt ein realer Gewinn erzielt werden kann. Das heißt, dass die Fahrzeuge in jedem Fall vom
221 Land Berlin bezahlt werden.

222

223 Mit einem privaten Betreiberunternehmen würde nur ein bestimmtes Angebot erbracht werden, das
224 jeweils vom Inhalt des Vertrages abhängt. Das gesamte Fahrgastpotenzial kann auf diesem Weg nicht
225 durch gegebenenfalls zusätzliche Angebote ausgeschöpft werden, da die Seite des motorisierten
226 Individualverkehrs sowohl vom Aufgabenträger als auch vom Betreiberunternehmen vernachlässigt wird
227 und somit das wesentliche Mittel zur Finanzierung einer Erhöhung der Qualität und der Fahrgastzahlen
228 außer Acht bleibt.

229

230 Durch die separierte Betrachtung des ÖPNV und des dafür bereitgestellten Budgets kann nur ein
231 Wettbewerb um Teilmonopole, aber kein Wettbewerb um Fahrgäste entstehen. Anstatt eines
232 Wettbewerbs im Markt gibt es einen Wettbewerb um den Markt, wodurch der Fahrgast nicht länger
233 Kunde des Betreibers ist, sondern der Aufgabenträger zum Kunde wird.

234

235 Unter diesem Aspekt ist der Sinn einer Betreiberausschreibung generell fragwürdig. Durch die im
236 Zusammenhang mit zukünftigen Verträgen erhoffte Anreizwirkung verharret das

237 Ausschreibungsverfahren in einer Logik, die auf Profitorientierung setzt, welche jedoch gerade die
238 Ursache für die Krisensituation bei der Berliner S-Bahn ist.
239

240 Der fehlende Wettbewerb um Fahrgäste dahingegen ist eine der Ursachen für die Zustände bei der
241 Berliner S-Bahn und wird durch eine Ausschreibung des Betriebs nicht hergestellt. Es gäbe lediglich einen
242 Scheinwettbewerb um Teilmonopole für den die Fahrgastzahlen nach wie vor nur eine untergeordnete
243 Rolle spielen. Aus diesem Grund ist eine Direktvergabe an ein kommunales Unternehmen zu bevorzugen.
244

245 Zwischen verschiedenen Betreiberunternehmen eines Verkehrssystems kann es keinen Wettbewerb um
246 Fahrgäste geben, da praktisch niemals dieselbe Verbindung von mehreren Unternehmen angeboten
247 wird. Dies wäre auch bei einer Ausschreibung der Berliner S Bahn nicht anders. Das Monopol auf den
248 einzelnen Teilnetzen bliebe weitestgehend erhalten, lediglich der Inhaber des Monopols kann wechseln.
249

250 Aus der Natur des ÖPNV heraus ist eine Wettbewerbssituation zwischen verschiedenen
251 Betreiberunternehmen nicht wünschenswert, da sich Fahrtenketten in der Regel über mehrere Linien und
252 Betriebszweige erstrecken und die Abstimmung und Koordinierung des Betriebs somit ein wesentliches
253 Qualitätsmerkmal ist. Unternehmen, die sich im regelmäßigen Abstand als Wettbewerber um den Betrieb
254 von Teilnetzen gegenüber stehen, können kaum bei der Gestaltung des Betriebs langfristig kooperieren.
255 Verschiedene Betreiberunternehmen müssten ihre internen Prozesse und Kennzahlen möglichst gut
256 unter Verschluss halten, damit eventuelle Wettbewerber ihren Angebotspreis bei einer Ausschreibung
257 nicht abschätzen und unterbieten können.

258 Es muss im ÖPNV ein Wettbewerb um Fahrgäste geschaffen werden, der allerdings zwischen ÖPNV und
259 Individualverkehr als Ganzem stattfindet und über die Qualität des ÖPNV-Angebots und nicht über
260 dessen Kosten ausgetragen wird. Sich diesem Wettbewerb um Fahrgäste zu stellen lohnt sich nur über
261 die Kosteneinsparungen, die eine Stadt beim Rückgang des Individualverkehrs erzielen kann.
262

263 Laut VDV (Verband Deutscher Verkehrsunternehmen) sind diese Kosteneinsparungen in Deutschland im
264 Schnitt fünfmal höher, als die Kosten, die der ÖPNV an sich verursacht. Deswegen lohnt es sich für eine
265 Kommune auch scheinbar unwirtschaftliche Linien mit hoher Qualität zu betreiben, da die Gesamtkosten
266 des Verkehrssektors stärker sinken, als der Betrieb an sich kostet.
267

268 Durch eine Vergabe des Betriebs des ÖPNVs an Privatunternehmen wird dieser Zusammenhang
269 allerdings vernachlässigt, da ein privates Betreiberunternehmen nicht von Kosteneinsparungen beim
270 Individualverkehr profitiert. Es gibt somit keinen Anreiz mehr für die Schaffung eines attraktiven ÖPNV-
271 Angebots, vor allem nicht auf schwächer frequentierten Abschnitten, da zusätzliche Fahrgeldeinnahmen
272 oder sogenannte finanzielle Anreize im Verkehrsvertrag allein nicht zur Finanzierung ausreichen.
273

274 Um die Gesamtkosten des Verkehrssektors zu senken, ist es notwendig anfallende Kosten beim ÖPNV für
275 die Verbesserung des Angebots und somit die Steigerung der Fahrgastzahlen in Kauf zu nehmen.
276

277 Die Zielvorstellung, die Kosten des ÖPNV müssten grundsätzlich gesenkt werden, ist schon vom Ansatz
278 her falsch. Untersuchungen von UITP (Internationaler Verband für öffentliches Verkehrswesen) und VDV
279 (Verband Deutscher Verkehrsunternehmen) beweisen, dass die Gesamtkosten des gesamten
280 Verkehrssystems einer Stadt umso geringer sind, je größer der Anteil des öffentlichen Verkehrs am Modal
281 Split ist. Die Gesamtkosten können also nur durch eine Steigerung der Fahrgastzahlen gesenkt werden,
282 was nur über höhere Investitionen in den öffentlichen Verkehr möglich ist. Das heißt allerdings nicht, dass
283 der ÖPNV nicht effizient sein muss. Jede Erhöhung der Investitionen muss sich auch in einer
284 Verbesserung der Dienstleistung, der Betriebsstabilität oder der Situation der Beschäftigten
285 widerspiegeln.

286

287 Entscheidender Faktor für eine Verbesserung des ÖPNV ist also eine ganzheitliche Betrachtung und die
288 Einbettung in ein integriertes Gesamtverkehrssystem, wodurch auch die Einbeziehung des
289 Individualverkehrs in die Kostenbetrachtung gewährleistet wird.

290

291 Diese ganzheitliche Kostenbetrachtung ist nötig, da sich ein Großteil der Maßnahmen zur Verbesserung
292 der Qualität des ÖPNV und der Steigerung der Fahrgastzahlen erst über die Einsparungen beim
293 Individualverkehr finanziert.

294 Werden Kosten und Nutzen des gesamten Verkehrssystems betrachtet, ermöglicht das die Umsetzung
295 von Maßnahmen, die sich nicht allein über die zusätzlichen Fahrgeldeinnahmen finanzieren.

296

297 Neben der Notwendigkeit, einen Wettbewerb um Fahrgäste zu schaffen, geht es zudem darum den ÖPNV
298 als Ganzes attraktiver gegenüber dem Individualverkehr zu machen. Dazu ist es notwendig den gesamten
299 Verkehrssektor zu betrachten und den ÖPNV von einem kommunalen Systemdienstleister betreiben zu
300 lassen, der Teil eines integrierten Verkehrssystems ist.

301

302 Nicht zuletzt hat ein kommunales Verkehrsunternehmen Möglichkeiten zur Rationalisierung und
303 Qualitätssteigerung, die einem Privatunternehmen nicht ohne weiteres zur Verfügung stehen. Im
304 konkreten Fall der Berliner S-Bahn wäre das zum Beispiel die technische Vereinheitlichung von
305 Komponenten beim Fuhrpark der S- und U-Bahn oder langfristig die Beibehaltung einer einheitlichen
306 Instandhaltung für den gesamten Fuhrpark ohne unnötige Redundanzen in der Kapazität, für die letzten
307 Endes das Land Berlin aufkommen müsste.

308

309 Die Gesamtkosten für das Land Berlin könnten somit bei gleichwertigem Angebot allein durch den
310 Einsatz eines einzigen Betreiberunternehmens gesenkt werden.

311

312 Eine Aufteilung des Betriebs der S-Bahn könnte dahingegen schon von sich aus die Gesamtkosten
313 erhöhen, da zum Beispiel die gemeinsame Nutzung von Werkstätten erschwert wird und unter
314 Umständen redundante Kapazitäten aufgebaut werden müssten.

315

316 Alle Bestandteile des Berliner Verkehrssystems von kommunalen Unternehmen betreiben zu lassen hätte
317 zudem den Vorteil, dass die Abstimmung zwischen den einzelnen Betriebszweigen verbessert werden
318 kann.

Antragsbereich V: Verkehr und Infrastruktur

Antrag V4_1/13

1 **AntragsstellerIn:** AK Stadt Umwelt Verkehr

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

4 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

5

6 **V4_1/13 Besserer Zugang für PendlerInnen** 7 **zum Berliner ÖPNV ermöglichen**

8

9 Täglich pendeln viele Berufstätige aus dem sogenannten Berliner Speckgürtel von Brandenburg nach
10 Berlin. Da gerade in den kleineren Gemeinden Brandenburgs der ÖPNV weniger gut ausgebaut ist, sind
11 viele auf den eigenen PKW angewiesen und nutzen diesen zur Fahrt zu ihrem Arbeitsplatz. Unser Ziel ist
12 es jedoch, dass möglichst viele Menschen den ÖPNV vor allem in Berlin benutzen. Wir wollen diesem
13 Personenkreis die Möglichkeit und damit einen Anreiz geben, ihr Auto außerhalb der Innenstadt
14 abzustellen und auf die öffentlichen Verkehrsmittel umzusteigen.

15

16 Wir fordern daher die SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus auf, sich für folgende Punkte
17 einzusetzen und so den PendlerInnen einen besseren Zugang zum Berliner ÖPNV zu ermöglichen:

18

- 19 1. Die Schaffung von günstig gelegenen P+R-Anlagen an geeigneten Bahnhöfen außerhalb des
20 Berliner S-Bahnringes sowie an den Haltestellen, an denen viele PendlerInnen auf dem Weg in die
21 Innenstadt vorbei müssen, wie z.B. am Wannsee, Nikolassee oder Altglienicke. Welche weiteren
22 Bahnhöfe sich anbieten würden, muss zusammen mit dem VBB, der S-Bahn Berlin GmbH und der
23 BVG geprüft werden.
- 24 2. Günstige Parkgebühren auf den P+R-Anlagen oder ermäßigte Fahrscheine als zusätzlicher Anreiz
25 zur Benutzung des ÖPNV.
26

Liedtext: Die Internationale

Wacht auf, Verdammte dieser Erde,
die stets man noch zum Hungern zwingt!
Das Recht wie Glut im Kraterherde
nun mit Macht zum Durchbruch dringt.
Reinen Tisch macht mit dem Bedränger!
Heer der Sklaven, wache auf!
Ein Nichts zu sein, tragt es nicht länger
Alles zu werden, strömt zuhauf!

|: Völker, hört die Signale!
Auf zum letzten Gefecht!
Die Internationale
erkämpft das Menschenrecht. :|

Es rettet uns kein höh'res Wesen,
kein Gott, kein Kaiser noch Tribun
Uns aus dem Elend zu erlösen
können wir nur selber tun!
Leeres Wort: des Armen Rechte,
Leeres Wort: des Reichen Pflicht!
Unmündig nennt man uns und Knechte,
duldet die Schmach nun länger nicht!

|: Völker, hört die Signale!
Auf zum letzten Gefecht!
Die Internationale
erkämpft das Menschenrecht. :|

In Stadt und Land, ihr Arbeitsleute,
wir sind die stärkste der Partei'n
Die Müßiggänger schiebt beiseite!
Diese Welt muss unser sein;
Unser Blut sei nicht mehr der Raben,
Nicht der mächt'gen Geier Fraß!
Erst wenn wir sie vertrieben haben
dann scheint die Sonn' ohn' Unterlass!

|: Völker, hört die Signale!
Auf zum letzten Gefecht!
Die Internationale
erkämpft das Menschenrecht. :|

erster Versuch einer Arbeiterrepublik in der Geschichte bezeichnet werden darf. Die Commune setzte tiefgreifende Reformen durch, wie zum Beispiel Gleichberechtigung der Frau, proletarische Volksmiliz, Arbeitergesetzgebung, Preiskontrollen, Schulpflicht. Die Pariser Commune wurde nach zwei Monaten am 28. Mai 1871 mit Hilfe preußisch-deutscher Militärs blutig niedergeworfen. Eugène Pottier (1816-1887) schrieb die Internationale auf der Flucht vor den Versailler Truppen nach der Blutwoche der Pariser Commune 1871. Noch in der Niederlage verstand er die Commune als Beginn des letzten Kampfes der zur Befreiung der Menschheit führen wird. In seinem Text werden vier Jahrzehnte erlebte Geschichte der französischen Arbeiterbewegung verdichtet und zur Antwort auf die vorläufige Niederlage der ersten Selbstregierung geprägt: nur der Aufstand der Arbeiter eröffnet den Ausblick auf die freie Welt. 17 Jahre später, im Jahre 1888, wurde sie von Pierre Degeyter, Drechsler und Chorleiter eines Arbeitergesangsvereins in Lille, vertont. Durch seine Aufführung auf dem internationalen Sozialistenkongress 1910 in Kopenhagen wurde das Lied weltweit bekannt. 1918-1944 war die Internationale offizielle Staatshymne der Sowjetunion, Von den zahlreichen deutschen Nachdichtungen setzte sich die Fassung von Emil Luckhardt durch. Luckhardt sang im Wuppertaler Arbeitergesangsverein Proletaria dessen Chorleiter nach einer deutschen Fassung der Internationalen suchte. Durch Gymnasiumsbesuch verfügte Luckhardt über Französisch-Kenntnisse, die ihm die kongeniale Übersetzung ermöglichten. Luckhardt fiel im Ersten Weltkrieg schon am 5. November 1914. (Quelle: „Das vorwärts Liederbuch“, 2011, S. 52)

Historischer Hintergrund: Die Internationale ist das Lied der Pariser Commune von 1871. Am 18. März errichteten Arbeiter und radikale Kleinbürger die Commune, die als